

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.50 Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der wichtigsten Sonntagsbeilage 'Volk und Zeit' sowie den Beilagen 'Unterhaltung und Wissen'.

Telegraphische Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 19. November 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreise:

Die einpaltige Nonpareille-Zeile 80 Pfennig, Restzeile 60 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro...

Die Arbeitslosenversicherung.

Abänderungsvorschläge der Reichsregierung. - Die Beratungen im Reichsrat.

Bei den letzten Auseinandersetzungen im Reichstage über den Ausbau der Arbeitslosenfürsorge wurde von der Reichsregierung wiederholt die baldige Verabschiedung des Gesetzes...

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist gern bereit, sofort in die Beratung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes einzutreten; sie hat wiederholt die Einbringung dieses Gesetzesmurfes gefordert.

Zu den gestern abgeschlossenen Beratungen des Reichsrats hatte die Reichsregierung eine Reihe von Abänderungsanträgen zu ihrer eigenen Vorlage gestellt.

Die Beschlüsse des Reichsrats.

Das Ergebnis der Beratungen im Reichsrat ist eine Erweiterung des Personenkreises der Versicherungspflichtigen. Seit dem 1. Januar dieses Jahres sind dank den Bewilligungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion...

Im Fall einer ungünstigen Lage des Arbeitsmarktes darf die Höchstdauer der Unterstützung über 26 Wochen hinaus auf 39 Wochen ausgedehnt werden. Zurzeit einer besonders ungünstigen Arbeitslage wird ferner nach den Ausschussbeschlüssen...

In dem Falle der Krisenfürsorge wird die Unterstützung von einer Prüfung der Bedürftigkeit abhängig gemacht. Ist dagegen der Anspruch auf Unterstützung erworben, so ist die Unterstützung in keinem Falle von einer Bedürftigkeitsprüfung abhängig.

Die Unterstützungssätze dürfen in den Klassen 1 und 2 70 Prozent des Arbeitslohnes, in den Klassen 3 bis 5 65 Prozent und in den Klassen 6 und 7 60 Prozent keinesfalls übersteigen.

Einführung der neuen Stadträte.

Feierliche Aufnahme und Vereidigung.

In der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung fand durch Oberbürgermeister Böß die feierliche Aufnahme von vier neuen Stadträten, der Genossen Dr. Wagner, Rydahl, Reuter und des Demokraten Dr. Lange...

(Sitzungsbericht siehe 1. Beilage.)

Schwache Streikmehrheit in England.

Wiederaufnahme der Arbeit sicher.

London, 18. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Schlußergebnisse der Distriktsabstimmungen im Bergbau haben eine außerordentlich schwache Lage geschaffen: mit einer vom Sekretär der Bergarbeiter, Coof, auf rund 100 000 geschätzten Mehrheit haben sich die Bergarbeiter für Ablehnung der...

so genannte Notstock mindestens in einer Höhe gehalten werden soll, die zur Unterstützung von 400 000 Arbeitslosen auf drei Monate ausreicht.

Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums beantragte im Namen der Reichsregierung, die Bestimmung über Kurzarbeiterfürsorge zu streichen und bei der Krisenfürsorge die Kosten so zu verteilen, daß das Reich drei Viertel und die Gemeinden ein Viertel zu tragen hätten.

Die Vorlage im ganzen wurde - abgesehen von der Streichung der Kurzarbeiterfürsorge - mit Mehrheit angenommen.

Keine wesentliche Verbesserung.

Die Beschlüsse des Reichsrats bedeuten keine wirkliche Verbesserung der unzulänglichen Regierungsvorlage. In den beiden untersten Klassen werden die Mindestunterstützungssätze ein wenig erhöht, in den höheren Klassen dagegen ermäßigt.

An den entscheidenden Aufgaben eines Ausbaues des materiellen Versicherungsrechts ist der Reichsrat vollständig vorübergegangen. Seinen einzigen Anlauf bei der Kurzarbeiterfürsorge hat er selbst wieder ausgegeben.

Die Regierungsvorlage sieht 2 Proz. des Grundlohnes als Beitragshöchstsatz vor. Für die Beratungen im Reichsrat hatte die Reichsregierung in ihren Abänderungsvorschlägen eine Erhöhung auf 3 Proz. vorgeschlagen.

Neben dem materiellen Versicherungsrecht ist die Frage des Versicherungsträgers von erheblicher Bedeutung. Die Arbeitsnachweisämter müssen zu wirklichen sozialpolitischen Selbstverwaltungskörpern ausgebaut werden; sie sind die berufenen Träger der Arbeitslosenversicherung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird mit aller Kraft für eine gründliche Umgestaltung des Regierungsentwurfs nach dieser Richtung eintreten.

Regierungsvorschläge entfallen. Diese Mehrheit hat sich ergeben, obwohl das am Donnerstag eingelaufene Abstimmungsergebnis des Distriktes Pottshire mit seinen rund 150 000 Bergarbeitern eine Mehrheit für Annahme der Bedingungen aufwies.

Die bürgerliche Presse hat angesichts dieses Ergebnisses an der Abstimmung heftige Kritik und behauptet, daß der Ausschluß der bereits zur Arbeit zurückgekehrten 360 000 Bergarbeiter von der Abstimmung eine Verfälschung der wirklichen Stimmung der Bergarbeiter darstelle.

Ein führender Persönlichkeit der Bergarbeiter erklärte dem Londoner Vertreter des 'Soz. Pressedienst' auf die Frage nach der praktischen Bedeutung der Ablehnung der Regierungsvorschläge, das Abstimmungsergebnis stelle eine Demonstration gegen die Regierungsbedingungen dar; die Delegiertenkonferenz werde jedoch die Distrikte anweisen, die Verhandlungen distriktsweise aufzunehmen.

Kampf gegen Benesch.

Das tschechische Bürgertum gegen seine Befreier.

Von Senator Wilhelm Riefler, Prag.

Seit acht Jahren hat der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch, als wohl einziger europäischer Diplomat, jeden Regierungswechsel überlebt. Er besaß und besitzt die Freundschaft des Präsidenten Masaryk und er konnte sich auch auf das Vertrauen sämtlicher tschechoslowakischer Parteien stützen.

In der Erfüllung dieser ihm gestellten Aufgabe entwickelte er eine Geschicklichkeit, die immer seinem beweglichen Naturell, nicht immer den wahren Notwendigkeiten des Staates dienlich und die seinen Namen in der internationalen Politik zumindest als den eines rührigen Diplomaten bekanntgemacht hat.

Der Kampf des tschechischen Bürgertums gegen Benesch reicht schon längere Zeit zurück. Er wurde zuerst nur von der faschistisch eingestellten nationaldemokratischen Partei, der Partei des tschechischen Finanzkapitals, geführt; heute stehen aber auch die tschechischen Agrarier und Kleinrentner als geschworene Feinde gegen ihn, und dieser Kampf verschärfte sich, je mehr infolge der wirtschaftlichen Ersparung und Bereicherung der tschechischen Bourgeoisie sich deren Wandlung von demokratischen Anschauungen zu faschistisch-absolutistischen Neigungen vollzog.

Die bürgerlichen Parteien waren schon bei der vor einem Monat erfolgten Neubildung der Regierung ernstlich entschlossen der Ministerkammer Dr. Benesch's ein Ende zu setzen; der Nachfolger war bereits in der Person des früheren Land-

wirtschaftsministers, des slowakischen Agrariers Dr. Hodza, bereitgestellt. Die Absicht scheiterte vorläufig insofern an dem Widerstand des Präsidenten, als Beneš, der wohl formell wieder das Portefeuille des Außenministeriums erhielt, um im Ausland den üblichen Eindruck seiner glatten Abfägung zu verhalten, auf einen längeren Urlaub geschickt wurde, nach dessen Beendigung sich die Notwendigkeit einer weiteren Erholungsfrist von solcher Dauer einstellen soll, daß der Wiederantritt seines Amtes ausgeschlossen erscheint. Wie erholungsbedürftig er ist, hat Dr. Beneš bis zu dem Augenblick, da er gezwungen nach dem Süden verreisen mußte, selber nicht geahnt. Merkwürdig nur, daß die um seine Gesundheit so besorgte Heimat nicht gerade Sorge trägt, Aufregung und Verrger von ihm fernzuhalten, denn seitdem er mit dem Auftrag abgereist ist, irgendwo in Italien oder Frankreich seine Nerven zu heilen, vergeht kein Tag, an dem die Fürsorglichen nicht auf seinen Nerven herumtrampeln würden. Das Scheiternscheitern auf Dr. Beneš wird nun täglich mit heißem Fleiß geübt. Er soll nicht nur verschwinden, er soll es auch in Schande tun. Jetzt entdeckt man, seine Außenpolitik habe dem tschechoslowakischen Staat nur Schaden gebracht, da er den anderen Staaten gegenüber stets eine zu große Nachgiebigkeit bewiesen habe. Er habe in Reparationszahlungen gewilligt, ganz wie es die andern wünschten, nicht wie es dem Staatsinteresse entspricht. Er habe den Verbündeten häufig genug geholfen, sich unbehaglicher Fragen zu entledigen, damit sie Ruhe in Mitteleuropa haben und sich Deutschland nähern können. Aber das sind politische Vorwürfe, ärger sind die persönlichen Anwürfe, denen der Vorzug gegeben wird. Er wird der Ränkesucht, des Strebertums, der Hinterhältigkeit beschuldigt, auch vor Angriffen auf sein Privatleben scheuen die wütenden Patrioten nicht zurück. Die Gestaltung seiner Vermögensverhältnisse wird zu dem von ihm verwalteten Dispositionsfonds in Beziehungen gebracht und die Gegenwehr gegen diese schmutzigen Angriffe hilft ihm wenig, denn keine betrieblichen Gegner verstehen es, immer neue ins Werk zu setzen. Von der Art dieses Kampfes zeugt am besten ein Bild im tschechisch-nationaldemokratischen „Lich“, das den Außenminister an einen Baumast aufgehängt zeigt mit dem daruntergelegten Aufsatz: „Was der Herr Außenminister tun soll, wenn er sich in der verödeten internationalen politischen Situation nicht mehr helfen kann, während ihm in gewöhnlichen Dasein das Wasser in die Stiefel läuft.“

Das tschechische Bürgertum stattet den Dank an seine Befreier in einer höchst eigenartigen Weise ab. Dr. Beneš ist ein vom politischen Tod Gezeichneter, er wird die Kampagne derer, deren Geschäfte er durch acht Jahre besorgte, nicht überleben. Er muß letzten Endes gehen, weil er als Exponent der „Burgpolitik“ der restlosen Errichtung des im Bau begriffenen reaktionären Regimes im Wege steht.

Der deutsche Wahlsieg in Ostoberschlesien.

335 deutsche, 265 polnische Mandate.

Nach der vorläufigen Zusammenstellung haben die deutschen Parteien 335 Mandate in den Gemeindevertretungen errungen, während alle polnischen Parteien zusammen nur 265 Mandate erröbern konnten. Die polnische Presse gibt endlich zu, daß etwa 60 Prozent der Stimmen auf die beiden deutschen Listen (Bürgerliche und Sozialdemokraten) und nur 40 Proz. auf alle polnischen Listen gefallen sind. Die polnischen bürgerlichen Blätter streiten darüber, ob die frühere nationaldemokratische Regierung oder das jetzige Kabinett Pilsudski, ob Korsantj oder die Aufständischen Schuld an dem Auswachsen der deutschen Stimmen haben. Der „Robotnik“ aber, das Blatt der polnischen Sozialdemokraten, zieht aus der Wahlniederlage das Fazit, daß das polnische Ostoberschlesien überwiegend von Deutschen bewohnt sei und daß man durch die Costrennung dieses Gebietes Deutschland ein Unrecht zugefügt habe.

Von Bach bis heute.

Musik-Umschau von Kurt Singer.

Die vergangene Woche brachte viel Neues, und unter dem Namen taum ein Weniges, das die Woche, das den Tag überbauern dürfte. So lehnte man sich nach Altem und fand in dem Weltfesten, das zu hören war, nämlich in der Matthäuspassion unter Leitung von Siegfried Ochs endlich jenes Wunder des Mittelalters, das einzig Maßstab für Konzentration sein dürfte. Daß man auch Älteres, viel Gehörtes, so heute her betrachtet und in die Idee der Zeit einbeziehen kann, das lehrt ein höchst kluges, systematisch entworfenes Programm Leo Kestners zu den künftigen Beethoven-Festern (Vollständigen-Verband). Es kam nicht früh genug auf die Fingerzeige hingewiesen werden, die ein das Berliner und deutsche Musikleben erschöpfend beherrschender Mann gibt. Mit den üblichen Beethoven-Konzerten, die gewiß nicht ausbleiben sollen, ist es nicht getan; aber auch für diese, das Werk Beethovens kennzeichnenden Abende sind besonders stilvolle, am Seltenen nicht vorbeigehende Hinweise gegeben. Ich vermiße unter den selten gehörten Werken die C-Dur-Messe, die Ruinen von Athen, Meeresstille und glückliche Fahrt. Diese Auslassung schadet nichts, weil ich diese Werke selbst gelegentlich der Zentenarfeier an mehreren Stellen zu Gehör bringen werde. Wichtiger aber, besonders wichtig im Rahmen der Volksbühnenbewegung, ist die auch von anderer Seite schon betonte und geforderte Vertiefung der Volksmusik durch Errichtung von Singhäusern, Jugendmusikschulen, durch Anordnung von Musikortigen, Unterföhrung von Orchesterchören, Ausbau von Bibliotheken, Subventionsmöglichkeiten für Studierende. Auch die Stadt Berlin wird sich diese im tiefsten Sinn idealen und Beethovenschen Vorschläge angelegen sein lassen, und vielleicht bringt das Jahr 1927 neben dem allzu üblichen schon die Grundsteinlegung eines Beethoven-Gymnasiums.

Zuweilen ist das Nachlesen solcher Schriften für die Veranstalter von Konzerten wichtiger, als das ständige Mitlesen tausendfach begewerter Programme. Hier hilft auch ein Buch weiter, das nicht angelegentlich genug empfohlen werden kann. Es ist das „Konzertbuch“ von Paul Schwers und Martin Friedland (Muthische Verlagbuchhandlung). Es ist das ein stilvoller Führer durch die klassische und romantische Literatur, bedeutsam sortiert bis zu der modernen Musik. Ohne alles Kestnerisieren, ohne die Unwesentlichkeit biographischer Details, ist formal und kulturhistorisch die Persönlichkeit der großen Musiker in der Analyse der meistgehörten Werke eingeleitet. Kapitel, wie die über Mahler oder Richard Strauss gehören mit zu den besten, was dem Konzertbesucher vor dem Weg ins Konzert an die Hand gegeben werden kann. Man wird von den beiden Autoren eine absolute Objektivität nicht verlangen dürfen. Sie zeigt sich in einer besonderen Betonung, in einer gewissen Ablehnung bestimmter musikalischer Strömungen. Männer wie Strawinsky und Hindemith müßten unbedingt ausführlicher betrachtet werden, auch das Kapitel Bruckner scheint zu kurz; dagegen hätten sämtliche Vorkämpfer zu Opern aus dem Bande fortbleiben können. Noch einmal sei betont: ein nicht nur hervorragendes, sondern auch nützliches und höchst elegant geschriebenes Studienwerk, das auch den Musiker nicht unbefriedigt läßt.

Um also die neuen oder sogenannten neuen Werte zunächst zu

Zwischen der Mitte und rechts.

Das Zentrum keine christliche Partei — sagt der „Reichsbote“.

Der „Reichsbote“, das Blatt der reaktionären Landpastoren, wirft in seinem Leitartikel die Frage auf: „Ist das Zentrum eine christliche Partei?“, um sie zu verneinen, und er bewaffnet sich sogar mit dem sonst bei ihm wenig beliebten Papst, um zu erklären:

„Während das Oberhaupt der katholischen Kirche immer wieder den schärfsten Kampf gegen die gottlose Sozialdemokratie und ihre verderblichen Lehren betont, geht die Partei, die den Anspruch erhebt, die allein berufene Vorkämpferin des katholischen Glaubens zu sein, Arm in Arm mit dem Todfeinde der Kirche und vermeidet ängstlich alles, was die Gegensätze zwischen ihr und der Sozialdemokratie in die Erscheinung treten lassen könnte.“

Der „Reichsbote“ kommt in seiner Kritik des Zentrums zu dem Schluß:

„Das ist eine Politik auf Kosten christlicher Belange, die einer Verleugnung christlicher Grundsätze gleich kommt. Solange das Zentrum dabei bleibt, ist es keine christliche Partei mehr, sondern eine reine politische Opportunistenpartei mit christlicher Maske.“

Welche Wirkung dieses unfehlbare Urteil der reaktionären Pastoren auf das Zentrum haben wird, bleibt abzuwarten.

Bayerische Volkspartei und Zentrum.

Man macht sich in der Bayerischen Volkspartei Sorgen um den Weltanschauungscharakter der Zentrumsparlei. Der „Bayerische Kurier“ müht sich um den Nachweis, daß durch ein Bekenntnis des Zentrums zur Republik der Weltanschauungscharakter der Zentrumsparlei unmittelbar oder mittelbar angefaßt werde. Er schreibt:

„Man kann ruhig den Satz aufstellen, daß es keine einzige wirkliche politische Entscheidung im demokratischen Staat gibt, die sich der Zentrumsparlei dadurch entziehen würde, daß sie den anfänglich eingenommenen Grundsatz des Schwebegustandes gegenüber der Frage der Staatsform aufrechterhält; man kann den Satz aufstellen, daß keine einzige politische Entscheidung (außen, kultur-, staats-, wirtschafts-, sozialpolitischer Art) sachlich von der Frage der Entscheidung der Staatsform abhängt. Jene „Entscheidung“, die die parteimäßige Festlegung auf eine bestimmte Staatsform enthält, ist eine rein deklaratorische, eine „Entscheidung“ der unsachlichen Agitation, eine „Entscheidung“ des Wortes, nicht aber eine Entscheidung der sachlich fruchtbaren Tat.“

So sehr diese Beweisführung vom Zentrum scheinbar eine Indifferenz gegenüber der Frage der Staatsform verlangt, so deutlich entspringt sie einer Abneigung gegen die Republik, die in Bayern verbreitet ist.

Mit dieser Beweisführung kommt der „Bayerische Kurier“ in verdächtige Nähe der evangelischen Pastoren im „Reichsbote“.

Stegerwalds Echo in der „Kreuz-Zeitung“.

Der Zentrumsabgeordnete Stegerwald hat in seiner Rede in Osterfeld außerordentlich scharfe Kritik an den Deutschnationalen geübt. Er hat ein sehr ähnliches Porträt der Deutschnationalen entworfen. Weit entfernt davon, die Deutschnationale Partei gegen Stegerwalds Angriffe in Schutz zu nehmen, erklärt sie: betrifft mich nicht. Sie schreibt:

„Stegerwald verlangt, daß die Partei mehr von christlich-konservativem Geist durchsetzt sein müsse, wenn das Zentrum eine Zusammenarbeit mit ihr begrüßen sollte. Er vertritt diesen christlich-konservativen Geist bei einem großen Teil der Mitglieder der deutschnationalen Reichstagsfraktion und behauptet, daß die Partei als Ganzes im Grunde genommen rein interessenpolitisch eingestellt sei. Zweifellos sind in der Deutschnationalen Volkspartei verschiedene Strömungen vorhanden und es ist auch nicht abzuleugnen, daß gewisse Gegensätze in ihr aus der Einstellung ihrer Mit-

glieder zu den Fragen der Tagespolitik gelegentlich scharf aufeinanderprallen. Das ist aber ganz natürlich bei einer Partei, die zum Sammelbecken der nationalen rechtsstehenden Kreise geworden ist. Die vorhandene einheitliche Weltanschauung, die zum mindesten christlich-konservativ durchflochten ist, bleibt davon unberührt. Unsere politische Arbeit an der „Kreuz-Zeitung“ hat stets darin bestanden, den christlich-konservativen Geist in der Partei lebendig zu erhalten und zur Wirkung zu bringen.“

Das ist sehr kleinlaut. Noch kleinlauter wird die „Kreuz-Zeitung“ in der Antwort auf den Vorwurf, daß die Deutschnationalen in altem Klassen- und Kostengeist befangen seien:

„Stegerwald glaubt, in diesem Zusammenhang der Deutschnationalen Volkspartei auch alten Klassen- und Kostengeist vorwerfen zu können, und zieht daraus die Schlußfolgerung, daß aus innerstaatlichen und gesellschaftspolitischen Gründen der Graben zwischen Deutschnationaler Volkspartei und Zentrum noch sehr tief sei. Dieser Graben brauchte wirklich nicht so tief zu sein, wenn das Zentrum selbst endlich einmal einsehen wollte, daß hier nicht Klassen-Tradition und alte Staatsgesinnung die Anschauung der Leute bestimmen, die sich mit der Republik vom November 1918 innerlich nicht so abfinden können, wie das dauernd von ihnen verlangt wird. Denn die auf der Linken zu suchenden Hauptvertreter des jetzigen Systems ergeben sich bei jeder Gelegenheit in solchen Schmähungen unserer großen Vergangenheit und alles dessen, was uns einstmalig heilig und unantastbar war, daß es unmöglich ist, einen Frieden mit solchen Anschauungen zu schließen.“

Schon so weit aus Furcht vor entschwindenden Ministerfraktionen? Man glaubt Stresemann reden zu hören: wir waren Monarchisten...

Das alles nur, um eine Verständigung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie nach Möglichkeit zu stören:

„Aber selbst wenn man diese grundsätzlichen Erörterungen in den Vordergrund schiebt, muß Stegerwald bei gutem Willen eingestehen, daß gerade die Weltanschauung der Sozialdemokratie himmelweit von der entfernt ist, die er selbst vertritt.“

Man unterhält sich eifrig zwischen der Mitte und der Rechten. Die Rechte redet viel von Weltanschauung, von Christentum und christlich-konservativer Bestimmung. Sie meint den Bürgerblock, der eine antisoziale Politik gegen die Arbeiterschaft führen soll.

Unverbindliche Unterhaltungen.

Keine politischen Vereinbarungen.

Am Mittwoch fand beim Reichskanzler Dr. Marx eine Veranstaltung statt, an der neben den in Berlin anwesenden Mitgliedern der Reichsregierung Mitglieder der volksparteilichen, der demokratischen und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion teilnahmen. Es handelte sich um eine gesellschaftliche Veranstaltung, auf der selbstverständlich bindende politische Vereinbarungen nicht getroffen wurden. Allein die Tatsache, daß bei dieser Veranstaltung die Bayerische Volkspartei und die Führer der Zentrumsfraktion nicht anwesend waren, schließt alle anderen Vermutungen aus. In den unverbindlichen persönlichen Unterhaltungen sind von allen Seiten die Schwierigkeiten unterstrichen worden, die sich aus der gegenwärtigen Lage ergeben, aber Wege zu ihrer Überwindung nicht gezeigt worden.

Zum Fall Hölz.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Moses (Soz.) hat den Reichsbegnadigungsausschuß zu einer neuen Sitzung auf Montag, den 22. November, nachm. 2 Uhr in den Reichstag einberufen, um auf Grund des neuen Materials, das von dem Vertreter von Hölz dem Ausschuß vorgelegt worden ist, von neuem zum Fall Hölz Stellung zu nehmen.

beachten: zu Ehren des sechzigsten Geburtstages von Waldemar von Bausnern erklingen Chorwerke, Gefänge, Weigenonate, Klavierstücke. Zwei Jahrzehnte sind ausgefüllt mit Kompositionen großen und kleinen Formats, ohne daß das höchste Glück der Erdensinder erreicht wäre. Bausnern schadet sich selbst durch die gar zu lange und intensive Ausprägung seiner musikalischen Gedanken, ist aber einer von jenen weiterentwickelten, im Handwerk großgewordenen Kompositionsmelodien, die wir im Schatten der genialen Komponisten und gar als Lehrer des Fachs nicht missen wollen. Auch das Respihig-Konzert, sowohl in der Philharmonie unter Ungers bewegter Leitung, wie im Rundfunk, war eine Enttäuschung. Ein blasser, mit Vorliebe archaisierender Komponist, ammutig im Kolorit des Orchesters, sanft wagnerisierend in der Eroik seines Frühlingssonges. Es fehlt ihm die bauende und zusammenfassende Kraft, die erst den großen Meister auch im Kleinen, zierlichen, schwelgerischen Einfall ausmachen würde. Carl Clewing spricht und singt vor leeren Bänken. Seine Ansprachen, vom Manuskript heruntergelesen, sind, gelinde gesagt, überflüssig. Das Dazwischen gehört nicht zum Konzertbetrieb oder es müßte Entschwebendes von den ausgewählten Meistern gesagt werden. Die Gesellschaftslieder, die Clewing vortrug, vor allem Krieger, Beckmann, wirkten in der sinnigen, launigen, auch humoristischen Interpretation wie Gefänge von heute. Es schimmern tatsächlich in diesen Werken des 17. Jahrhunderts beträchtliche Werte, die zu heben sich lohnt. Paul Höffers Opus 12 ist ein von einem geschmackvollen Musiker geschaffenes Stück Kammermusik, das auch bei primitiver Thematik durch den inneren Schwung zu interessieren vermag, in der vorichtigen Modernität Stimmung verrät, und schließlich in einem witzigen Schlußsatz sich längerisch befeht. Béla Bartóks 2. Sonate für Geige und Klavier ist kein organisch gewachsenes Musikstück, sondern ein leicht groteskes Durcheinander, in dem die Melodien nicht gewachsen, sondern aufgestopft, umgebogen sind, ohne rechte Logik der Verarbeitung. Die Sonatine für Klavier Opus 5 von Horenstein ist schon natürlicher gebaut und klarer in der Empfindung; auch hier dürften sich die guten Einfälle noch wesentlicher und architektonischer formen lassen. Carl Wieners Lieder sind, soweit ich hören konnte, melodische, aber geftrige Gebilde. Von Hermann Bunick, dessen Brudner-Johannes als Idee an sich zu begrüßen wäre, ist noch keinem ersten Konzert deswegen nicht viel Gutes zu sagen, weil er sich mit einer sehr pathetischen und geschwähigen Eigenarbeit, einer weichen, ungeformten Sinfonie zu präsentieren verjuchte. Nirgendwo ist die Bestimmung auf das Notwendige so zu fordern, wie in der Disposition einer Sinfonie. Daß der frühere und unnergeffene Dirigent des Philharmonischen Orchesters, Ernst Kunwald, die 9. Sinfonie mit einem ihm herrlich hingebenden Instrumentalkörper grandiositätlich darstellt, ist fast eine Selbstverständlichkeit. In dem romantischen Abend des Berliner Sängerkhore ist nur das eine zu tadeln, daß er kein Konzert in die Nachmittagsstunden des Sonntags verlegt. Der übervolle Saal bewies, daß nicht alle diese Einrichtungen so kritisch und als fehlerhaft betrachten. Was der Chor und was sein Dirigent Philipp Heid leistet, ist achtunggebietend. Ich hörte zwei Chöre von Bruch und Weber, die die bereits angestregten Sänger noch in vollster Stimmfrische und Ausdrucksfähigkeit zeigten. Das Programm, im wesentlichen auf die Namen Schubert, Schumann und Mendelssohn gestellt, fand durch die be-

fante und bewährte Mitistin Alice Schaffer-Kuznizki freundschaftliche Unterstützung.

Es wäre Atem zu holen, es wäre der Eindruck der Passionsmusik unter Leitung von Siegfried Ochs zu mildern. So oft wir die Matthäuspassion gehört haben — es schien die beste aller Aufführungen zu sein. Ganz im Gegenlag zur Tradition, die in Bach den Vorwurf der Langeweile und Unerträglichkeit zugezogen hat, stellt sich Siegfried Ochs auf die Lebendigkeit einer dramatischen Darstellung ein. Wer die Partitur liest, wer das, was Bach in die Stimmen eingezeichnet hat, kennt, ja, wer auch nur dem Studium des textlichen Vorwurfs ein paar Minuten widmet, wird wissen, daß hier ein geistliches Drama geschrieben wurde. Und so steigt die Handlung, das Schicksal Jesu, so steigt der seelische Reflex, den Leiden und Sterben auf das Volk, auf die Menschheit wirkt, in keiner anderen Darstellung so elementar, so zwingend, so erschütternd empor. Die letzte innere Verbindung zwischen Einzelnen und Massen, ein tiefer, innerer, logischer Zusammenhang zwischen Evangelisten und dem im Choral verdichteten Seelenausdruck der Gemeinde, eines der großen, von Frommsein und Religion so weit entfernten Erlebnisse in Musik, die wirklich einmal in dem Menschen das Gute ausleben lassen, das Böle ertönen. Keiner der Mitwirkenden sei genannt, denn es war eine Unterordnung unter den Geist des Ganzen, die unerhört ist im Betrieb unseres Konzertlebens.

Günther Heß tanzte im Scharwenka-Saal. Man sah ihn vor zwei Jahren als dürftigen unfertigen Debitanten. Inzwischen ist er künstlerisch nicht nur gewachsen, sondern von innen heraus ein anderer geworden. Eine Persönlichkeit, die etwa zwischen Kreuschberg und Jo Fischer steht. Vollendete Technik, gründliche Durchbildung des Körpers, der alles leicht, manches fast spielend gibt. Vielseitige, umfassende Gestaltungsmöglichkeiten. Der Ausdruck am stärksten und eigenartigsten in der Aktion der Hände, in Rehrsprüngen, im leichten schwebenden Lauf und in gewissen Entspannungen, die eine ganz persönliche Note haben. Die Kompositionen nervös, zuweilen noch ohne rechten inneren Zusammenhang, mit jähen Ueberbängen. Aber niemals auf äußeren Effekt gestellt, stets künstlerisch vornehm. Sehr schön besonders die „Drei Gestalten im Raum“. Interessant das karikaturistische „Rachttück“, ein gelungener Versuch, komische Wirkung ohne pantomimische Zutaten abeln aus abstrakter Bewegung, aus drohenden Linien und uftigen Rhythmen zu holen. Alles in allem ein Tänzer hohen Ranges, dessen strenger, fast asketischer Linienkunst zur letzten Vollendung nur noch ein wenig mehr Farbe und Wärme zu wünschen wäre. — Siegf Peters, die sich mit Heß in das Programm teilte, hat in ihren Anfängen einft Besseres versprochen. Was sie heute bietet, ist in seiner technischen Unzulänglichkeit und fühligen, netischen, schmaltzigen Fadedheit nicht diskutabel. J. S.

Bernhard Shaw lehnt die Nobelpreispende ab. Bernhard Shaw hat der schwedischen Akademie mitgeteilt, daß er die Nobelpreispende nicht annehmen könne, da seine Einkünfte groß genug wären. Er bitte daher, seine Werke außer Wettbewerb zu klassifizieren und den Geldpreis zum Nutzen gemeinsamer literarischer Bestrebungen beider Länder zu verwenden.

Reichsmittel für die Deutsche Allgemeine? Eine Anfrage an die Reichsregierung.

Der Sozialdemokratische Pressedienst schreibt: Vor mehreren Monaten ging die Druckerei der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in den Besitz des Preussischen Staates über. Finanzielle Schwierigkeiten veranlaßten damals den Stinnes-Konzern als Besitzer zu diesem Verkauf. Der Verlag und die Redaktion blieben als selbständiges Unternehmen weiter bestehen und ließen ihr Blatt im Hochdruck bei ihrer bisherigen Druckerei, der heutigen „Preussischen Druckerei und Verlags-Gesellschaft“ fertigen. Aber weder die Tendenz noch ihr Umfang änderten sich. Die finanziellen Erträge des Inzeratenteils waren im Vergleich zu den Kosten der Zeitung verhältnismäßig gering. Immer und immer wieder wurde unter diesen Umständen, sowohl in parlamentarischen als in parlamentarischen Kreisen die Existenzfähigkeit der „D.A.Z.“ erörtert, ohne daß bisher das Geheimnis gelüftet worden wäre. Vereinzelt wurde bei dieser Gelegenheit auch auf die Verbindungen der Redaktion der „D.A.Z.“ zu gewissen Persönlichkeiten der Reichsregierung hingewiesen, aber daß diese Persönlichkeiten sich mit Erfolg zu einer höheren Unterstützung aus Reichsmitteln für die „D.A.Z.“ verwandt haben, erzählt die Öffentlichkeit erst heute. Diese Unterstützung verdient insofern ein politisches Interesse, als die „D.A.Z.“ bis in den letzten Tagen die preussische Regierung heftig angegriffen und trotz der Reichsbeschlüssen in der einseitigen Form die Politik der Deutschen Volkspartei vertreten hat.

Wir fragen die Reichsregierung: Ist es richtig, daß der „D.A.Z.“ seit mehreren Monaten ein Betrag von 75 000 bis 90 000 M. monatlich zur Verfügung gestellt wird? Welche Gründe waren hierfür maßgebend, trotzdem auch den zuständigen Instanzen des Reiches bekannt sein mußte, daß die Redaktion der „D.A.Z.“ bis auf den heutigen Tag die preussische Regierung bekämpft hat und einseitig die Politik der Rechtsparteien vertritt?

„Wie schön ist's in Afghanistan!“ singt die „Kreuz-Zeitung“.

Es muß doch mächtig unangenehm sein für einen richtigen Konservativen vom alten Schrot und Korn, sich nicht mehr wohlfühlen zu können im demokratisch veränderten Europa, das keinen Wilhelm, keinen Nikolaus und keinen Franz Joseph mehr anerkant. Wie ein Fremdkörper muß man sich vornehmen! Und da schneit denn der Wind des „Kreuz-Zeitungs“-Zeitartiklers hinaus in die Welt: An alles, was einstens war, denkt der Moderne, und wo entdeckt er die wahre Glückseligkeit? Fern in Afghanistan! Befehligt schreibt er:

„In Afghanistan herrscht der gesunde Zustand der asiatischen Despotie, der sich vorteilhaft von den Zuständen des europäischen Parlamentarismus unterscheidet.“

Ja, so eine ostische Despotie tut Deutschland not! Die würde uns — immer mal wieder — herrlichen Zeiten entgegenführen. Ein Emir — alias Kaiser — regiert in unbeschränktem Absolutismus, gestützt auf Adel und Geistlichkeit, das Volk hat ohne Widerwort zu parieren, und wehe ihm, wenn es den Mund aufmacht! In der Tat, ein „gesunder Zustand“, zum mindesten für die abligen Leser der „Kreuz-Zeitung“, die dann die Knuten zu führen hätten. Et, wäre das eine Lust, zu leben!

Reichswehr, Gewerkschaften, Bordelle. Ein bezeichnender Bataillonsbefehl.

Vor einiger Zeit berichteten wir, daß der Reichsmehr-Bataillonskommandant in Goslar den Soldaten das Betreten des Gewerkschaftshauses verboten hatte. Aber die Kritik in der gesamten republikanischen Presse Deutschlands hat natürlich nichts geholfen; weder Herr Behler noch der Goslarer Major kümmerten sich darum. Das geht auch aus einem Bataillonsbefehl Nr. 78 vom 3. November 1926 hervor, der lautet:

„Verbotene Lokale. Allen Heeresangehörigen des Standortes ist nochmals besonders bekanntzugeben, daß die Verbotene zum Betreten der Gaststätten Harms (Wise-Café), des Gewerkschaftshauses und des Hauses Immenroder Str. 25 nach wie vor bestehen. Anders lautende Gerüchte scheinen verbreitet zu werden, um Heeresangehörige zu schädigen bzw. Strafen auszuweisen. Wer Kenntnis davon hat, daß diese Lokale trotzdem betreten werden und nicht Meldung erstattet, macht sich ebenso strafbar, wie der Uebertreter des Verbots.“

gez: von Einem, Major und Bataillonskommandeur.“
An dem Befehl ist ebenso standalös wie das Verbot an sich die Tatsache, daß das Gewerkschaftshaus, ein durchaus anständiges Lokal, mit zwei Aneipen zweifelhafter Art in Verbindung gebracht wird. Die Gaststätte Immenroder Straße ist ein Bordell. So werden in der Reichswehr im stillen Einvernehmen mit dem Reichswehrministerium die Arbeiter und ihre Einrichtungen beleidigt!

Zornige Enttäuschung beim Nationalen Block Wegen des Beschlusses der Radikalen.

Paris, 18. November. (Eigener Drahtbericht.) Der von der Exekutive der Radikalen und Radikalsozialen Partei gefasste Beschluß, den radikalen Kandidaten bei den bevorstehenden Senatswahlen jedes Zusammengehen mit den Rechtsparteien zu untersagen und nur im Einklang mit dem Beschluß des Sozialistischen Parteitag im zweiten Wahlgang gemeinsame Listen mit sozialistischen Kandidaten zu gestatten, gibt der reaktionären Presse Anlaß zu heftigen Angriffen auf die radikale Partei. Das ist um so begrifflicher, als durch den Beschluß der Exekutive allerhand Hoffnungen im Lager der Rechten zerstört worden sind. So hatte im Departement Seine-et-Oise der radikale Franklin-Bouillon, der Wortführer des sozialistengegenständlichen Flügels der Radikalsozialistischen Partei, bereits eine Liste zusammen mit den reaktionären Kandidaten des Wahlkreises ausgearbeitet. Sie ist nunmehr hinfällig geworden. Die Blätter der Rechten beschuldigen außerdem Poincaré persönlich, mit allerlei Verwaltungsmaßnahmen einen Wahlsieg der Kartellparteien zu unterstützen. (!)

Auch die Partei Painlevés gegen die Rechte.

Paris, 18. November. (W.T.B.) Der Parteivorstand der Sozialrepublikaner (Gruppe Painlevé, Red. d. „R.“) beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Angebot der demokratisch-republikanischen Allianz (Nationaler Block), bei den Senatsersatzwahlen gemeinsam vorzugehen. Es wurde beschlossen, gemäß der von der Bezirksvereinigung der Sozialrepublikaner des Seine-Departements bereits getroffenen Entscheidung das Angebot abzulehnen und der Politik vom 11. Mai 1924, also der Politik des Kartells der Linken, treu zu bleiben.

Rußlands Weg zur Privatwirtschaft.

Die Not der Staatsindustrie. — Einführung von Privat-Aktiengesellschaften.

Ueber die Wirtschaftspolitik Sowjetrußlands bringt die „Ökonom. Schin“ vom 6. November eine Mitteilung, deren zukünftige Tragweite für das sowjetrußische Wirtschafts- und Staatssystem kaum abzusehen ist. Danach sieht sich die Sowjetregierung infolge des Mangels an staatlichem Kapital gezwungen, ihre Politik gegenüber dem Privatkapital zu ändern. Das Präsidium des staatlichen Planausschusses hat sich mit der Frage der Organisation von privaten Aktiengesellschaften befaßt und beschlossen, solche Gründungen grundsätzlich gutzuheißen, und zwar ohne Beteiligung des Staates. Die Gründungen sollen zugelassen werden für die Produktion von Waren, die im Verhältnis zur Nachfrage von der staatlichen und genossenschaftlichen Industrie in unzureichendem Maße oder überhaupt nicht produziert werden. Auch wird die Gründung von privaten Aktiengesellschaften zur Hebung des Bauwesens als wünschenswert erachtet. Als unerwünscht erscheinen Gründungen zum Ankauf von Rohstoffen, und das Präsidium des Planausschusses schlägt vor, solche Gesellschaften nur versuchsweise in denjenigen Gebieten zu gründen, die von den staatlichen und genossenschaftlichen Ankaufsorganen nicht genügend erforscht werden. Außerdem beantragt der staatliche Planausschuss, die Gründung von drücklichen privaten Aktiengesellschaften ausschließlich für den Kleinhandel und den beschränkten Großhandel versuchsweise zuzulassen.

Werden diese Vorschläge des staatlichen Planausschusses durchgeführt, und sie werden nach der vorliegenden Lage der nach Kyprows Rede vor der 15. Konferenz der R.K.P. über das Verlegen der industriellen Verwaltung in Sowjetrußland (vgl. „Vorwärts“ Nr. 540) durchgeführt werden müssen, so steht das russische Wirtschafts- und Staatssystem vor einer grundstürzenden Wandlung. Man wird die

notwendige Reorganisation, zu der der Bürokratismus und technische Rückständigkeit nach Kyprow zwingen, in der hier vorgeschlagenen Preisgabe des Prinzip der staatlichen Produktion und in der Zulassung von privatkapitalistischen Aktiengesellschaften ohne staatliche Kontrolle oder Beteiligung erblicken müssen. Für die Wirtschafts- und Staatspolitik führt das zu Konsequenzen.

Die russische staatliche Industrieverwaltung hat nämlich die Freiheit der Entschließung verloren. Sie handelt aus Not. Das brennendste Problem in Sowjetrußland ist die Beschaffung von Kapital. Die Versorgung der nach wie vor im ganzen durchaus unrentablen Staatsindustrie mit den erforderlichen Betriebsmitteln erfolgte bisher auf Kosten der Ushermonegwährung, deren Parität bisher nur künstlich, dem Scheine nach, und zwar nur für den Verkehr der Staatsbehörden und mit den Staatsbehörden, aufrecht erhalten wurde. Weil die Ushermonegwährung praktisch entwertet ist, ist die staatliche Industrie in Sowjetrußland für das Ausland nicht kreditfähig. Andererseits aber ist infolge der Unrentabilität und der dauernden Kapitalansprüche der Staatsindustrie die Währung nicht mehr zu retten, wenn nicht neues Kapital in Rußland verfügbar wird. So ist die Zulassung von privaten Aktiengesellschaften für Produktion und Handel, gleichviel ob sie von Inländern oder vom Ausland gegründet werden, die notwendige Konsequenz aus der Kapitalnot der staatlichen Industriewirtschaft. Da damit aber grundsätzlich die Frage der freien Unternehmer- und Marktwirtschaft in Rußland aufgeworfen wird, wird die Zulassung privater Produktions- und Handelsgesellschaften für die Diktatur der Russischen Kommunistischen Partei zur Schicksalsfrage, die zugunsten der breiten Bauern- und Arbeitermassen nur durch den Umbau der Diktatur zur großzügigen demokratischen Kontrolle zu lösen sein wird.

Weltwirtschaftskonferenz am 4. Mai.

Vornehmlich europäisch.

Genf, 18. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Beginn der Wirtschaftskonferenz wurde auf den 4. Mai 1927 angelegt. Teilnehmern sollen alle Mitgliedsstaaten des Völkerbundes sowie die wichtigeren noch außerhalb stehenden Länder (Vereinigte Staaten von Amerika, Rußland und wahrscheinlich auch die Türkei und Mexiko). Die Delegierten (fünf von jedem Land ausschließlich Sachverständige) sollen durch die Regierungen ernannt werden, während die freien Sachverständigen ohne gebundene Instruktion vom Fall zu Fall geladen werden. Die Zusammensetzung der Delegationen soll ungefähr die gleiche sein wie für die vorbereitende Kommission, d. h. Vertreter der Wissenschaft und der großen Wirtschaftsorganisationen sowie genaue Kenner der Wirtschaftspolitik ihres Landes enthalten.

Die Bährungs- und Finanzfrage ist nicht als besonderer Programmpunkt aufgenommen, sie soll jedoch in ihren Auswirkungen auf die Wirtschaft bei jeder einzelnen industriellen, kommerziellen und landwirtschaftlichen Frage geprüft werden. Das gleiche ist der Fall für die Bevölkerungsfrage und den Arbeitsmarkt. Das Programm ist in zwei Teile geteilt. Der erste Teil sieht die Prüfung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in jedem Lande und ihre Folgen auf den Weltfrieden vor. Der zweite Teil führt in drei Abschnitten die einzelnen Fragen auf, welche im Weltmarkt, in der Industrie und in der Landwirtschaft zu untersuchen sind. Diese Einzelverzeichnisse können nach Änderungen erfahren.

Im allgemeinen Teil des Vorentwurfs wird ferner ausgeführt, daß die internationale Wirtschaftskrise vornehmlich europäisch sei und deshalb die europäischen Verhältnisse besondere Berücksichtigung finden sollen. Die Beschlüsse der Konferenz sollen, wie bei der Brüsseler Finanzkonferenz, einmütig und nicht durch Abstimmung und Mehrheitsentscheid gefaßt werden.

Feststellung des Programms.

Genf, 18. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Vorbereitende Kommission der Wirtschaftskonferenz hat am Donnerstag nachmittag den Programmentwurf genehmigt. Dabei sind sowohl am allgemeinen Berichtstext wie an den einzelnen Programmpunkten nur wenige Änderungen vorgenommen worden. Die wichtigste davon betrifft eine Forderung der Arbeitervertreter über die Prüfung der Rückwirkungen der gesunkenen Kaufkraft auf den internationalen Handel. Als Vertreter der Arbeiter und Genossenschaften sprach Genosse Jouhaux seine Bemerkung darüber aus, daß einer Reihe ihrer Wünsche, wenn auch sehr verhältlich, doch Rechnung getragen worden sei. Ein weiterer Wunsch der Arbeitergruppe geht dahin, daß die Wirtschaftskonferenz wenigstens ihren wichtigsten Beschlüssen die Form von Empfehlungen gebe, wie sie von den internationalen Arbeitskonferenzen beschlossen werden.

Am Freitag wird die Kommission noch das Verzeichnis des der Wirtschaftskonferenz vorzuliegenden Studienmaterials feststellen und damit ihre Tagung beendigen. Der einzufasende Ausschuss zur Vorbereitung der letzten Arbeiten dürfte aus dem Präsidenten und den Ausschusspräsidenten v. Trendelenburg, Dubois, Gilbert, Vayton und Jouhaux zusammengesetzt sein.

Die Gerüchte, daß die Wirtschaftskonferenz in Amsterdam stattfinden soll, eilen vorläufig den Tatsachen voraus, den Tagungs-ort wird der Völkerbundsrat bestimmen.

Die Knechtung Georgiens.

Italiens Schuld daran.

In einer der letzten Nummern des Brüsseler „Peuple“ macht der erste belgische Delegierte zum Völkerbund, Genosse Louis de Brouckère, auf eine Stelle des kürzlich erschienenen Buches von Francesco Ritti „Volksweltismus, Faschismus und Demokratie“ aufmerksam, die ein eigenartiges Licht auf die internationalen Manipulationen der siegreichen Mächte unmittelbar nach dem Waffenstillstand wirft. Ritti erzählt hier, als er im Juli 1919 die Regierung in Italien übernahm, mußte er feststellen, daß eine militärische Expedition nach Georgien vollständig vorbereitet war und die Truppen zum Aufmarsch bereit standen. Was man im Auge hatte, war eine dauernde Besetzung dieses unabhängigen Landes, und zwar waren die Ententemächte mit diesem Abenteuer nicht nur einverstanden, sondern drängten geradezu Italien dazu.

In diesem Zusammenhang erinnert de Brouckère an seine eigenen Erfahrungen in Georgien, als er ein Jahr nach dem von Ritti angegebenen Zeitpunkt das Land besuchte. Es fiel ihm damals auf, daß, während die meisten Mächte in Tiflis nur eine ganz geringe und untergeordnete Vertretung hatten, gerade Italien eine außergewöhnlich umfangreiche Mission unterhielt, die über alle Zustände und Hilfsquellen des Landes merkwürdig genau unterrichtet war. Heute, bemerkt de Brouckère, verstehe ich besser, weshalb die Italiener sich eine so große Mühe gaben.

Die italienische Expedition unterließ, aber die zur Vorbereitung dieses Abenteuers in Georgien eingeführten italienischen Ban-ten und Konzessionsunternehmungen blieben. Es

wäre sehr interessant, fügt de Brouckère hinzu, die neuere Geschichte dieser Unternehmungen zu kennen. Sie würde vielleicht manche sonderbare politische Paradoxon (scheinbarer Widerspruch) erklären und uns die besondere Eile begreiflich machen, womit die faschistische Regierung Italiens, als erste der Welt, die Sowjetregierung anerkannt hat.

Abschließend unterstreicht de Brouckère, daß die Ententemächte Ritti eigentlich die klare Anschuldigung gegen die Ententemächte enthalten, einen unprovokierten Angriff auf ein freies Volk er-mutigt zu haben. Warten wir ab, ob von diesen Mächten irgend ein Dementi erfolgt.

Der Pogromstaat Rumänien.

Mord im Justizpalast.

Vor einiger Zeit sollten einige Gymnasialschüler in dem jetzt rumänischen Uzernowitz, der Hauptstadt der Bukowina, die Reifeprüfung ablegen. Dazu kam eine eigene Prüfungskommission aus Altromänien, die alle Kandidaten durchfallen ließ, weil sie die (rumänische) Staatsprache nicht genügend beherrschten! Deshalb gab es nachher Demonstrationen, wobei einer der Prüfungskommissare — Diaconescu — von Unbekannten verprügelt worden sein soll. Darauf wurden die Studenten, obwohl man sie in der Menge nicht erkannt hatte, wegen eines Angriffs auf den rumänischen Staat angeklagt! Der Prozeß wurde mehrmals vertagt und inzwischen leitete Diaconescu eine wüste antisemitische Hetze gegen die Angeklagten ein, zu welchem Zweck er auch eine eigene Broschüre herausgab. Vor wenigen Tagen war wieder eine Verhandlung, die gleichfalls vertagt wurde. Unmittelbar nachher wurde der Angeklagte David Fallik, ein 18jähriger Schüler, auf dem Korridor des Justizpalastes von dem eigens aus Altromänien gekommenen 19jährigen Schüler Tautu niedergeschossen. An der schweren Bauchschußwunde ist Fallik bald darauf gestorben. Der Mörder hatte die Broschüre des Diaconescu gelesen, die den Angriff auf die Prüfungskommission als eine Demonstration gegen das ganze rumänische Volk hinstellte. Tautu war selbst ein Schüler Diaconescus, stand aber mit ihm nicht sehr gut und ist bei ihm in der sechsten Klasse durchgefallen.

Das Begräbnis Falliks, den man als einen der vielen Märtyrer der systematischen Pogromhetze in Rumänien bezeichnen muß, wurde zu einer gewaltigen Demonstration. Die Polizei hatte das Aushängen von Trauerfahnen verboten, trotzdem ausgehängte Fahnen wurden von Polizeibeamten beschlagnahmt. Der vieltausendköpfige Leichenzug durfte vom Krankenhaus nicht zur Synagoge ziehen, sondern mußte direkt den Weg zum Friedhof nehmen. Ein dichtes Menschenpöbel säumte den ganzen Weg, die deutsche und die ukrainische Volkspartei hatten Abordnungen entsendet.

Die Pogrompresse stellt den Mörder bereits als — geisteskrank hin.

Der Aufstand auf Java.

Noch nicht zu Ende.

Batavia, 18. November. (W.T.B.) Da in den mittleren Gebieten Javas die in großer Zahl vorhandenen Kommunisten die Zuckerplantagen beunruhigen, hat der Statthalter die Bewaffnung des Personals der Plantagen gestattet. In Soerakarta ist eine Kommunistenbande zerstreut worden. Telephonische Verbindungen sind abgeschnitten worden. Ein Tabaklager wurde vernichtet. Zwanzig Personen wurden verhaftet.

London, 18. November. (U.) Wie aus Batavia gemeldet wird, ist der Parteiausschuss der Kommunisten Niederländisch-Indiens, der die Aufstandsbewegung inszeniert hat, in Bandung verhaftet worden. Die Aufstandsbewegung dürfte damit zerbrochen worden sein, jedoch dürften die Raubzüge revolutionärer Arbeiter auf dem Lande noch anhalten.

Reventlows Todesangst.

Hitlers Zeugnis.

Im Prozeß Reventlow-Hiller-Effer, über den wir gestern abend berichteten, sagte Hitler aus:

„Keine Behörde könne ihm verbieten, als Diskussionsredner aufzutreten. Graf Reventlow allerdings hätte Todesangst davor gehabt, daß er Hitler von Angesicht zu Angesicht sprechen würde.“

Man kann annehmen, daß der wälfische Graf wirklich Todesangst gehabt hat. Herr Hitler muß es wissen, er ist doch Spezialist in Todesangst. Er halte sie selbst, als er nach seinem Putsch angstvoll flüchtete und sich verbarg. Er hat Todesangst aus nächster Nähe beobachtet können: bei Herrn von Raht, als er vergewaltigt wurde, bei Herrn Ludendorff, als er sich vor der Feldherrnhalle auf den Bauch warf.

Revolverattentat in der „Bewag“.

Ein Personalchef getötet. — Der Täter offenbar geisteskrank.

Ein furchtbares Verbrechen ist am gestrigen Donnerstag nachmittag gegen 4 Uhr in den Bureaus der Berliner Elektrizitätswerke A.-G. (Bewag) am Schiffbauerdamm Nr. 22 verübt worden. Dort erschoss der 26jährige Bureauangestellte Karl Lemm den Vertreter des Personalchefs, Kehler, weil Lemm zum 31. Dezember d. J. die Kündigung erhalten hatte.

Ueber den Vorfall erfahren wir folgende Einzelheiten: Seit etwa Jahresfrist war der Bureaudirektor Karl Lemm in den Bureaus der Bewag tätig. Lemm, der ein Phantast ist, machte sich bei seinen Kollegen schon nach kurzer Zeit außerordentlich unbeliebt, da er selbst ein überempfindlicher Mensch war, den auch der geringste Vorwurf bis zur Kaserel bringen konnte, der auf der anderen Seite aber das Recht für sich in Anspruch nahm, selbst ältere Kollegen und Vorgesetzte maßlos beleidigen zu können. So wußte er auch von jedem anderen Angestellten seiner Abteilung Meßles zu berichten und in fast allen Fällen stellte es sich heraus, daß die Beschuldigungen des Lemm nur in der Phantasie des jungen Mannes ihren Ursprung hatten. Allen Anschein nach ist Lemm auch sexuell überreizt gewesen, wenigstens deuten gewisse Anzeichen und Erzählungen des Mannes darauf hin. Die Stimmung gegen Lemm fand innerhalb der Beamten und Angestellten eine starke Verschärfung, als der junge Mensch eines Tages erklärte, er sei Mitglied einer rechtsradikalen Geheimorganisation.

besthe dort mächtige Freunde und werde jeden erschließen, der ihm dienlich sich in den Weg dränge. Die über das Verhalten Lemms entworfenen Angelegenheiten haben den Leiter der Abteilung, Direktor Kunstmann, sich den Bräutigam vorzunehmen, da ein gezieltes Zusammenarbeiten sonst nicht möglich erscheine. Der Abteilungschef ließ sich Lemm auch kommen, machte ihm ernste Vorhaltungen und verlangte von ihm eine Veränderung seines ganzen Verhaltens, da er sonst keine Möglichkeit habe, in der Bewag zu bleiben oder gar die von ihm beantragte Gehaltserhöhung zu erlangen. Lemm versprach auch wirklich Besserung, geriet aber schon wenige Tage später mit einem alten Angestellten in einen neuen Konflikt und griff auch die Direktion der Bewag an. Die Direktion sah sich jedoch nach diesem Vorfall, der innerhalb der ganzen Abteilung große Empörung auslöste, gezwungen, Lemm zu kündigen und der Betriebsrat stimmte einer fristlosen Entlassung zu.

Am gestrigen Donnerstag erschien Lemm, der inzwischen den Kündigungsbrief erhalten hatte, wie gewöhnlich im Bureau und verlangte gegen Mittag den Leiter der juristischen Abteilung zu sprechen, von dem er stets behauptet hatte, daß der betreffende Herr

sein größter Feind

sei. Zufälligerweise traf er den in Frage kommenden Beamten nicht an und ging nun in die Personalabteilung, deren Chef er zur Rede stellen wollte. Lemm wurde von dem Vertreter des Chefs, Kehler, empfangen, dem das aufgeregte Wesen und die wirren Andeutungen Lemms auffielen. Kehler erklärte, er wolle Lemm zum Chef bringen und begleitete den jungen Mann auch tatsächlich, indem er seiner Sekretärin bedeutete, er habe das unbestimmte Gefühl, daß Lemm gegen den Chef der Abteilung etwas Ernstliches im Schilde führe. Kurz vor der Tür zum Bureau des Leiters der Personalabteilung zog Lemm plötzlich einen Revolver hervor und steckte Kehler durch zwei Brustschüsse nieder. Nach der Tat warf der Mörder die Waffe fort und eilte, da in der ersten Aufregung sich niemand um ihn kümmerte, sondern die hingewandten Angestellten sich um den schwerverletzten Kehler bemühten, ungehindert die Treppe hinab und verließ das Haus. Zufälligerweise stieß er jedoch nach wenigen Schritten auf einen Schupobeamten, auf den er mit den Worten zuging: „Verhaften Sie mich, ich habe eben meinen Chef erschossen.“ Der Beamte nahm daraufhin Lemm fest und brachte ihn nach der Polizeiwache, wo der Täter sofort alles zugab. Er behauptete, er habe unter einem unwiderstehlichen Zwang gehandelt, da er in der Bewag „von Feinden“ umgeben gewesen sei. Lemm dürfte zunächst dem Untersuchungsrichter vorgeführt, dann aber voraussichtlich auf seinen Geisteszustand untersucht werden.

Der schwerverwundete Kehler wurde in die Charité übergeführt, wo er bald nach seiner Aufnahme verstarb. Der Getötete, der im 42. Lebensjahre stand und seit langen Jahren der Bewag angehörte, hinterläßt eine Frau und mehrere Kinder.

Von anderer Seite erfahren wir zu der Angelegenheit: Der Bureaudirektor Lemm hatte wiederholt Vorgesetzte beleidigt und schließlich einen Brief an die Verwaltung gerichtet, der die Aufschrift „An den Verbrennerkongress“ trug. Als er wegen dieses Briefes die Entlassung erhielt, suchte er den Bureaudirektor Kunstmann auf, und dieser zog zu der Unterredung den Bureaovorsteher

Freie Sozialistische Hochschule.

Sonnabend, 20. November, 7 1/2 Uhr abds., im Sitzungssaal des ehem. Herrenhauses, Leipziger Str. 8, Vortrag des Genossen Prof. Dr. Karl Vorländer-Münster:

Die ethische Idee im Sozialismus

Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. sind zu haben an der Abendkasse sowie an folgenden Stellen: Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, II. Zimmer 8. — Buchhandlung J. H. W. Dietz, Lindenstr. 2. — Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße Ecke Luisenpark. — Zigarrengeschäft Horach, Engelstraße 24/25, Gewerkschaftshaus. — Tabakvertrieb, Inselstr. 6. — Verlag des Verbandes der deutschen Buchdrucker, Dreißendstr. 5. — „Werkfreunde“ Bücherstube, Potsdamer Str. 104, sowie in allen Vorwärts-Speditionen.

Kehler hinzu. Lemm holte plötzlich einen Revolver hervor und zielte auf den Bureaudirektor, so daß der Bureaovorsteher dazwischen sprang. Da drückte Lemm ab und Bureaovorsteher Kehler brach zusammen. Lemm war nach vollbrachter Tat auf die Straße hinausgelaufen und wurde dort durch einen Polizeibeamten festgenommen. Schon früher hatte Lemm einmal gedroht, einen zum Betriebsrat gehörenden Angestellten zu erschließen. Er wurde damals durch den Vertrauensarzt der Stadt auf seinen Geisteszustand untersucht, aber für geistig gesund erklärt, worauf man ihn weiter beschäftigte. Lemm, der jene Nachsicht jetzt so böse vergolten hat, soll einer deutschösterreichischen Organisation angehören. Er ist einarmig, doch ist er nicht Kriegsbeschädigter. Den Verlust eines Armes hat er bereits in seiner Knabenzeit erlitten.

Das erste Verhör.

Lemm wurde dem Polizeipräsidenten eingeliefert und dort unverzüglich in Gegenwart des Chefs der Kriminalpolizei, Regierungsdirektor Dr. Weich, verhört. Der Grund zu der Bluttat ist ohne Zweifel in persönlicher Rache gegen den Direktor Kunstmann zu suchen. Er behauptet, daß er zurückgegriffen worden sei. Diese Behauptung ist aber mit größter Vorsicht aufzunehmen. Gerüchte, die davon wissen wollten, daß der Tat politische Motive zugrunde lägen, entbehren, wie uns Regierungsdirektor Dr. Weich mitteilt, zunächst der Grundlage. Mit der Bearbeitung der Aufklärung wurde Kriminalkommissar Rebe betraut.

Mehr Verkehrsunfälle in Berlin.

Nach der Statistik des Kraftverkehrsamts im Polizeipräsidentium ist im dritten Vierteljahr 1926 die Zahl der Unfälle im Berliner Straßenverkehr gegenüber dem zweiten Vierteljahr von 3417 auf 3628 gestiegen. Diese Zunahme um 6,2 Proz. bedeutet eine Zunahme der täglichen Unfallzahl von 37,5 auf 39,4. Entsprechend ist auch die Zahl der durch Zusammenstöße herbeigeführten Verletzungen von Personen gestiegen, die sich um 72 auf 1505 im dritten Vierteljahr erhöht hat. Von den Verletzten waren 140 Kinder unter 14 Jahren. Unter den 31 tödlich Verunglückten befanden sich acht Kinder. Mehr als zwei Drittel der zusammengefahrenen Gefährte waren Kraftfahrzeuge. Im

ganzen waren an den Unfällen 6160 Fahrzeuge beteiligt. Im Vergleich mit dem zweiten Vierteljahr 1926 weist der Kraftverkehr mit plus 12,4 Proz. die stärkste Zunahme der Zahl der zusammengefahrenen Fahrzeuge auf. Dann folgen Lastkraftwagen mit plus 7,8 Proz., an dritter Stelle Fahrräder mit 6,6 Proz., während Straßenbahnen am wenigsten (mit nur 1,5 Proz.) daran beteiligt sind. Die Schuld an den Unfällen trugen in 452 Fällen Kraftfahrzeuge, in 436 Fällen private Personenkraftwagen und in 348 Fällen Fußgänger. Die Schuldfrage wurde in 60 von hundert Fällen geklärt.

Paragraph 218.

Zwei Ärzte unter Anklage.

Auf jährliche Tötung und Vergehen gegen § 218 lautete die Anklage gegen die Ärzte Dr. Sch. und Dr. K., die vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Tempelhof zur Verhandlung gelangte. Es war gewissermaßen ein Kongress hinter verschlossenen Türen, denn nicht weniger als fünf medizinische Sachverständige, darunter Professor Dührsen, Medizinalrat Dr. Honninger und Professor Kaiser waren zur Stelle, um über die komplizierte, für die Angeklagten zum Teil recht bedenkliche Sachlage gehört zu werden.

Eines Tages war ein junges Mädchen zu Dr. Sch. gekommen, der ihr nach der Untersuchung erklärte, es müsse wegen ihres körperlichen Zustandes eine Unterbrechung der Mutterschaft auf dem Wege einer Operation stattfinden. Diese wurde dann auch unter Hinzuziehung des Mitangeklagten Dr. K., eines Spezialarztes, vorgenommen; wenigstens ließ die Anklage des Dr. Sch. dem Bräutigam und der Mutter des jungen Mädchens gegenüber, daß die Operation gut verlaufen sei, darauf schließen. Noch in der Wohnung des Arztes bekam die Patientin hohes Fieber, und weiterhin zeigte sie die Erscheinungen einer schweren Bauchfellentzündung. Jedoch veranlaßten die Ärzte nur, daß das Mädchen auf einer Tragbähre in ihre Wohnung gebracht wurde. Erst auf Veranlassung eines anderen Arztes kam die Schwerkrante in ein Krankenhaus, wo sie sofort operiert wurde, jedoch wenige Minuten nach der Operation verstarb. Da bei der Obduktion festgestellt wurde, daß bestimmte innere Organe durchbohrt waren, so wurde Anklage gegen Dr. Sch. und Dr. K. erhoben. Diese Ärzte behaupteten nun, daß sie gar keine Operation vorgenommen hätten, da von ihnen in der Diagnose erkannt worden wäre, daß sich das junge Mädchen über seinen Zustand getäuscht hätte, was auch tatsächlich der Fall gewesen war. Die Verstorbenen, bei der auch die Adresse einer weichen Frau gefunden worden war, müsse daher zu einer solchen gegangen sein und durch deren Behandlung die Verletzungen davongetragen haben. Aus gewissen Gründen hätten sie die Angehörigen darüber im unklaren gelassen, ob die Operation erfolgt war oder nicht. — Das Gericht kam jedoch zu der Ansicht, daß die Angeklagten den Eingriff vorgenommen hätten, jedoch nahm das Gericht keine Abtreibung, sondern nur jährliche Tötung an, nachdem die medizinischen Sachverständigen erklärt hatten, daß solche Verletzung auch einem geübten Operateur zustößen könnte, dieser aber natürlich lediglich die nötige Feststellung träre und in einem solchen Falle wie hier für die sofortige Ueberführung in das Krankenhaus hätte sorgen müssen. Das Gericht erkannte wegen fahrlässiger Tötung auf je drei Monate Gefängnis.

Ein Straßenbahnwagen zerdrückt ein Auto.

An der Straßenbahnhaltestelle in der Dorotheenstraße Ecke Wilhelmstraße hielt gestern abend gegen 8 Uhr ein Straßenbahnwagen. Hinter dem Straßenbahnwagen wartete eine Autobroschle mit zwei Insassen. Aus der Richtung des Brandenburger Tors kam ein Straßenbahnzug der Linie 51 in voller Fahrt an. Der Schaffner versuchte zwar den Bogen elektrisch zu bremsen unter gleichzeitiger Benutzung der Sandbremse, aber der Straßenbahnzug lief in voller Fahrt auf das Auto auf und drückte es vollständig zusammen. Der Chauffeur wurde in sehr bedenklichem Zustande zur Unfallstation gebracht, da ihm eine eiserne Stange in die Brust gedrungen war. Die beiden Insassen des Autos waren Dr. Stenzler, der Theaterarzt des Wintergartens, und dessen Frau. Die Frau des Arztes mußte ebenfalls in die Unfallstation gebracht werden. Die Feuerwehr traf bald darauf ein und verband noch einige der leichtverletzten Fahrgäste der Straßenbahn.

Die Wunder der Klara van Haag.

Von Johannes Buchholz.

Aus dem Dänischen überseht von Erwin Magnus.

„Es ist wahr,“ sagte er. „Haben gnädige Frau bestimmte Wünsche, ob es Brustbild sein soll oder Kniestück...? Ich hatte fast vergessen, zu fragen, weil ich es fast immer selbst entscheide.“

„Also sagen wir Brustbild,“ meinte die Gnädige. „Brustbild. Ja. Ich glaube auch, das wird ausgezeichnet.“

Frau van Haag sah im Sessel und beobachtete Egholm, während er eifrig hin und her schob und sich unter das schwarze Tuch duckte.

Nur Ekel und tiefe — fast erniedrigende Enttäuschung fühlte sie bei seinem Anblick.

Nicht ein Zug ist bewahrt, dachte sie und schüttelte den Kopf. Sieh, wie seine ausgestanzten Ärmel ihm um das Handgelenk schlottern. Warum trägt er keine Manschetten? Und seine Nägel sind ganz schwarzrandig. Er sollte sich schämen. Selbst die Kopfform ist einstellend, weil das Haar fehlt. Diese große frierende Nacktheit ist vielleicht das schlimmste. Und sie wird eingerahmt von etwas zerzaustem, welchem Grefsenhaar an den Ohren und am Rockragen. Nein, nie verzeihe ich dir, Kasper Egholm, daß du alt und häßlich geworden bist wie der Teufel selbst. Ich bin empört über dich, weil du einem jungen, schönen Freund, den ich einst hatte, den Namen gestohlen hast.

Hedwig hat recht.

Und sie, seine Frau, ist ja gar keine plattgetretene Alltagslichkeit. Frau van Haag konnte einen kleinen Zug nicht vergessen, den sie aufgefangen hatte, als sie so unerwartet den Kopf um die Ecke drehte. Egholms kleine Frau lag auf den Knien und steckte mit emporgestreckten Händen um Gnade. Aber im selben Augenblick, als sie die fremde Dame erblickte, hatte sie sich niedergebogen, und zu läten begonnen, ohne ein einziges Mal aufzusehen. Ja, das kann einem geradezu das Wasser aus den Augen pressen, dachte die Gnädige.

So kam es denn, daß Mitleid mit Frau Egholm Frau van Haag tun ließ, was Bewunderung für den Mann nicht vermocht hatte. Gerade als Egholm mit dem Einstellen fertig zu sein meinte und einen letzten prüfenden Blick auf die Gnädige warf, erhob sie sich, machte königinnenstolz einen Schritt auf ihn zu und sagte: „Ich bin eigentlich gekommen, um Sie zu begrüßen. Ich bin Konsul Steens Tochter aus Helsingör.“

Egholm wurde gelb und sah, aber er fuhr fort, in seiner Kamera herumzusammeln und sagte ohne aufzusehen: „Konsul Steens Tochter! Eine sehr große Ehre. Ja, es ist lange her. Viele Jahre. Ich glaube — wenn Sie ein bißchen in dieser Richtung sehen wollten, auf die Türfüllung...“

Frau van Haag trat noch einen Schritt näher und sagte zitternd vor Zorn: „Ich finde, Sie empfangen mich auf eine seltsame Art, Kasper Egholm. Zuerst fende ich Ihnen einen Gruß, den beantworten Sie nicht. Und jetzt, da ich selbst komme, kriechen Sie unter das schwarze Tuch, ohne meine Hand zu nehmen.“

Egholm stammelte mit Schwierigkeit: „Ihren Gruß habe ich nicht bekommen, und Ihre Hand, die sah ich nicht! Was soll ich sagen, wenn ich das sehe und nur wünsche, tot zu sein? Warum mußten Sie in einem für mich so verhängnisvollen Augenblick kommen.“

„Sie schlugen sie!“

„Nein, aber ich wollte es gerade!“

Diese merkwürdige Wehnlichkeit verwirrte Frau van Haag.

„Was in aller Welt hatte sie denn getan?“

Jetzt fühlte Egholm, daß seine Sache nicht ganz verloren war. Er war von Anklagen gegen Anno erfüllt. Wenn er sie nur vorbringen durfte, dann... Sie hätte Sivert ja lange verflucht, sagte er, wider seinen Willen. Das Essen für ihn gestohlen. Und jetzt, da sein Versteck entdeckt sei, hätte sie sich dazwischen gestellt — zwischen Gerechtigkeit und Sünde!

Sivert — das war also der junge Mann auf dem Dache, aber was hatte er denn getan?

Da schwieg Egholm unvermittelt. Gegenüber dieser Frau aus einer anderen Welt sah er die Dinge plötzlich in einem anderen Lichte. Was natürlich und selbstverständlich gewesen war, wurde lächerlich und unmöglich. Aber er konnte ja nicht schweigen und so machte er eine Handbewegung und begann flüsternd, eindringlich von seinen Geldverhältnissen zu erzählen, die nicht recht in Ordnung waren, warum er gedacht hatte... Petrea Bissrup, die Tochter eines reichen, verstorbenen Büstenbinders... Aber Sivert hatte sich der Ehe entzogen, indem er sich versteckte. Und jetzt näherte der Termin sich.

Frau van Haag hatte ein unsicheres, zwingendes und schwindelndes Gefühl. Wenn sie nur zuhörte, klang Egholms Erzählung wie eine amüsante, aber sehr unwahrscheinliche Geschichte. Wenn sie aber den niedergeschlagenen Blick und die verzweifelt gerunzelte Stirn des Erzählers sah, wurde ihr klar, daß er die Geschichte als völlig wahr und traurig verstanden haben wollte. Das Ergebnis war, daß Frau van Haag jedenfalls ihren Ekel und ihren Zorn vergaß. Sie ergriff ihn am Arm, als wollte sie ihn wachrütteln, und sagte

mit ungehaltenem Erstaunen: „Aber sind Sie denn vollkommen verrückt, Kasper Egholm?“

„Das bin ich wohl,“ sagte er unsicher und ihm schien selbst, daß er gleichsam erwachte.

6. Kapitel.

Um gut in eine Geschichte hineinzukommen, ist ein erprobtes Hausmittel, den Anfang zu überspringen. Frau van Haag und Egholm wurden einig, dies hier zu tun. Jetzt saßen sie beisammen und suchten heitere und wehmütige Erinnerungen aus einer fernen Zeit hervor. Keiner von ihnen erinnerte sich anscheinend an irgend etwas von einem brüllenden Wilden, der soeben einen furchtbaren Battenstumpf hoch über den Kopf eines Weibes gehoben, dagestanden war. Auch dieses Weib erinnerte sich nicht an etwas Derartiges. Sie war hereingerufen worden und hatte sich viele Male die Hand an ihrer Schürze abgewischt, ehe sie sie, beehrt und glänzend, Hedwigs Gnädigen reichte. Sie kam ja gerade von der Gartenarbeit, die leicht schwarze Finger machte. Sie hörte lächelnd zu, was die beiden sich zu erzählen hatten.

„Ja, das war eine wunderbare Zeit,“ sagte Egholm.

„Die Luft war gleichsam eine ganz andere. Die Menschen auch. Nirgends Armut. Schweres Silberzeug in jedem Heim. Vollblutpferde in den Ställen. Der Konsul fuhr ja nie mit mehr als zweien. Aber sein Schwager und mehrere andere spannten stets vier vor ihre Staatswagen.“

„Und die Feste!“

„Die Feste, ja! Die Gartenfeste waren am prachtvollsten.“

Ich entfinne mich namentlich eines, bei dem der Garten von Hunderten von schwebenden roten Becksackeln eingerahmt war.“

„Das war damals, als die französischen Kriegsschiffe uns besuchten.“

„Richtig. Ach, das war ein schönes Fest. Ich hatte die Fackeln angefertigt, und dann mußte ich doch draußen stehen.“

„Nicht die ganze Zeit!“

„Nicht die ganze Zeit? Kom ich doch herein? Erinnern Sie sich ein wenig daran?“

„Und Sie nicht jemand ein und schenkte Ihnen Champagner ein?“

„Bei dem chinesischen Pavillon! War das damals? O, Sie riefen mich im Dunkeln. Sie hatten mich wohl herumsehenden sehen, und Sie befahlen Jespersen, dem Krämerkommissar, der den Weinausschank besorgte, mir ein Glas zu geben. Seine Augen waren eitergrün vor Wut, aber Sie befahlen.“

„Zwei Gläser. Eines für Sie und eines für mich!“

(Fortsetzung folgt.)

Ein Unfall beim Sechstagerrennen.

Die schadhafte Treppe.

Ein Unfall mit tragischem Ausgang, der sich am 20. Januar 1925 während des Sechstagerrennens in den Ausstellungenshallen am Kaiserdamm ereignete, bildete den Gegenstand einer Anklage, durch Fahrlässigkeit den nachfolgenden Tod des verunglückten 63jährigen Herrn G. verschuldet zu haben, vor dem Schöffengericht Charlottenburg. Angeklagt waren der Direktor der Deutschen Sporthallen-V.G., Duskas, der Architekt im Bau-Bureau des Reichsverbandes der Deutschen Automobilindustrie, Streller, und dessen Angestellter, der Polier Arendt.

Vor Beginn des Sechstagerrennens hatte sich gezeigt, daß die Steintreppe, die zur Tribüne führte, stellenweise schadhafte war. Beim Transport von Maschinen anlässlich der kurz vorher geschlossenen Automobilausstellung waren mehrere Stufen der Treppe beschädigt worden, und es waren Löcher vorhanden. In der Eile wurde auf Anordnung des Architekten Streller eine provisorische Ausbesserung in der Art vorgenommen, daß auf die schadhafte Stufen ein Bohlenbelag gelegt wurde. Die Bretter waren an den Seiten abgesteift. Bei dem starken Verkehr während des Sechstagerrennens, bei dem das Publikum wiederholt wie wild über die Treppe stürmte, lockerte sich am 20. Januar auf einer Stufe der Belag, und in der sechsten Abendstunde stolperte ein Besucher des Rennens über das lose Brett und zog sich eine Verletzung am Knie zu. Durch das hohe Alter und eine starke Arterienverkalkung des Verunglückten trat eine derartige Verblutung ein, daß G. an der Verletzung verstarb. Das Gericht vernahm eine ganze Reihe von Sachverständigen, die fast sämtlich befanden, daß der Bohlenbelag, wenn es auch ein provisorischer gewesen sei, so sorgfältig angelegt worden sei, daß man damit rechnen konnte, er würde während der ganzen Dauer der Veranstaltung halten. Der Anklageverteiler war der Ansicht, daß Streller allein eine Schuld treffe. Er mußte damit rechnen, daß es sich nur um ein Provisorium handelte und daß bei der starken Benutzung der Treppe bei Tag und bei Nacht ein neuer Schaden entstehen könnte. Seine Pflicht wäre es daher gewesen, dauernd eine sichere Kontrolle an der ausgebesserten Treppe zu veranlassen. Die Verteidiger bestritten auf Grund der Gutachten, daß die Angeklagten, die für die Organisation des Rennens mitbestimmende Fürsorge getroffen hätten, irgendeine Schuld treffe. Das Schöffengericht nahm an, daß nicht nur Duskas und Arendt, sondern auch Streller eine Schuld an dem Unfall treffe. Auch Streller habe, nachdem er für eine sachgemäß provisorische Anlage gesorgt habe, die für die ganze Dauer des Sechstagerrennens ausreichend sein sollte, eine weitere persönliche Aufsichtspflicht nicht gehabt. Daher sprach das Gericht sämtliche drei Angeklagten auf Kosten der Staatskasse frei.

„Entgällung“.

Schnaps aus Monopolin-Betriebsstoff.

Dem Zollgrenzkommissariat Berlin war die Mitteilung zugegangen, daß der Kaufmann Siegfried Kwieleci, Straßauer Straße 3 in Berlin, auffallend viel Fässer Monopolin unter falschem Namen von einer Monopolinfirma bezog. Eingefordert wurde das Monopolin, welches nur für Kraftfahrzwecke hergegeben wird, zur Bereitung von Flechwasser. In der Straßauer Straße wurde nichts Auffälliges gefunden. Da erstatte ein Expeditionsführer die Anzeige, daß er häufig Nachfahrten mit großen Fässern nach Werder a. d. Havel für Kwieleci auszuführen hätte. Gleichzeitig ließ bei der Polizei in Werder die Mitteilung ein, daß aus der Fruchtlospreferei Fröh M. öwes starke Benzingerüche ausströmen, die die Anwohner beunruhigten. Nun fielen die Zollbeamten am 26. Mai in die Fruchtlospreferei ein. M. öwes gab an, einen Teil der Räume zur Herstellung von Flechwasser an Kwieleci abvermietet zu haben. Sämtliche Bottiche waren bis oben hin mit Wasser aufgefüllt, aber an den Verschlußschlösschen mitterten die Zollbeamten Benzingeruch. Nach gründlicher Durchsuchung wurde eine großzügig angelegte Entgällungsanlage entdeckt. Zwei volle Fässer Monopolin und acht leere wurden vorgefunden. Und während der Durchsuchung hatte M. öwes auf dem Hof zwei volle Fässer schnell auslaufen lassen. Statt Flechwasser herzustellen, hat K. mit dem Chemiker Leonard Berner aus Berlin die Entgällung des bereits entgällten Monopolins auf falschem Wege vorgenommen und den daraus gewonnenen Spiritus zur Bereitung von Likören verwendet. Kwieleci war noch am selben Tage aus Werder verschwand und in eine geschlossene Anstalt in Bernau untergeschlüpft. Den Chemiker fanden die Zollbeamten in einem Gartengrundstück hinter Kisten versteckt. K. und B. mußten sich wegen Steuerhinterziehung und Vergehens gegen das Branntweinmonopolgesetz vor dem erweiterten Potsdamer Schöffengericht in zweitägiger Sitzung verantworten. Viele Sachverständige und Zollbeamte waren zugegen. Das Finanzamt trat als Nebenklägerin auf. Das Urteil erging gegen beide Angeklagte auf je 7000 M. Geldstrafe und zwei Monate Gefängnis; ferner wurde auf Einziehung des beschlagnahmten Monopolins und der Geräte erkannt.

Arzt und Wohlfahrtspflege.

In der Berliner Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege hielt der Landeshauptmann der Grenzmark Posen-Westpreußen, Genosse Dr. Caspari, einen mit großem Interesse aufgenommenen Vortrag über dieses Thema. Unter den Zuhörern bemerkte man u. a. den Ministerialdirektoren im Reichsarbeitsministerium Professor Martinek. Genosse Dr. Caspari führte folgendes aus:

Heute bedeutet Wohlfahrtspflege die Summe der erzieherischen, wirtschaftlichen und — gesundheitlichen Maßnahmen, deren Ziel es ist, durch Vorbeugen, Heilen und Berufen Menschenleben, Lebensfreude und Schaffenskraft zu fördern und zu erhalten. Damit ist der Gesundheitspflege der gebührende Platz zugewiesen. Die „alte“ Wohlfahrtspflege hatte nur das Ziel, Krankheitschäden wieder gut zu machen. Der Gedanke der Vorbeugung war ihr fremd. Die produktive Wohlfahrtspflege von heute soll in erster Reihe vorbeugen. Auf keinem Gebiete zeigen sich die Erfolge vorbeugender Maßnahmen so augenfällig wie gerade bei der Gesundheitspflege. Sie erweisen sich hier auch immer und immer wieder als äußerst wirtschaftlich. Die moderne Wohlfahrtspflege, wie sie heute getrieben wird, kann überall getrieben werden sollte (!), kann nicht gedeihen, wenn nicht gleichzeitig auch Maßnahmen der öffentlichen Gesundheitspflege in großzügiger Weise unermüdet durchgeführt werden. Alles dies kann nur dann Erfolg haben, wenn die Organisationsform eine gute ist. In kleinen Städten und in Landkreisen bewährt sich das Wohlfahrtsamt mit seinen drei Abteilungen: Unterhaltungsamt, Jugendamt und Gesundheitsamt. In größeren Städten hat man mit selbständigen Gesundheitsämtern, die von Verwaltungsmedizinern geleitet werden, die besten Erfahrungen gemacht. Freilich muß der Sozialarzt auch wissen, daß die Fürsorge außer der gesundheitlichen auch eine wirtschaftliche und eine pädagogische Seite hat; die Wohlfahrtspraktiker, welche auf den Gebieten der wirtschaftlichen und erzieherischen Fürsorge arbeiten, dürfen aber ihrerseits Umfang und Bedeutung des sozialärztlichen Arbeitsfeldes nicht unterschätzen. Ein enges Zusammenarbeiten mit dem Verwaltungsmediziner tut auch in den Provinzialverwaltungen dringend not. In der Grenzmark ist ein Sozialarzt als Landesrat und Vorstandsmitglied der Landesversicherungsanstalt seit mehreren Jahren tätig. Mit bestem Erfolge! Es gelang, sämtliche Unternehmungen im Kampfe gegen die Tuberkulose und die Geschlechtskrankheiten zusammenzufassen und die Arbeit aller öffentlichen Organe und gemeinnützigen Vereine auf diesen Gebieten unter Führung des ärztlichen Landesrats höchst nutzbringend zu gestalten.

In ähnlicher Weise sollte überall im Reich die gesamte gesundheitsfürsorgliche Arbeit organisatorisch zusammengefaßt werden. Nicht nur die Träger der Sozialversicherung und die Organe der

Einführung der neuen Stadträte.

Pastor Koch als Schutzpatron der evangelischen Kirche.

In der Berliner Stadterordnetenversammlung ging gestern die Einführung der neuen Stadträte ohne Zwischenfall vorstatten. Die Kommunisten hielten sich während des Einführungsaktes außerhalb des Saales auf, und so blieb uns ein Begrüßungsaktes erspart. Nachher wurde in der Sitzung über die Reformationsdenkmünze ein, gegen deren weitere Verteilung in den höheren Schulen der Stadt unser Genosse Kawerau sprach. Mit einer lauten Erwiderung kam der deutsch-nationale Pastor Koch, der sich als Schutzpatron der evangelischen Kirche verhielt. Beachtung verdient die Haltung des Zentrums, das sich auf eine belanglose Erklärung beschränkte. Anscheinend sehen die Katholiken in der Verteilung dieser aus Stadtmitteln beschafften Reformationsdenkmünze keine Provokation.

In der gestern abgehaltenen Sitzung der Stadterordneten nahm Oberbürgermeister Dr. Böß zunächst die

Einführung der neugewählten Stadträte

vor. Zur Begrüßung führte der Oberbürgermeister aus: Meine Herren Kollegen! Meine Damen und Herren! Vier wichtige Stellen sollen heute im Berliner Magistrat besetzt werden. Sie waren bisher teils unbefestigt, teils kommissarisch verwaltet. Hochbau- und Siedlungswesen, das Schulwesen, die Finanzverwaltung und das Verkehrsdezernat werden von den neugewählten Stadträten übernommen werden. Hierin liegt die weittragende Bedeutung der Neubestellung. Wenn man das Notwendige im Hochbau und das Zulässige im Siedlungswesen betrachtet, so wird klar, welche Aufgaben dem neuen Stadtbaurat bevorstehen. Die Neuorganisation des Schulwesens wird dem neuen Stadtschulrat viel Arbeit bringen. Wir hoffen, daß der Kämmerer vor großen Zahlen nicht zurückschrecken wird, wenn es sich um die Befriedigung großer Aufgaben im Interesse des Gemeinwesens handelt. Die Probleme, die uns aus der Übernahme der Hochbahn und dem Betrieb der Straßenbahn erwachsen, erfordern die ganze Kraft des neuen Stadtrates. Unter keinen Umständen darf eine Sonderstellung des einzelnen Unternehmers gegenüber den anderen eintreten. Meine Herren Kollegen! Gleichmäßig übernehmen Sie große Aufgaben. Ihre Arbeit bedeutet Arbeit für die Stadtverwaltung und damit für die Allgemeinheit!

Die neuen Stadträte — die Genossen Dr. Wagner, Rydahl, Reuter und der Demokrat Dr. Lange als Kämmerer — wurden dann durch die Verpfändung auf Reichs- und Staatsverwaltung und die Städteordnung in ihr Amt eingeführt. Stadterordnetenvorsteher Genosse Hoff hieß die neuen Magistratsmitglieder namens der Versammlung willkommen. Er stellte die bisherige kommunale Mitarbeiter der Eingeführten heraus und betonte, daß diese Tätigkeit die Gewähr für eine erfolgreiche Arbeit in den neuen Ämtern biete. Die Deutschnationalen blieben dem Einführungsakt fern, die Kommunisten hatten nur Horchposten gestellt. Sie blieben unter Führung des unbefestigten Stadtrates Gabel, der seinerzeit auch den Eid auf die Verfassung leistete, bei der Verteidigung der Stadträte sitzen. Nach Eintritt in die Tagesordnung leitete der Oberbürgermeister in Verantwortung einer entsprechenden Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion (die wir im „Vorwärts“ am Mittwoch früh mitteilten), mit, daß die Mittel zur

Forschung der Kofflandsarbeiten in den Rehbbergen

vom Magistrat bereits freigestellt worden sind. Unsere Anfrage war also von Erfolg. Eine längere Debatte gab es dann aus Anlaß einer sozialdemokratischen Anfrage wegen der Ablehnung eines Kandidaten für den Posten des städtischen Gewerdezweiges, den der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts vorschlug. Unsere Anfrage begründete Stadterordneter Genosse Hoff. Der Stadtmedizinalrat Prof. Dr. v. Drigalski antwortete, daß die von Platau angeführten Gründe für die Ablehnung durch den Magistrat nicht maßgebend waren. In einer weiteren

freien Wohlfahrtspflege müssen — wie dies vom Reichsarbeitsministerium angestrebt wird — in Bezirksarbeitsgemeinschaften zusammengefaßt werden. Es ist dringend notwendig, daß auch die öffentlichen Verwaltungen (Stadt-, Provinzial- und Kreisverwaltungen) ihre Vertreter in diese Arbeitsgemeinschaften entsenden und dort eine führende Rolle spielen. Ist doch die gesundheitsfürsorgliche Arbeit ganz überwiegend auf kommunalem Boden heranzugehen.

Der „taubstumme“ Kautionschwindler.

Der Herr heißt Wiese. Den Namen soll man sich merken, denn die Gemeingefährlichkeit von Kautionschwindlern liegt auf der Hand. Allerdings ist noch nichts erwiesen; die Verhandlung mußte vertagt werden, da das weibliche Faktotum des Herrn Wiese an „Fettfuch“ erkrankt war und deshalb vor Gericht nicht erscheinen konnte. Der Vorsitzende ließ aber keinen Zweifel darüber, daß er von der Schuld des Angeklagten überzeugt sei und bezeichnete das psychische Erkranken der Sekretärin, die der Witterschaft dringend verdächtig erscheine, als sehr „pußig“. Die Jungen aber, mit anderen Worten die Betrogenen, die imverrichteten Dinge nach Hause gehen mußten, waren der Ansicht, daß Frau K. — so heißt nämlich das Faktotum — wohl die Freisucht von ihrem, der Zeugin Gelde bekommen habe; vielleicht meinte sie das nicht ohne Grund. Denn der „taubstumme“ Herr Wiese, der zwar vorzüglich spricht, doch völlig barhäutig sein soll, mußte beim Abschluß seiner Geschäfte sich der Niederchriften seiner Sekretärin bedienen; nur auf diese Weise konnte er sich verständigen. Die Geschäfte selbst gingen aber glänzend. Er inserierte nach berühmten Mustern, daß er gegen Kautions Angestellte suchte und nahm dann auch wirklich die Kautionen von je 400 M. entgegen, die ihm laut Vertrag zur freien Verfügung gestellt werden mußten, als Gegenleistung verpflichtete er eine Stellung bei sofortigem Antritt und einem Gehalt von 250 M. In Wirklichkeit aber erhielten die Angestellten weder ihr Gehalt noch ihre Kautions zurück. Etwa sechs oder sieben Leute wurden auf diese Weise um ihre Ersparnisse gebracht. Herr Wiese befindet sich auf freiem Fuß. Hoffentlich treibt er sein Unwesen nicht weiter. Er ist mehrmals vorbestraft, trotz seiner „Taubstummheit“.

Prüfung künstlerisch begabter Schüler.

Das Landesberufsamt Berlin, SM. 19, Niedermallstraße 12, veranstaltet am 29. und 30. November 1925, vormittags 9 Uhr, in den Vereinten Staatschulen für freie und angewandte Kunst, Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 33, wiederum eine Prüfung von künstlerisch begabten Schülern und Schülerinnen aller Schulstufen Berlins, die zu ihrem 1927 die Schule verlassen und darüber beraten sein wollen, ob ihre Begabung für einen künstlerischen oder kunstgewerblichen Beruf ausreicht. Nach Begutachtung der Prüfungsergebnisse durch Professor Danneberg findet für die Prüflinge eine Berufsberatung durch Berufsberater des Landesberufsamtes statt. Zur Aufnahme in die Kunstschulen selbst berechtigt diese Prüfung nicht. Schüler und Schülerinnen, die an der Prüfung teilzunehmen wünschen, haben selbstgefertigte Arbeiten (Zeichnungen, Malereien, Entwürfe, Bastarbeiten, Handarbeiten, plastische Arbeiten), aus denen allgemeine und besondere Begabung, Formen- und Farbensinn und Phantasie

Anfrage unserer Fraktion wurde der Magistrat gefragt, ob es ihm bekannt sei, daß das

Anschlagwesen in einzelnen Bezirken an Privatunternehmer verpachtet

worden ist, obwohl günstigere Angebote des städtischen Anschlagwesens, der „Beret“, vorlagen. Der Magistrat wurde weiter gefragt, wie er eine Wiederholung derartiger Fälle verhindern wolle. In der Begründung führte Genosse Bublitz einige besonders markante Beispiele aus den Bezirken Reinickendorf und Wilmerdorf an. Er forderte, daß die Bezirke verpflichtet werden, städtische Einrichtungen und Betriebe zu bevorzugen, besonders, wenn ihre größere Leistungsfähigkeit so offensichtlich sei wie in den vorliegenden Fällen. Der deutsch-nationale Pastor Koch benutzte die Gelegenheit, seine und seiner Parteifreunde Abneigung gegen städtische Betriebe im allgemeinen und die „Beret“ im besonderen kund zu tun. Er bewertete sich über die an städtischen Anschlagwägen erscheinenden Plakate beim Volksentscheid über die Fürstentzung und meinte, daß derartige Plakate zensurieren werden müßten. (Gelächter links!) Stadtbaurat Haha gab die von Bublitz vorgebrachten Fälle zu und bedauerte sie. Im übrigen konnte er mitteilen, daß die „Beret“ etwa viermal soviel an Leberwässern an die Stadtverwaltung abliefern als die Privatfirma, die seinerzeit das Anschlagwesen gepachtet hatte. In namentlicher Abstimmung wurde ein Antrag der Sozialdemokraten angenommen, der verlangt, daß in Zukunft die Bezirke angehalten werden sollen, bei der Verpachtung ihres Anschlagwesens die städtische „Beret“ zu bevorzugen. — Genosse Kawerau begründete im weiteren Verlauf der Sitzung die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion wegen der

Spernung der Schloßbrücke in Charlottenburg.

Seit 10 Jahren sei die erst vor 20 Jahren vom preussischen Staat gebaute und heute noch in dessen Besitz befindliche Brücke defekt, ohne daß eine Verständigung zwischen der Stadt und dem Staat erfolgt sei. Erst als urplötzlich vor einem Jahre Einsturzgefahr eintrat und die augenblickliche Sperrung angeordnet werden mußte, trat man in Verhandlungen, die jetzt endlich zu einem gewissen Abschluß gebracht wurden. Genosse Kawerau betonte den außerordentlichen Mißstand, der sich aus der Sperrung dieses Verbindungsweges nach Siemensstadt ergeben hat, sagte über die Unzulänglichkeit der Notbrücke und forderte die schleunigste Inangriffnahme des Brückenbaues. Als Magistratsvertreter sprach Stadtbaurat Haha. Der Staat hat jetzt endlich die Brücke der Stadt Berlin überlassen; er zahlt zum Neubau rund 600 000 M. zu, so daß die Stadt noch etwa 300 000 M. zuzuschießen muß. Der Bau wird aufs äußerste beschleunigt werden.

Die Abstimmung über den Antrag der Kommunisten wegen des Fürstenabstimmungsgesetzes ergab die Ablehnung des Antrages. Durch einen Beschluß der Stadterordneten im Sommer dieses Jahres war der Magistrat ersucht worden, die

Reformationsdenkmünze

nicht mehr zur Verteilung zu bringen. Der Magistrat hatte mitgeteilt, daß er diesem Beschluß nicht beitreten könne, da er glaube, an dem Einführungsbeschluß dieser Denkmünze, der im Jahre 1842 gefaßt und 1925 bekräftigt worden sei, festhalten zu müssen. Stadterordneter Genosse Wille teilte als Ausschussberichterstatter mit, daß sich die Mehrheit des Ausschusses dieser Stellungnahme des Magistrats nicht anschließen konnte. Nach dem demokratischen Mißverständnis, der für die Weiterverteilung der Münze eintrat, sprach sich Genosse Kawerau aus pädagogischen und juristischen Gründen gegen die Münze aus. Er verwies darauf, daß die Verteilung solcher Denkmünzen Sache der Kirche seit Jahrhunderten und nicht der Stadt. Im übrigen werde in den Berliner Außenbezirken diese Münze nicht verteilt, sondern nur im sogenannten alten Berlin. Der Sprecher der Deutschnationalen, Pastor Koch, erfuhr vom Genossen Kawerau die wieder einmal nötige Stützung. Bei der Rede des Kommunisten Lange verließen die Deutschnationalen den Saal. Sie fühlten sich selbst unter der Obhut ihres Pastors Koch in ihren religiösen Gefühlen bedroht. — Mit der debattierten Erledigung einer ganzen Reihe von Vorlagen schloß die Versammlung.

sprechen, bereits am Freitag, dem 26., und Sonnabend, dem 27. November d. J., in der Zeit von 10 bis 2 Uhr im Sekretariat der Kunstschulen, Charlottenburg, Hardenbergstr. 33, abzuschließen und gleichzeitig eine Prüfungsgebühr von 3 M. zu entrichten. Anträge auf teilweisen oder gänzlichen Erlass dieser Prüfungsgebühren sind unter eingehender Darlegung der Gründe und unter Befähigung der Schulleitung bei der Anmeldung vorzulegen. Später eingehende Anträge können nicht berücksichtigt werden. Zur Prüfung selbst sind Mal- und Zeichenmaterial und das erforderliche Papier mitzubringen.

Ein Kind in einem Wasserloch ertrunken.

Im Luisenstädtischen Kanal in Berlin, der gegenwärtig zugeschüttet wird, fand am Bußtag ein achtjähriger Junge beim Spielen den Tod, indem er von einem Sandhügel herunterrutschte und dabei in ein tiefes Wasserloch fiel. Statt um Hilfe zu rufen, liefen die Spielkameraden davon und überließen den Knaben seinem Schicksal. Abends vermischten die Eltern ihr Kind, das auch die Polizei nicht auffinden konnte. Am anderen Morgen nahm der Lehrer die Spielkameraden des Vermissten energisch ins Verhör, und jetzt gestanden sie zögernd den Unfall. Die sofort alarmierte Feuerwehr suchte auch tatsächlich sehr rasch die Leiche des Knaben aus einem Wasserloch. — Wie ist es möglich, daß, wenn sich in dem Gelände des ehemaligen Kanals noch derartig gefährliche Stellen befinden, diese Stellen offenbar so wenig geschützt sind, daß Kinder hineinstürzen können?

Warnung vor der „Hydra“!

Mit einem „Hydrasystem“ sucht wieder einmal eine holländische Gesellschaft ihre deutschen Mitmenschen zu beglücken. Es ist eine Firma „Allgemeines Kreditinstitut“ zu Roermond, das Stadt und Land im Deutschen Reich mit seinen Prospekten überflutet. Es verpflichtet, wie alle diese Unternehmungen, denen, die seine Gutscheine verkaufen, hohe Preise. Die Abnehmer und Verteiler der Gutscheine machen sich aber in Preußen nach dem Gesetz vom 29. August 1904 wegen Spielens in einer außerpreussischen Lotterie strafbar, denn derartige „Hydrasysteme“ sind als Lotterien zu betrachten und demnach verboten. Vor einer Beteiligung ist also schon aus diesem Grunde zu warnen. Wer Material zugestanden bekommt, wird ersucht, es der Dienststelle F. 8 der Kriminalpolizei im Polizeidienstgebäude in der Georgenkirchstraße 30a einzuliefern.

Die Insektenfreunde.

Im Anschluß an eine Schmetterlings- und Insektenbörse, über die wir kürzlich berichteten, lud der Entomologe von Bademeer Insektenfreunde zu einem Vortrag ein. Unter den zahlreich erschienenen Gästen bemerkte man interessante Köpfe. Menschen, die viel Leid durchgemacht haben müssen — auch der Vortragende selbst ist Kriegsbeteiligter. Er hielt mit geschulter Stimme aus seinen sibirischen Kesselerlebnissen vor. Er führt uns an den Amur, den sibirischen Riesenstrom, wo unter ungeheuren Strapazen die Juwelen der Kästerei aus dem Laubstörgergeschlecht erbeutet werden. Ungemein fesselnd, mit den offenen Augen des wirklichen Naturforschers, schildert er all seine Erlebnisse, die Natur und die Naturarbeiten, die er ihr unter den größten Entbehrungen abgerungen

Heute, Freitag, 19. November, 7 Uhr, Sitzung der Kreisoberste der Zeitungskommission im „Vorwärts“-Gebäude, Lindenstraße 3, 1. Hof links, 1. Tr. links.

- 1. Kreis Mitte. Heute, Freitag, 19. November, 7 1/2 Uhr, bei Kießling, Adressr. 1, Sitzung familiärer Elternbeiträge des Kreisbezirks...

- 22. Abt. 7 1/2 Uhr bei Valentin, Krausstr. 36, Kommunale Konferenz aller Genossinnen und Genossen, die eine kommunale Familien ausüben...

- Morgen, Sonnabend, 20. November: 122. Abt. Diebstahl. 8 Uhr bei Dieb, Adenider Straße, Mitgliederversammlung...

- Jungsozialisten: 110. Abt. Selman. 7 1/2 Uhr im Lokal Werner, Adenider Str. 25, Vortrag: „Wohlfahrtsfrage“...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation: 6. Abt. Unser langjähriger Genosse Ernst Cassow aus dem Arbeiterhaus...

Arbeitersport. Fußballspiele am 21. November: Während im Osten und Südwesten Hochbetrieb herrscht, ist der Spielbetrieb im Norden nur sehr schwach...

Fußballpropaganda am Dinstag: Die Propagandaspiele, die die Berliner Spielvereinigungen am Dinstag veranstalteten, hatten einen überraschend guten Verlauf...

Rechts Handen ist hier gegenüber. Nach Anlegen des Mantels geht die 2-Mann-Schicht in der 15. Minute in Führung...

Lichtbildervortrag am Freitag, den 19. November 1926, abends 7 1/2 Uhr, in Wätters Festhale, Schwedter Straße 23: Aus dem Leben der weltlichen Schule

Alle Frauen und Mütter sind besonders herzlich eingeladen. Freie Schulgemeinde Prenzlauer Berg.

Turnspiele am Sonntag, 21. November:

Schöneberg 2. Männer und Berlin 13. Jugend fahren nach Außenwalde. Schöneberg-Sportler fährt mit der 1. und 2. Männer nach Brandenburg...

Arbeitersportklub „Solidarität“. Touren für Sonntag, 21. November: 1. Abt. 1 Uhr Bismarckpark (Freuden). Start Bismarckpark, 10...

Arbeiter-Turn- und Sportklub 1. Kreis. Arbeitskreis: Die Männer- und Jugendabteilung trifft sich am Sonntag, 21. November, in der Bismarckpark...

Sportvereinigungen Lichterberg-Friedrichstraße 64 ringt gegen Sportvereine aus Berlin. Die alljährlich, so veranstaltet die Sportvereinigungen Lichterberg-Friedrichstraße...

Arbeiter-Turn- und Sportklub. Wintertraining regelmäßige jeden Sonntag in der Turnhalle der Schule Hermannstraße (5 Minuten vor Alexanderplatz) von 9-12 Uhr...

Sportklub Libertas 26. Am Sonntagabend große Sportveranstaltung in den Johann-Sebastian-Bahnen, Berliner, Johann-Sebastian-Str. 19, Anfang 5 1/2 Uhr...

Sport. Rennen zu Mariendorf am Donnerstag, den 18. November.

- 1. Rennen. 1. Natal (Schäfer), 2. Baron Silber (H. Rinn), 3. Trauring (G. Treuherr). Toto: 21:10. Platz: 16, 39, 44: 10.

Briefkasten der Redaktion.

2. B. 88. 1. und 2. Uns nicht bekannt. Wenden Sie sich schriftlich an die Staatliche Filiale, SW 19, Unterwasserstr. 24.

Ein vernünftiges Heilmittel für den Magen!

Beseitigt die Ursache der Beschwerden! Wenn Ihnen Ihre Nahrung nicht bekommt und Ihnen Schmerzen oder auch nur eben Unbehagen verursacht, benötigen Sie etwas, das Ihnen schnell Erleichterung verschafft...

Zuntz-Kaffee Klein aber Edel. M. 4.00 p. Pfd. feinsten Costarica M. 3.40 " " Zentr. u. Südamerika. Freitag- u. Sonnabend-Sonderangebot M. 2.40 p. Pfd. Wer einen edlen Kaffee billig kaufen will, der kauft nur Zuntz-Kleinbohnig.

Die Elektrifizierung der Stadt- und Ringbahnen.

Kein eigenes Kraftwerk der Reichsbahn. — Wirkung auf den Berliner Verkehr.

Die Elektrifizierung der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen ist seit einigen Wochen im Gang. Ueber den Umfang der Arbeiten und den Bauplan werden folgende Einzelheiten bekannt:

Die Bau- und Beschaffungsarbeiten für die große Bahn elektrifizierung sind in volstem Gang. Der beste Beweis für die Schnelligkeit des Fortschritts der Bauarbeiten besteht in der Tatsache, daß von Baubeginn August 1926 bis November 1926 45 Millionen Mark durch Bestellungen festgelegt wurden. Die Elektrifizierung umfaßt nicht nur die eigentliche Stadtbahn Charlottenburg—Stralau und die Ringbahn, sondern auch alle hieran anschließenden Vorortstrecken, also im Westen die Strecken nach Potsdam, Stahnsdorf und Spandau-West, im Osten die Strecken nach Erkner, Grünau nebst Spindlersfeld und Kaulsdorf. Die gesamte Länge dieser Strecken beträgt rund 160 Kilometer. Rechnet man hierzu noch die bereits elektrifizierten Berliner Vorortstrecken — Nordstrecken und Lichterfelde-Ost —, so beträgt die Gesamtlänge aller im elektrischen Betrieb und Ausbau befindlichen Berliner Stadt- und Vorortstrecken 240 Kilometer.

Die Dauer der gesamten Bauarbeiten

für die Elektrifizierung einschließlich des Einstellens der elektrischen Züge war ursprünglich auf 2½ Jahre veranschlagt. Sämtliche Arbeiten werden jedoch so gefördert, daß aller Voraussicht nach die Baudauer um ein halbes Jahr verkürzt werden kann. Hiernach würde die Elektrifizierung in dem anfangs erwähnten Umfang bereits im August 1928 vollendet sein.

Die Stromlieferung.

Die Elektrowerke und die Berliner Städtischen Elektrizitätswerke werden sich voraussichtlich gemeinsam vertraglich verpflichten, den elektrischen Strom für den Berliner Bahnbetrieb zu Bedingungen zu liefern, die sowohl in ihrer finanziellen Auswirkung als auch mit Bezug auf die Zuverlässigkeit in der Stromlieferung den Ansprüchen der Reichsbahn genügen. Gegenwärtig werden die einzelnen Vertragsbestimmungen gemeinsam bearbeitet. Die genannten Werke werden Drehstrom von 30 000 Volt Spannung nach zwei in Eichkamp und am Marktgrafenstamm gelegenen Stromübernahmestellen liefern. Hier werden sich die Einrichtungen für das Messen des Stroms befinden. Verbraucht werden anfangs etwa 130 Millionen Kilowattstunden im Jahre, später voraussichtlich mehr als eine Viertelmilliarde. Es ist Vorsorge getroffen, daß im Notfall die beiden Lieferanten sich gegenseitig ausbilden können.

Umfangreiche Bestellungen.

Die im jetzigen Dampfbetrieb laufenden Wagen werden restlos beseitigt. Statt ihrer werden geräumige, mit bequemen Sitzen versehene Wagen geschaffen; sie erhalten elektrische Heizung und Beleuchtung. Die elektrische Ausrüstung für 345 Triebwagen und fast ebenso viel Beiwagen im Werte von 17 Millionen Mark wurde vor mehreren Wochen bei der AEG, und den Siemens-Schuckert-Werken (Motoren) sowie bei den Bergmann-Elektrizitätswerken und den Maske-Schwarztopf-Werken (Steuerung) bestellt. Damit auf der Stadtbahn ein möglichst dichter Zugbetrieb — bis 40 Züge in der Stunde — zustande kommen kann, werden die Signale durch ein völlig selbsttätig wirkendes Signalsystem ersetzt, das auch am Tage Lichtsignale aufweist.

Wie früher schon bekannt geworden ist, beträgt der Gesamtaufwand für die Elektrifizierung der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen nach vorläufiger Schätzung rund 130 Millionen Mark. Damit sind den einschlägigen Industrien für die nächsten zwei Jahre Aufträge gesichert, die sich in der Beschäftigung der Industrien wohltätig fühlbar machen wird. Dabei ist besonders wichtig, daß ein großer Teil der Aufträge, wie vorstehende Mitteilungen zeigen, in Berlin selbst vergeben werden und den Berliner Beschäftigten neue Beschäftigungsmöglichkeiten zuwachsen. Das ist um so willkommener, als die letzte Erhebung des Statistischen Reichsamtes über den Elektrizitätsverbrauch gezeigt hat, daß infolge der Wirtschaftskrise der Zuwachs des Kraftverbrauchs doch erheblich geringer geworden ist als im Vorjahr, was natürlich auch auf die elektrotechnische Industrie zurückwirken mußte.

Besonders zu begrüßen ist die endgültige Klärung der Frage, die die Öffentlichkeit stark bewegt hat, ob die Reichsbahn für ihren Kraftverbrauch ein eigenes Kraftwerk bauen würde, was ungewissmäßig neue Baukosten und eine teurere Stromversorgung bedeutet hätte, oder ob der Strom aus vorhandenen oder im Bau befindlichen Großkraftzentralen bezogen wird. Die Frage ist nunmehr dahin entschieden, daß die Reichsbahn ihren Strom von den Berliner Städtischen Elektrizitätswerken und den Reichselektrowerken kauft, was für das neue Großkraftwerk Rummelsburg eine erheblich stärkere Ausnutzung seiner Kapazität bedeutet und wertvolle Wege zur rationellsten Kraftversorgung Groß-Berlins neu eröffnet. Man wird daher auch nicht fehlgehen in der Vermutung, daß die 20-Millionen-Dollar-

anleihe, über die die Bewag jetzt die letzten Verhandlungen führt und die zu sehr günstigen Bedingungen abgeschlossen wird, außer für das Zubebauen von Rummelsburg auch für die Stromzuführungseinrichtungen an die Stadt-, Ring- und Vorortbahnen Verwendung finden wird.

Für die zukünftige Gestaltung des Groß-Berliner Verkehrs systems wird die Elektrifizierung der Reichsbahnlinien in der Stadt Berlin äußerst fruchtbar sein. Immer stärker streut Berlin einem großzügigen und bequemen Schnellverkehr zu, der das Wichtigste leistet, was die Großstadt ihren Bürgern zu leisten hat: daß sie ihnen Zeit spart und das Fahren angenehm macht. Beides wird auch durch die elektrischen Stadt-, Ring- und Vorortbahnen gefördert werden. So ist nur zu hoffen, nachdem die Stadt Berlin nunmehr alle Verkehrseinrichtungen Berlins außer der Stadtbahn beherrscht, daß bald Einrichtungen auch mit der Stadtbahn geschaffen werden, die den ungehinderten Uebergang von einem Verkehrsmittel zum anderen sicherstellen und damit zum erstenmal für eine Weltstadt die Einheit des Verkehrs auch praktisch sichergestellt wird, die bisher nur ein frommer Wunsch sein konnte.

Einzelhandel und Konsumvereine.

Eine Erwiderung des Einzelhandels.

Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels fühlt sich unangenehm berührt durch die Feststellung des Internationalen Arbeitsamtes, daß an vielen Stellen der Welt gleichmäßig beobachtet werden konnte, wie die Konsumgenossenschaften zur Preisentkung beitragen. Auf unseren Artikel in der Dienstag-Morgenausgabe verbreitet die Hauptgemeinschaft folgende Mitteilung durch die Handelskorrespondenzen:

„Unter der Ueberschrift „Der Segen der Konsumvereine“ wird in einer Berliner Tageszeitung eine Denkschrift des Internationalen Arbeitsamtes in Genf besprochen, das für die Novembertagung des Vorbereitungsausschusses für die Internationale Wirtschaftskonferenz „Ergebnisse einiger Erhebungen zur Aufstellung eines Vergleiches zwischen den Verteilungskosten des Privathandels und denen der Konsumgenossenschaften“ zusammengefaßt hat. In dieser Denkschrift wird angeblich (!) auch für Deutschland festgestellt, daß die Verkaufspreise beim Konsumverein erheblich unter denen des ortsansässigen Einzelhandels liegen. Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels legt Wert auf die Feststellung, daß bei der Materialsammlung seitens des Internationalen Arbeitsamtes an sie nicht herangekreten worden ist. Sie bedauert das um so mehr, als sie über ein umfangreiches Material aus über 30 deutschen Städten verfügt, auf Grund dessen einwandfrei festgelegt werden kann, daß, abgesehen von einigen Lokalfällen, die Preise des Einzelhandels bei gleicher Qualität in den allermeisten Fällen unter denen der Verbrauchergenossenschaften liegen.“

Dazu ist zunächst zu bemerken, daß es Sache des Internationalen Arbeitsamtes ist, auf den Vorwurf zu antworten, den die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels gegen seine Preiszusammenstellungen erhebt.

Wir unsererseits möchten jedoch feststellen, daß die ganze Erwiderung reichlich sonderbar anmutet. Wäre es wahr, daß die Konsumvereine teurer sind als der Einzelhandel, so wäre der nicht immer sehr sachlich geführte Konkurrenzkampf der Händler gegen die Konsumgenossenschaften einfach sinnlos. Uebrigens hat das Internationale Arbeitsamt genau angegeben, auf welchen Vergleichs seine Mitteilungen beruhen. Schließlich ist auch daran zu erinnern, daß selbst Reichskanzler a. D. Dr. Luther in seiner Amtszeit die preisentkende Wirkung der Konsumvereine betont hat auf Grund von Material, das dieser vorläufige Mann sicher nicht ohne Nachprüfung durch seine Dienststellen verwertet hat.

Es kann also gar keine Rede davon sein, daß durch die Bemerkungen der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels die sachlichen Feststellungen des Internationalen Arbeitsamtes entkräftet werden. Wir glauben, daß der Einzelhandel ruhig mit seinen Statistiken herauskommen kann — die deutschen Genossenschaften werden es an einer Erwiderung sicherlich nicht fehlen lassen. Aber mit allgemeinen Redewendungen ist nichts erreicht.

Der Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 16. November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem 10. November um 0,9 Proz. auf 131,8 zurückgegangen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse um 1,4 Proz. auf 136,6 nachgegeben, während die Industriegüter mit 122,9 nahezu unverändert blieben.



Das vorstehende Schaubild zeigt die recht beträchtliche Produktionssteigerung, die der deutsche Kohlenbergbau seit seinem Tiefstand im April d. J. infolge des Ausfalls der englischen Kohlenförderung erfahren hat. In der Hauptsache hat davon der Steinkohlenbergbau profitiert. Bekanntlich ging die Politik des Kohlenyndikates dahin, durch den Abschluß langfristiger Lieferungsverträge sich die Exporte nach dem Ausland auf längere Zeit hinaus zu sichern, so daß für die nächsten Monate noch mit einem Anhalten der guten Kohlenkonjunktur zu rechnen ist.

Der Herbstgüterverkehr der Reichsbahn.

Wie alljährlich, so wurde auch diesen Herbst die Verkehrsleistung der Reichsbahn stark in Anspruch genommen. Erst in der ersten Novemberwoche ist ein leichtes Abflauen des Verkehrs festzustellen. Trotzdem liegen die Verkehrsleistungen der Reichsbahn immer noch weit über denen des Vorjahres; die Entwicklung wird im einzelnen durch die nachstehende Tabelle veranschaulicht, die die Zahl der gestellten Wagen in tausend Stück wöchentlich und pro Arbeitstag von Anfang August an vergleicht:

Woche	wöchentlich	durchschn. pro Arbeitstag
1. 8.—7. 8.	745,8	708,9
8. 8.—14. 8.	756,0	705,8
15. 8.—21. 8.	760,7	732,9
22. 8.—28. 8.	796,8	738,0
29. 8.—4. 9.	824,6	784,2
5. 9.—11. 9.	824,3	745,2
12. 9.—18. 9.	842,2	754,5
19. 9.—25. 9.	848,1	751,5
26. 9.—2. 10.	859,3	754,7
3. 10.—9. 10.	890,3	772,2
10. 10.—16. 10.	901,9	802,4
17. 10.—23. 10.	981,4	807,8
24. 10.—30. 10.	950,1	810,6
31. 10.—6. 11.	900,8	790,7

Arbeitstäglich wurden also noch in der ersten Novemberwoche 18 200 Wagen mehr gestellt als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Es ist aus der Rede des Reichsbahn-Generaldirektors Dörpmüller bekannt, daß die starke Beanspruchung des Verkehrs, die übrigens auch auf den englischen Bergarbeiterstreik zurückzuführen ist, für die Reichsbahn im laufenden Jahre eine Mehreinnahme von 100 Millionen Mark erwarten läßt.

Ein europäisches Aluminium-Syndikat. Die Verhandlungen über die Bildung eines europäischen Aluminium-Syndikats sind nunmehr zum Abschluß gekommen. Beteiligt sind Frankreich, England, die Schweiz und Deutschland. Das Syndikat ist zunächst auf die Dauer von zwei Jahren gegründet. Der Sitz des Bureaus befindet sich in Neuchâtel, der des Ueberwachungscommittees in Paris. Amerika ist dem Syndikat ferngeblieben, da das Sherman-Trust-Gesetz einer derartigen Syndizierung entgegensteht. Man hat bereits, als die Verhandlungen in ein ernsthaftes Stadium traten und die Aussichten auf ein Zustandekommen ziemlich gesichert waren, die Aluminiumpreise um 13 Pfund pro Tonne gesenkt. Man erwartet vom Zusammenfluß eine Stabilisierung der Preise.



WIR BRAUCHEN KEINE REKLAME-ARTIKEL,
WEIL BEI UNS

JEDES PAAR GUT UND PREISWERT

IST DARIN BESTEHT

DAS BESONDERE AN SALAMANDER,

NUR 6 PREISE:
12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰
18⁵⁰ 21⁰⁰ 24⁰⁰

DASS JEDES PAAR IN DER EIGENEN SCHUHFABRIK, DER WEITAUS GRÖSSTEN UND LEISTUNGSFÄHIGSTEN DEUTSCHLANDS, HERGESTELLT UND JEDER PREIS VON DER FABRIK AUS FESTGESETZT WIRD.

SALAMANDER

Der Minimalkonzern, der in seinen zwei Fabriken und drei Betriebsgesellschaften an 700 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, hat in dem am 30. April geschlossenen Geschäftsjahr für seine Aktionäre 10 Proz. Dividende erwirtschaftet. Im vorigen Jahr hatten ihm die Handwerkskammerpatente, die er verwertet, 12 Proz. Dividende eingebracht. Die kleinere Dividende ist gewiß kein Unglück, aber die größere Bescheidenheit in diesem Jahr hat ernste Gründe. In den Patenten, die hochrentabel sind, liegen sie nicht; denn die durch die Patente geschützten Minimalkonzernprodukte haben einen großen, sicheren Markt und dieser Markt soll jetzt, nach dem Erwerb der konkurrierenden Werke A. G. für Schaumstoffverfahren zu einem Marktmonopol ausgebaut werden. So bleiben nur die durch die Krise gestörten Absatzverhältnisse und die Art der Geschäftsführung. Der Absatz kann nun, entgegen den Ausführungen im Geschäftsbericht, nicht besonders gelitten haben, denn der Rohgewinn wird mit 2,27 Mill. noch etwas höher ausgewiesen als im Vorjahr (2,26 Mill.). Abschreibungen sind um 40 000 M. niedriger angelegt (163 000 gegen 201 000 M.). Der Reingewinn erscheint mit 271 000 gegen 365 000 um 94 000 M. niedriger als im Vorjahr; und diese Verminderungen gehen ausschließlich auf das Konto der erhöhten Generalkosten, die trotz der Frage über rückgängigen Absatz von 1,59 auf 1,89 Mill. gestiegen sind. Daß die Gründe der Verschlechterung des Geschäftserfolgs wohl bei der Verwaltung zu suchen sind, zeigt deutlich auch die Bilanz: die vorjährigen Bantguthaben mit 0,44 Mill. sind verschwunden, eine Sonderreserve von 100 000 M. wurde verbraucht und neu erscheinen über 200 000 M. Bantguthaben und umlaufende Aktiva. Endlich sind die Material- und Warenbestände von 0,28 auf 0,52 Mill. erhöht. Die Opposition in der Generalversammlung, die auf die Verschlechterung der Bilanz hinweist und deshalb die Verwaltung angriff, hatte also schon recht. Uns selbst gegenüber wurde in Zuschriften auch mancherlei über kostspielige Allianzen der Verwaltung bekannt. So wird man die Kapitalerhöhung um 1,58 auf 4 Mill. wohl nicht nur unter dem Gesichtspunkt betrachten dürfen, daß die Werke-Patente ausgebaut werden sollen; und wenn wir es auch wünschen müßten, das Eigeninteresse der Belegschaften durch den Hinweis auf die hohe Dividende wach zu halten, so scheinen uns doch die diesjährigen 10 Proz. mancherlei verdecken zu sollen, was der beabsichtigten Kapitalerhöhung vielleicht nicht förderlich wäre.

Die Rationalisierung bei Flohr. Wie im vergangenen Jahre, verteilt die den Berliner Metallarbeitern seit alters bekannte Aufzug- und Kranbaufirma Carl Flohr auch diesmal keine Dividende. Von einem mit 1,240 Millionen Mark (1924/1925 gleich 1,378 000 M.) ausgewiesenen Rohgewinn verbleiben nach Abzug von 1,066 Millionen Mark Unkosten (1,19) und 0,151 Millionen Mark Abschreibungen (0,137) 22 821 M. Reingewinn, die sich durch 31 537 M. Vortrag aus dem vorigen Jahr auf rund 54 000 Mark erhöhen. Nach dem Geschäftsbericht bildet der Aufzugaubau die Hauptertragsquelle des Unternehmens. Das Krangeschäft leide dagegen an einer zu geringen Beschäftigung der großen Werkstätten. Die Verwaltung der Carl Flohr A. G. empfiehlt daher eine weitgehende Spezialisierung der einzelnen Kranbauunternehmen unter Führung des Kranbau-Verbandes. Auch sonst kommt der durch die wirtschaftlichen Verhältnisse erzeugte Wille zur Rationalisierung in dem Geschäftsbericht zum Ausdruck. Das wird nicht zuletzt auch eine Wirkung der Annäherung der Carl Flohr A. G. an den „Demag“-Maschinenkonzern sein, der auch die eisenerarbeitenden Unternehmen des deutschen Stahlwerks in sich aufgenommen hat und innerhalb seines Machtbereichs auf Rationalisierung der Produktion drängt. Für die Zeit der Umorganisation verzichten die wenigen Großaktionäre, die Produktionsinteressen sind, auf eine Dividende. Der dividendenlose Abschluß 1925/1926 ist daher kein schlechtes Zeichen, wie auch die Bilanz selbst kein unangünstiges Bild von der Lage der Flohr A. G. bietet. Wie die Verwaltung auf der Generalversammlung mitteilte, ist der Austragsengang noch immer unzureichend, doch läge noch für mehrere Monate genügend Beschäftigung vor.

Kapitalerhebung bei der Preußischen Werkzeug- und Maschinenbau A. G. Berlin. Die Preußischen Werkzeug- und Maschinenbau A. G. Berlin ist voll von der Konjunktur der eisenerarbeitenden Industrie abhängig. Das letzte Geschäftsjahr, das am 31. März schloß, fiel fast ganz in die Periode der Depression. Der geringfügige Reingewinn von 1800 M., der ausgewiesen wird nach Abzug von Handelsunkosten, Steuern und Zinsen (533 000 M.), und Abschreibungen (100 000 M.) von dem Fabrikationsgewinn (635 000 M.), wird nur durch den vorjährigen Gewinnvortrag von 12 800 M. auf 14 600 M. erhöht. Schon im September dieses Jahres wurde aber im Zusammenhang mit der Belegung der eisenerarbeitenden Industrie eine Verdoppelung der Umsätze gegenüber dem schlechten Monat Januar gemeldet, und im Oktober erfolgte eine weitere Belegung, so daß der Geschäftsbericht für das laufende Geschäftsjahr, das am 31. Dezember geschlossen werden soll, eine befriedigende Dividende erwartet. Neben der ungünstigen Geschäftslage des vergangenen Jahres haben aber auch kostspielige Streitigkeiten zwischen den Großaktionären die Gewinne verkleinert, wie auch die Gesellschaft selbst ihr bisheriges Aktienkapital und die bisherige Bewertung der Anlagen zu hoch ansieht. Deshalb soll jetzt das Aktienkapital um 700 000 M. auf 1,70 Millionen herabgesetzt und die Bewertung der Anlagen und Beteiligungen um 407 000 Mark gesenkt werden. Abgegeben von einem langfristigen Darlehen von rund 400 000 M. war das Verhältnis der Schulden zu den Forderungen schon am 31. März dieses Jahres relativ günstig.

General Motors Co. 150 Millionen Dollar Reingewinn. Der phantastische Reingewinn von 150 Millionen Dollar, den die jetzt auch in Berlin (Borsigwalde) montierende größte amerikanische Automobilgesellschaft in einem Jahre erzielt hat, dokumentiert recht deutlich die ungeheure Verschleidenheit der amerikanischen Produktions- und Absatzverhältnisse gegenüber der deutschen Automobilindustrie. Der Reingewinn dieser einen amerikanischen Automobilgesellschaft von über einer halben Milliarde Mark ist bedeutend größer als das gesamte in der deutschen Automobilindustrie tätige Aktienkapital und ist mehr als zehnmal so groß als sämtliche von der gesamten deutschen Maschinen-, Apparate-, Fahrzeug- und Schiffbauindustrie 1924/25 ausgewiesenen Gewinne. Gegenüber dem Vorjahr ist der Automobilverkauf der General Motors Co. um 63 Proz. gestiegen und belief sich auf 996 000, fast eine Million Wagen (Vorjahr 612 000). Der Reingewinn ist gegen das Vorjahr (81 Millionen Dollar) fast verdoppelt.

Kongress der Werktätigen. Seine Urheber und ihre Absichten.

Wir haben oft genug schon darauf hingewiesen, daß das demnächst in Szene gesetzte Spektakelstück „Kongress der Werktätigen“ nichts anderes als eine Veranstaltung der Kommunistischen Partei ist. Das wird jetzt von sozusagen prominenter Seite bestätigt. Der Leiter der „Agitprop-Abteilung“ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei hat am 14. November in einer Funktionärskonferenz in Düsseldorf nach der dortigen kommunistischen „Freiheit“ folgendes ausgeführt:

„Nehmen wir als Beispiel die Kampagne für den Kongress der Werktätigen. Die Parteileitung beschließt die politische Linie. Die Agitprop-Abteilung stellt den Entwurf zu einem Plan für die Kampagne gemeinsam mit den Vertretern der Orts- und Gewerkschaftsabteilungen (der KPD.) fertig. Der Plan wird von der Parteileitung beraten und beschlossen und die Agitprop-Abteilung ist für die Durchführung der Kampagne verantwortlich. Sie wird zuerst schriftliche Anweisungen an die unteren Parteiorganisationen geben und eventuell eine Rededisposition für die Zellenversammlungen und eine Rededisposition für Fraktionsversammlungen ausarbeiten. Zugleich beruft sie die

SPD.-Metallarbeiter! Besucht eure Wahlkörperversammlungen!

Referenten zusammen. Der Leiter der betreffenden Parteileitung wird gründlich über die gegenwärtige Lage und über die Lösungen zum Kongress der Werktätigen und über die einzelnen Aufgaben sprechen. J. B. in der gegenwärtigen Kampagne wird er besonders die Frage des Programms der Industriellen, der Rationalisierung, der Politik des ADGB und der Koalitionspolitik der SPD. behandeln.“

Also: Die Leitung der Kommunistischen Partei hat die Einberufung des „Kongresses der Werktätigen“ beschlossen; sie hat den Plan für die „Kampagne“ aufgestellt; die einzelnen Abteilungen der Kommunistischen Partei führen ihn aus. Zu den Hauptaufgaben der „Kampagne“ aber gehört die Bekämpfung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Nach diesen amtlichen Darlegungen des Zweckes dieses Kongresses kann kein Sozialdemokrat es mit seiner Partei, kein Gewerkschaftsmitglied es mit seiner Gewerkschaft noch vereinbaren, sich an dieser kommunistischen Aktion zu beteiligen.

Nicht allein die Absichten der KPD. sind klar, auch die Absichten des Kongresses sind nicht minder klar. Eine Hege gegen Gewerkschaften und Partei ohne jede praktische Bedeutung. Nur die Unternehmer werden sich freuen.

Um die Erwerbslosenunterstützung. Was der Erwerbslose tun muß.

Von einem Angestellten wird uns geschrieben: Immer wieder häufen sich die Fälle, in denen die Erwerbslosen mit den Angestellten der Arbeitsnachweise sowie der Erwerbslosenfürsorge in Konflikte geraten, die nachher die öffentliche Meinung verärgern. Die Erwerbslosen, die sich nicht zu Unrecht in Krisenzeiten in gedrückter, gereizter und nervöser Stimmung befinden, fühlen sich durch die vorgeschriebenen Fragen belästigt und schikaniert. Solange die Erwerbslosenfürsorge keine Berücksichtigung ist und der berüchtigte Bedürftigkeitsparagraf noch eine Rolle spielt, sind die Angestellten gezwungen, auf Beantwortung der Fragen zu dringen, um dem Erwerbslosen zu seinem Recht zu verhelfen. Grundbedingung sind zur Erlangung einer Stempelfarte sowie zum Bezug der Erwerbslosenunterstützung:

1. Invaliden- oder Angestelltenkarte;
 2. Gekempelte Arbeitsbescheinigungen des Arbeitgebers;
 3. Wohnbescheinigung vom zuständigen Polizeirevier;
 4. Verdienstbescheinigung der im Haushalt verdienenden Familienangehörigen.
- Beim Bezug der Erwerbslosenhilfe noch als
5. Bescheinigung vom zuständigen Wohlfahrtsvorsteher.
- Wird vom Erwerbslosen eine Rente bezogen, so ist auch der Rentenbescheid vorzulegen. Sind diese Vorbedingungen erfüllt, so werden zwischen Erwerbslosen und Angestellten Reibungen vermieden. Den Bezirksämtern muß nahegelegt werden, in der kalten Jahreszeit für Unterkunftsräume zu sorgen, damit die Erwerbslosen nicht auf den Treppen und Korridoren dem Unbill des Wetters preisgegeben sind. Ebenso müssen die Erwerbslosen die vorgeschriebene Zeit zur Erledigung ihrer Anträge benutzen. Nur gegenseitiges Verstehen des Erwerbslosen und Angestellten, der selbst erst vor kurzem erwerbslos war, wird die Lage beider erleichtern und eine reibungslose Abfertigung ermöglichen.

Immer noch der Ueberstundenandal. Macht Schluss damit!

Ueber den Schutz der älteren Arbeiter findet am Sonnabend im Reichsarbeitsministerium eine Besprechung mit den Gewerkschaften statt. Die Aussprache über das Rotgesetz wird am kommenden Montag im Reichsarbeitsministerium fortgeführt.

Jeden Tag werden neue aufreizende Zahlen über das Ueberstundenunwesen bekannt. So schildert die „Schuhfabrikanten-Zeitung“ in Weihenfels, daß nicht nur mit Vollarbeit, sondern mit fast 17 Proz. der Arbeiter in Ueberstunden gearbeitet wird. Beinahe ein Fünftel der Schuharbeiter in Weihenfels macht Ueberstunden. Statt die arbeitslosen Schuhfabrikarbeiter wieder der Schuhindustrie zuzuführen, reden die Berichte der „Schuhfabrikanten-

Zeitung“ davon, daß man die arbeitslosen Schuhmacher in den Zuckerfabriken oder im Leunawerk unterzubringen hoffe. Vielfach werden Ueberstunden gefordert, ohne die im Tarifvertrag vorgezeichneten Prozente zu zahlen.

Die Zahlung der vorgeschriebenen Prozente für Ueberstunden ist das allermindeste, was verlangt werden muß. Man sollte die Ueberstundenfrage noch erhöhen, dann würden die Unternehmer sehr schnell auf Ueberstundenarbeit verzichten. Wo wirklich nicht darauf verzichtet werden kann, sollten die Arbeiter von der Leistung der Ueberstunden die Einstellung einer bestimmten Anzahl arbeitsloser Kollegen abhängig machen.

Der Verkauf des „Kaiserhof“. Klage der Angestellten.

Die Kündigung der Angestellten des „Kaiserhof“ beschäftigte am Donnerstag das Kaufmannsgericht in einer sehr langen Verhandlung. Mit Rücksicht auf den Verkauf hat die Direktion des „Kaiserhof“ sämtliche Angestellte am 30. September zum nächstzulässigen Termin gekündigt. Das ist für die meisten Angestellten der 31. Oktober, für die übrigen, welche den Schutz des Kündigungsgesetzes genießen, eine entsprechend längere Zeit, die im Höchstfalle bis 31. März 1927 laufen würde. — Der Angestelltenrat hat gegen die Kündigung Einspruch erhoben. Er macht geltend, daß der Verkauf noch gar nicht abgeschlossen sei, die Kündigung also nicht mit der Schließung des Betriebes begründet werden könne und deshalb ohne weiteres als unbillige Härte anzusehen sei. Ferner bestreitet der Angestelltenrat die Behauptung der Direktion, der Verkauf habe sich notwendig gemacht, weil der Betrieb unrentabel sei. Richtig sei vielmehr, daß die Unrentabilität zu bestimmten Zwecken absichtlich herbeigeführt werde, denn es sei Tatsache, daß Gäste, die regelmäßig im „Kaiserhof“ einzufahren pflegen, an andere Hotels gewiesen worden seien.

Mit der Klage, die sich auf § 84 B.R.G. stützt, wird Weiterbeschäftigung oder eine den Bestimmungen des B.R.G. entsprechende Entschädigung gefordert; insgesamt 40 000 M.

Stadtrat Löhring, der die beklagte Firma vertrat, bestritt die Behauptung der Kläger bezüglich der Rentabilität und führte aus: Der Verkauf des „Kaiserhof“ bedürfe der Zustimmung des Reichstages, des Reichsrates und der Generalversammlung der Aktionäre. Wenn die Zustimmung dieser Körperschaften bis zum 30. November nicht erfolgt sei, dann gelte der Verkauf als nicht vollzogen. Er sehe aber als bestimmt voraus, daß die Zustimmung aller drei Körperschaften gegeben werde. Sollte das Gericht entscheiden, daß die Kündigung ungültig sei, weil sie vor Abschluß des Verkaufs erfolgt sei, dann würde die beklagte die Weiterbeschäftigung wählen. Sie würde dann, wenn der Verkauf am 30. November abgeschlossen ist, sofort wegen Stilllegung des Betriebes die Kündigung aussprechen, die dann nicht mehr angefochten werden könne und die die Firma zu keiner Entschädigung verpflichte. Der praktische Erfolg für die Angestellten würde in diesem Falle der sein, daß der größte Teil von ihnen bis 31. Dezember, die unter Kündigungsschutz stehenden längstens bis 31. Juni Gehalt zu beanspruchen haben.

Nach der Beratung des Gerichts verhandelt der Vorsitzende, Magistratsrat Dr. Oppler, folgendes Urteil: Der Einspruch der Kläger ist zulässig, denn eine Betriebsstilllegung liegt zurzeit nicht vor. Erst wenn der beabsichtigte Verkauf Tatsache geworden ist, kann eine Stilllegung als vorliegend angesehen werden. Es war nun zu berücksichtigen, ob die Verhältnisse die Kündigung rechtfertigen. Das ist nicht der Fall. Auf Grund der Bilanzen von 1924/1925 hat das Gericht festgestellt, daß erhebliche Ueberhörsätze erzielt worden sind. Diese beliefen sich 1925 nach Abzug der Abschreibungen von 217 000 M. auf rund 300 000 M., und es wurde eine Dividende von 6 Proz. verteilt. Für 1926 liegt noch kein Abschluß vor, es ist aber nicht anzunehmen, daß sich der Ueberhörsatz vom Vorjahre inzwischen in einen Verlust umgewandelt haben könnte. Es steht fest, daß das Hotel nach im November voll belegt war, und Gäste noch anderen Hotels überwiesen wurden. Also ist anzunehmen, daß das Hotel noch sehr rentabel ist. Also nicht Unrentabilität, sondern die Möglichkeit, einen hohen Gewinn zu erzielen, ist als Ursache des beabsichtigten Verkaufs anzunehmen.

Aus diesen Gründen verurteilt das Gericht die beklagte, die Kläger weiter zu beschäftigen, oder ihnen die geforderten Entschädigungsummen, die nur in einzelnen Fällen etwas herabgesetzt wurden, zu zahlen.

Stadtrat Löhring erklärte, die beklagte wolle die Weiterbeschäftigung. — Bis zur Stilllegung!

Eine Knochenmühle

Ist die Fleisch- und Wurstwarenfabrik der Firma Jahn u. Summ, Dranienburger Straße 6/7. Die dort Beschäftigten werden in überlanger Arbeitszeit bis aufs letzte ausgepumpt. In der Woche vom 8. bis 13. November wurde ein Teil der Gefellen von morgens 7 Uhr bis abends 11 Uhr und in der vorhergehenden Woche gar von vormittags 10 Uhr bis zum anderen Morgen um 8 Uhr ausgepumpt. Wer sich von den Beschäftigten weigert, nachdem er 10 Stunden Arbeitszeit hinter sich hat, weiter zu arbeiten, wird prompt entlassen.

Alle Mahnungen der Organisation, die tarifliche Arbeitszeit von 8 Stunden einzuhalten, haben bisher beim Inhaber Jahn nichts gefruchtet. Die Not der arbeitslosen Fleischergesellen münzt der Herr in klingende Münze für sich um. Hoffentlich gelingt es dem Gewerkschaftsamt Berlin-Witte nun recht bald, den Inhaber zur Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen anzuhalten.

Eisenbahnbeamte im DBB.

Ran schreibt uns: Der Vorstand der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahnfahrbeamen hat den Beschluß gefaßt, aus dem zentralen Gewerkschaftsbunde der Eisenbahnbeamten auszuscheiden und den Vorstand des DBB. zu ersuchen, seine Aufnahme als unmittelbares Mitglied des DBB. in die Wege zu leiten. Kommt der Vorstand des DBB. dieser Aufforderung nicht nach, so ist damit zu rechnen, daß die Gewerkschaft aus ihrer Spigen- sowohl wie auch der Dachorganisation ausscheidet und sich selbständig macht. Die Hereinnahme der Christen beginnt sich auszuwirken.

WENESTI DUKAT

dicker, milder, besser als jede andere

ohne Mundstück

ZIGARETTE

Solo

Die Scheidung.

Von U. Soritsch.

(Aus dem Russischen überseht von Nina Stein.)

Dieses große „Kulturbild“ aus dem heutigen Rußland ist in der kommunistischen Zeitung „Trudba“ am 16. September d. J. erschienen.

Als der Zeugenangestellte Jakob Bagaew, der Sohn eines Bauern, der im Dorfe unter dem häßlichen Namen „Knochenfresser“ bekannt war, in die Partei eintrat und in eine höhere Schule abkommandiert wurde, zog er sich städtisch an, befestigte eine Uhrkette am Knopfloch und sprach von sich nur noch in der Mehrzahl, wobei er hochtrabende, schnörkelhafte Ausdrücke gebrauchte, die seiner Umgebung unverständlich waren. Seine Gattin, eine einfache und ungebildete Frau, freute sich über das Glück ihres Mannes, doch der plötzliche Umschwung in seinem Auftreten betrübte und beunruhigte sie; sie dachte bekümmert daran, daß die Stadt, die neue Umgebung und die neuen Interessen den Mann der Familie entreißen könnten, deren Armut und Unwissenheit ihm in seiner jetzigen — ihrer Meinung nach — hohen Stellung lästig fallen würden.

Ihre Unruhe verstärkte sich immer mehr, und sie fühlte sich sehr gekränkt, als ihr Mann, nach seiner Rückkehr aus der Stadt, ihr mit einer ihr unerklärlichen Gereiztheit über Kleinigkeiten Vorwürfe zu machen begann, die in ihren ärmlichen Verhältnissen selbstverständlich und unermesslich waren, und die er früher nie beachtet hatte. Sein Gesicht drückte Ekel und Widerwillen aus, wenn sie bei Tisch mit einer Brotkruste das Fleisch aus dem Topf holte und dabei mit den Fingern nachhals; er ärgerte sich über den säuerlichen Geruch von Schafwolle in der Hütte und über ihre laute Stimme im Hof, wenn sie die Hühner und Ferkel herbeilodete; er musterte verächtlich ihren ausgebleichten Leinentuch und ihre dicken, hausgewebten Strümpfe, verglich ihre Kleidung mit der der Frauen, die er in der Stadt sah und kennenlernte. Er war wie ausgetauscht. Mit fremden, kalten und feindseligen Blicken betrachtete er sie, die Kinder und das Haus, in dem sie über 8 Jahre einträchtig zusammengelebt hatten.

Sie konnte nicht begreifen, woher das alles gekommen war. Sie weinte und beschuldigte in allem zuerst die Partei, die ihrer Meinung nach ihrem Manne die Verachtung des arbeitsamen Bauernlebens eingeflößt hatte. Sie änderte ihre Meinung nach einem Besuch bei dem Sekretär der Betriebszelle, Rochowoi, der bei den Bergwerksarbeitern als ein seelensguter und teilnehmender Mann galt. Rochowoi hörte geduldig ihre verwirrten und aufgeregten Worte an, die voller Bitterkeit und Schmerz waren, und als sie weinte, strich er schweigend mit seiner rauhen, schwieligen und von der Kohle geschwärzten Hand über ihr Haar. Und dann erklärte er ihr, daß die Partei niemandem Verachtung der Arbeiternot einflößen könne, da sie selber aus Menschen bestehe, deren Leben rauh und freudlos gewesen sei. Und er sagte ihr auch, daß sie ihren Mann in die Partei aufgenommen und in die Hochschule geschickt hätten, damit er etwas lerne, um nachher mit seinem Wissen dem Volke dienen zu können, dem Volke, zu dem auch er selber gehöre. Und wenn er das nicht verstehe, sondern seine Frau verachte, weil sie keine städtischen Strümpfe trage und beim Schweinefüttern ihre Röcke schürze, dann werde die Organisation Maßnahmen ergreifen, um ihn über das Schändliche seines Betragens aufzuklären.

Er ließ in der Tat Bagaew rufen und sprach mit ihm hinter geschlossenen Türen ungefähr drei Stunden lang. Jakob Bagaew verließ das kleine Zimmer mit hochrottem Kopf, schweißbedeckt und vergaß sogar die Mühe auf dem Fensterbrett. Er schlug jetzt einen anderen Ton an, wurde ruhig und gleichmäßig, scherzte manchmal und verfuhrte sogar freundlich zu sein, aber in seinem Reden und Handeln fühlte man eher Vorzicht als Aufrichtigkeit. Er war eingeschüchtert, aber er hatte nichts von alledem verstanden, was Rochowoi ihm auseinandergesetzt hatte.

Bald erfuhr seine Frau von einer Liebchaft zwischen ihm und der Tochter des Popen. Das Fräulein wurde Kaitischa genannt; sie trug einen spanischen Kamm und eine rote Papierrose in den Haaren. Sie lachte oft, ohne jeden Grund und so laut, als ob man ihr die Fersen mit einem Strohhalm kitzelte. Die Frau ertrug es schweigend, verbarg ihren Kummer und gab sich den Anschein, als wüßte sie nichts von dieser Liebchaft, die jedem Huhn im Dorfe bekannt war. Sie wollte allen Jant und Streit vermeiden, immer noch in der Hoffnung, daß auch diese Raune vergehen und alles sich wieder zum Guten wenden würde. Wenn ihr Mann abends verschwand, ging sie, nachdem sie die Kinder zu Bett gebracht hatte, in die Kammer, um dort zu weinen. Von Schluchzen geschüttelt, deckte sie sich bis über den Kopf zu, damit niemand ihr Weinen höre.

Nach kurzer Zeit wurde Kaitischa Nikolajewna, die Tochter des Popen, schwanger und starb nach einer mißglückten Abtreibung. Jakob Bagaew war darüber eher unruhig als betrübt. Er gab sich den Anschein, als ginge ihr Tod ihn nicht an, und er tam auch nicht zum Begräbnis. Nach einem Monat knüpfte er eine neue Liebchaft mit einer jungen Nonne aus dem benachbarten Kloster an.

Das erschien der Frau als eine Gemeinheit, sie konnte sich nicht mehr beherrschen und schweigen — und in der Nacht spielte sich in ihrer Kammer ein abscheulicher Auftritt ab. Auf den Lärm kam der Vater Bagaewns in die Kammer des Ehepaars. Seit Jakob Student geworden war, fand der Alte, daß seine Schwiegertochter eine unpassende Frau für seinen Sohn sei, und er hoffte, eine Scheidung durchzuführen, um ihn nochmals zu verheiraten und als Mitglied eine Mühe zu bekommen, die zu befehlen seit langem sein sehnsüchtiger Wunsch war. Er nahm einen eisenschlagenden Halfter von der Wand und schlug sich zur Frau wendend, sagte er mit wütender Stimme: „Mein Sohn ist in der Partei, und es könnte Dir wohl passen, mit einem Studenten zusammenzuleben, Du Kanakalle!“ Er hob die Hand. Jakob Bagaew stand mit abgewandtem Gesicht schweigend da.

Als der Sohn in die Stadt zurückkehrte, zwang der Alte die Schwiegertochter, in die Scheune überzusiedeln, und befahl, den Kindern nur gefrorene Kartoffeln zu geben, aus denen das Schweinefutter gefocht wurde. Als die Alte einmal aus Willeid ihnen etwas Rohsuppe in die Scheune bringen wollte, sah er sie im Hofe ab, schlug sie und spuckte in die Schüssel.

Jeden Abend kam er in die Scheune, setzte sich neben die Tür und begann von der Scheidung zu reden. Er drohte, sie sonst auf die Straße zu jagen, ihr die Haare abzuschneiden oder die Tür ihrer elenden Behausung mit Teer zu beschmieren. Zuerst versuchte sie sich zu verteidigen, dann wurde sie schwach und müde, alles wurde ihr gleichgültig, sie ergab sich in ihr Schicksal und unterschrieb ein Papier, das der Alte ihr hingeschoben hatte.

Zum Scheidungstermin kam Jakob Bagaew aus der Stadt zurück, und alle drei gingen auf das Standesamt. Dort wurde Jakob über den Scheidungsgrund gefragt; er schwieg, aber der Alte trat

Selbstisolierung heißt:



Ganz Italien ist ein Gefängnis geworden!

vor und erklärte würdevoll, daß es sich für seinen Sohn, der Mitglied der Partei und Student sei, nicht ziemt, mit einem einfachen Bauernweib zusammenzuleben. Der mütterliche Beamte machte einen Vermerk im Standesregister und sagte: „Ein Schuft bist Du, Alte!“ Der Alte kniff die schmalen, runzeligen Lippen zusammen und schwieg.

In der eifigen Herbststille wurde sie mit den Kindern auf die Straße gejagt, nachdem man ihr, als Eigentum des Mannes, alle warmen Kleidungsstücke fortgenommen hatte. Die Alte steckte den Kindern noch heimlich ein Stück Brot zu. Ein Jahr lang war sie mit den Kindern obdachlos, bis sie sich die fünfzehn Rubel zusammengebettelt hatte, die nötig waren, um eine Schlafstelle in einer kleinen Hütte draußen vor dem Dorfe zu bezahlen. Nachdem sie mit vieler Mühe die völlig entkräfteten, abgeehrten und tränkenden Kinder irgendwie untergebracht hatte, begann sie, in ein benachbartes Dorf auf Tagelohn zu gehen. Dort auf den Feldern rieten ihr die Leute, eine Klage beim Gericht einzureichen. Das Gewässer Volksgericht verurteilte Jakob Bagaew, der Familie als Abfindung einen Teil des Bestes zu überlassen und ihr für die Kinder monatlich vierzehn Rubel auszusahlen. Als der Alte erfuhr, daß ihr der Vollstreckungsbefehl ausgehändigt worden war, überschrieb er den Befehl auf den Namen eines Nachbarn und sie erhielt ein krankes Lamm, das unterwegs verendete, und zwei Milchferkel. Jakob Bagaew erhob Einspruch gegen die Alimentenzahlung, und der Gerichtsbeschluss wurde in einer höheren Instanz aufgehoben.

Sie reichte zum zweitenmal eine Klage ein, es wurde ihr wiederum ein Vollstreckungsbefehl ausgehändigt, aber auch dieses Mal hob das Gouvernementsgericht das Urteil auf.

Zur Zeit, als die Angelegenheit zum drittenmal vor Gericht verhandelt wurde, siedelte Bagaew nach Bachmut über und leistete der Gerichtsvorladung keine Folge. Die Frau übersandte die Abschrift des Gerichtsbeschlusses über die Zahlung von Alimenten in Höhe von sechs Rubel monatlich dem Gerichtsvollzieher in Bachmut, erhielt aber keine Antwort darauf.

Sie hörte auf zu prozessieren, weil die Gerichtskosten ihren fargen Verdienst verschlangen, und die Kinder nichts zu essen hatten. Zum letztenmal schrieb sie in der Nacht, hinter dem Ofen, wo anstatt einer Lampe ein mit Petroleum begossenes Holzschiff sein turgliches Licht verbreitete, mit unbeholfenen Buchstaben einen Brief an das Bachmutter Parteikomitee. All ihr schweres Leid und ihren Kummer schüttete sie in diesen trummen und kindlich naiven Zeilen aus, die mit Ruh und Tränen besetzt waren; ihre ganze Schmach, ihre Hoffnung und ihren Schmerz sog der graue, nach Seife riechende Fehgen Postpapier in sich auf; ihre ganze Seele war in diesen toten, zitternden Buchstaben enthalten, die sie mit unsagbarer Mühe in ihr abgestumpftes Gedächtnis zurückrief, um sie dann für immer zu vergeffen.

Auch dieser Brief wurde nie beantwortet.

Straßen im Altertum.

Das Automobil hat das Interesse an der Straße wieder erweckt, das die Eisenbahn in den Hintergrund gedrückt hatte. Die ersten Kunststraßen bauten die Perer. Als die bedeutendste galt die 2600 Kilometer lange Königstraße von Susa nach Sardes und Ephesus. Sie waren ausgestattet mit hervorragenden Kunstbauten von Brücken und Toren und geziert mit Tempeln und Palästen. In regelmäßigen Abständen befanden sich die Unterkünste in Herbergen für Menschen und Tiere, denn es war ein regelmäßiger Postdienst eingerichtet. Auf diesen Straßen führte Darius seine Kriegszüge gegen die Griechen, sie dienten aber auch als Einfallstraßen dem berühmten Zug Alexanders des Großen mit seinen Zehntausend zur Eroberung des Landes. Die Welt Herrschaft Roms stütze sich auf sein Straßennetz von 300 000 Kilometer Länge. Oberkonrat Dr.-Ing. Cassinone macht in „Stein-

bruch und Sandgrube“ höchst bemerkenswerte Angaben über ihren Bau. Die von Rom ausgehenden Hauptstraßen waren im Querschnitt in drei Teile geteilt. Der mittlere, etwas erhöhte gewölbte Teil 5 Meter breit, der Ligger, war mit Steinen gepflastert, die beiden mit Schotter oder Kies beschütteten Seitenstreifen von 2,5 Meter Breite waren durch 60 Zentimeter breite und ebenso hohe Mauern, Margo, getrennt, auf welchen bei nassem Wetter die Reisenden gehen konnten. Daneben waren in Abständen dicht an der Mauer treppenförmig behauene Steine aufgestellt. Sie dienten zur Bequemlichkeit der Fußgänger zum Ausruhen, dann aber zum Auf- und Absteigen der Reiter, da der Gebrauch der Steigbügel den Römern unbekannt war, ferner hatten sie aber auch noch den Zweck, die Mauer gegen das Anfahren der Räder der Fuhrwerke zu schützen. Die Fahrbahn war äußerst dauerhaft aus drei bis vier Schichten von zusammen 65 bis 90 Zentimeter Höhe hergestellt. Der Bau selbst erfolgte durch die Legionen, die Hilfskräfte und die Anwohner. Als weitere unbezahlte Arbeiter wurden die Strafgefangenen und Verbrecher benutzt. Nur für die Mauer- und Pflasterarbeiten wurden Werkleute beigezogen, welche Meister im Regen von Estrich- und Terrazzoarbeiten waren und daher die vorzüglichen, fast fugenlosen Pflasterungen herstellen konnten. Recht beachtenswert sind ferner die Angaben von Cassinone über die germanischen Straßen. Nur die in der oben beschriebenen Weise für die besonderen militärischen Zwecke hergerichteten Straßen dürfen in Deutschland als römische angesprochen werden; nicht aber jeder alte Stroßenzug, wo ein paar römische Scherben oder Münzen gefunden werden. Es befanden vielmehr schon vorher von den Germanen angelegte Straßen, in einem regelrechten Bogen, welche die Römer nur benutzten und durch ihre Hinterlassenschaften ihre Anwesenheit dartaten.

Der Bergfink. Dieser Vogel mit seinem schwarzen, bläulichen, gelblich-weißen und gelblich-roten Tupsen kommt zu uns, wenn der Winter seinen Einzug hält. Im Sommer hält er sich hoch oben im Norden Europas und Asiens bis hinüber zu den kalten Regionen des Stillen Ozeans auf. Je nachdem, wie oben im Norden die Bitterung ist, kommt er manchmal schon im Oktober, öfter jedoch auch erst Ende November oder Anfang Dezember zu uns. Selbst in jenen nördlichen Gegenden, wo die Bäume schon zu Krüppelholz geworden sind, fühlt sich der Bergfink in den Sommermonaten noch heimlich. Ist dann im hohen Norden gar kein Futter mehr zu finden und es wird dort zu kalt und unwirtlich, so ziehen die Bergfinken in großen Scharen fort in südlicher gelegene Länder; die aus dem europäischen Norden lassen sich in Deutschland, in der Schweiz und Norditalien oder auch in Spanien nieder, die aus dem asiatischen Norden ziehen nach Zentralasien, nach China und Japan. Der Bergfink hat manche Ähnlichkeit mit dem Buchfink, doch ist sein Gesang nicht sehr schön. Er ist auch viel weniger verträglich als unsere Finken. Am wohlsten scheint er sich zu fühlen, wenn er sich den ganzen Tag herumzantzen kann. Auch mit seinen Artgenossen lebt er stets auf dem Kriegsfuß; vor allem scheint er keinem anderen Vogel einen Bissen zu gönnen, denn am häufigsten und am zornigsten ist er stets auf den Futterplätzen. Die liebste Nahrung der Bergfinken sind die Bucheckern, daher sind sie bei uns am häufigsten in Buchwäldungen zu finden. Kommt das Frühjahr heran, so macht sich der Bergfink wieder auf in seinen Sommerheimat nach Schweden, Norwegen, Finnland und nach Sibirien.

Ein Strauch, der sich selbst entzündet. Der in Ägypten und Palästina wachsende Dictamnus-Strauch, der sogenannte weiße Diptam, enthält in seinen Blüten wie auch in seinen Blättern und Zweigen ein flüchtiges balsamisch-ätherisches Öl, das die Eigenschaft besitzt, bei starkem Wärmeeinfluss als Gas auszustrahlen und sich in diesem Zustande dann von selbst zu entzünden. Bei diesem eigenartigen Selbstentzündungsprozess, den man besonders vor Gewittern häufig beobachten kann, verbrennt jedoch immer nur das Gas, während der Strauch völlig unversehrt bleibt. Die Erscheinung des „feurigen Buches“, in dem Moses einst den Engel des Herrn stehen sah, läßt sich jedenfalls auf einen plötzlich aufflammenden Diptamstrauch zurückführen.

Wege der Arbeiterbildung.

Zu den erfreulichsten Erscheinungen der letzten Zeit gehört zweifellos das wiederwachende Interesse für Bildungs- und Kulturfragen, das sich in der Arbeiterschaft bemerkbar macht. Noch ist freilich bei weitem nicht der Stand der Bildungsarbeit von vor dem Kriege erreicht. Es zeigen sich aber dennoch unverkennbare Merkmale eines Aufstieges, der entsprechend den neuerschaffenen Verhältnissen neue Wege, neue Methoden sucht, um die Arbeiterkulturbewegung vorwärts zu treiben und die sozialistische Bildungsarbeit auf feste Grundlagen zu stellen. Was im besonderen die Bildungsarbeit in Berlin betrifft, so kann festgestellt werden, daß der Tiefstand, der letzten Jahre überwunden ist und daß in allen Kursen und Seminaren der Freien sozialistischen Hochschule, der Arbeiterbildungsschule und der Gewerkschaftsschule eine starke Teilnahme der Hörer zu verzeichnen ist.

Die vielgestaltige Bildungsarbeit.

Charakteristisch für die neue Situation ist die Vielgestaltigkeit der Bildungs- und Kulturbestrebungen. Von derselben Quelle ausgehend: dem Streben nach einem größeren Anteil der Arbeiterschaft an den kulturellen Gütern. In den verschiedenen Kreisen der Arbeiterkulturbewegung auf eigenen Wegen und mit verschiedenen Methoden das Ziel der Hebung des geistigen und kulturellen Niveaus zu erreichen. Partei und Gewerkschaft, Arbeiterfänger und Arbeiterportier, Volksbühnen und Jugendorganisationen, sozialistische Lehrer und Kinderfreunde — alle gehen eifrig daran, die Kulturbewegung der Arbeiterschaft zu fördern. Diese vielgestaltigen Bestrebungen zeigen freilich in dem gegenwärtigen Stadium eine gewisse Zersplittertheit und Planlosigkeit, die noch überwunden werden müssen. Das Nebeneinander der verschiedenen Organisationen führt vielfach zu Unzutrefflichkeiten, die hemmend auf die Gesamtbewegung einwirken. Das Fehlen eines einheitlichen Planes und die Systemlosigkeit der einzelnen Bestrebungen hemmt insbesondere die Schulungsarbeit in der Arbeiterschaft, führt zu Kräftevergeudung und Zersplitterung, verhindert eine richtige Auslese der jüngeren Kräfte und damit auch die Heranbildung eines leistungsfähigen, mit dem notwendigen Wissen ausgerüsteten proletarischen Nachwuchses. Die Versuche, diese Zersplitterung durch Gründung von Arbeiterkulturartikeln zu überwinden, sind nur an einigen Stellen geglückt. Vielfach werden verheißungsvolle Ansätze auf diesem Gebiete durch Organisationsegoismus und Bereinsneiderei zunichte gemacht. Und doch machen gerade die gesteigerten Anforderungen den Ausbau und die Vereinheitlichung des Arbeiterbildungswesens wie der Kulturarbeit überhaupt zu einer der dringendsten Aufgaben der gesamten Arbeiterbewegung. Auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiete werden an die Funktionäre wie an die Masse selbst erhöhte Anforderungen gestellt, die nur befriedigt werden können, wenn die Arbeiterschaft ihren Gegnern geistig gewachsen ist. Der demokratische Staat hat dem Proletariat zahlreiche neue Auswirkungsmöglichkeiten für seinen sozialen Kampf eröffnet; diese Möglichkeiten werden aber nicht in vollem Maße ausgenutzt; insbesondere wird nicht genügend getan, um Staat und Gemeinde an ihre kulturellen Pflichten gegenüber der Arbeiterschaft zu erinnern. Im wirtschaftlichen Kampf hat die Arbeiterschaft eine Anzahl wesentlicher Stützpunkte und Kampfspositionen erobert; es bedarf aber intensiver geistiger Arbeit und einer beträchtlichen Summe von Kenntnissen, um diese Position in Betrieb und Gewerkschaft zu behaupten. Nicht minder kompliziert sind die Aufgaben in der Kommunalpolitik, in der Arbeitermohlfahrt, in der Sozialpolitik usw. Überall braucht die Arbeiterschaft eine große Anzahl tüchtiger, geschulter Kräfte, die den bürgerlichen Gegnern gewachsen sind und das nötige Maß von sachlichem und fachlichem Wissen besitzen.

Sozialistische Erkenntnis!

Darüber hinaus zeigt gerade die Entwicklung der letzten Jahre die Notwendigkeit, die sozialistische Erkenntnis in der Arbeiterschaft zu vertiefen, die Einheitlichkeit der sozialistischen Grundansätze herauszuarbeiten, die vielgestaltigen Ströme der proletarischen Bewegung in der Richtung auf die Verwirklichung des sozialistischen Endzieles zusammenzufassen. Vertiefte Bildungsarbeit auf diesem Gebiete ist deshalb nicht Arbeit an einzelnen, sondern Arbeit für die Gesamtbewegung. Diese Arbeit um die Ausweitung und Vertiefung der sozialistischen Erkenntnis wie des Wissens überhaupt schließt keineswegs aus, daß die Arbeiterbildungsbewegung auch das Seelen- und Gefühlleben der proletarischen Masse erfasst. Gerade hier zeigt die Arbeiterkulturbewegung, vor allem bei der Jugend, verheißungsvolle Ansätze, machen sich Bestrebungen bemerkbar, um Hirn und Herz des Proletariats mit neuen Impulsen zu

erfüllen und zu einer höheren Einheit zu vereinigen. Vielfach wird aber die ungeheure Bedeutung dieser Arbeit noch in der Arbeiterschaft selbst verkannt. Die Notwendigkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens beherrschen den Tageskampf, und unter der schweren Last der täglichen Kleinarbeit für Partei und Gewerkschaft ersticken die Ansätze zu einer erhöhten Wertung und einer theoretischen Vertiefung der proletarischen Bewegung. Auf der anderen Seite machen sich gleichzeitig Bestrebungen bemerkbar, sich von der politischen und wirtschaftlichen Bewegung zu isolieren und am Rande der Arbeiterbewegung ein sich selbst genügendes Sonderdasein zu führen. Diese unheilvolle Zersplittertheit, die die Gesamtbewegung hemmt, kann nur überwunden werden, wenn überall die Erkenntnis durchdringt, daß alle Formen der proletarischen Kulturbewegung mit hinein gehören in die große politische und wirtschaftliche Bewegung des Proletariats, und daß andererseits diese Bewegung die Kulturarbeit braucht, um ihr eigenes Niveau zu heben, ihre Werbetafel nach außen hin zu verstärken und jene sozialistischen Menschen zu erziehen, ohne die jede politische und wirtschaftliche Errungenschaft auf dem Papier bleiben muß. Nach wie vor ist das Wort von August Bebel wahr, daß der politische und ökonomische Kampf die beiden Beine sind, mit denen das Proletariat marschiert, daß aber der kulturelle Kampf, der Kampf des Sozialismus um Hirn und Herz des schaffenden Volkes, der Kopf ist, der den Beinen die Richtung zeigt, die sie gehen müssen. Im Sinne dieser Bebel'schen Tradition zu arbeiten, ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, einerlei, ob er diese oder jene Funktion in der Arbeiterbewegung ausübt. Denn nur durch Zusammenfassung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Arbeit kann die Arbeiterschaft im demokratischen Staat zu jener Macht emporwachsen, die imstande ist, das Bildungsmonopol der bestehenden Klassen zu zertrümmern und den Kulturapparat der Gesellschaft, der heute zum größten Teil noch als Unterdrückungsapparat gegenüber der großen werttätigen Masse ausgenutzt wird, in ein Mittel der radikalen Umgestaltung der Gesellschaft, in ein Instrument des Kulturfortschrittes und der wirklichen Freiheit zu verwandeln.

Diese Gedankengänge bildeten den Inhalt der Ausführungen, die Genosse H. Stein am Dienstag, abend in der Konferenz der Obleute und Mitglieder der Kreisbildungsausschüsse im Preussischen Landtag machte. An sein Referat schloß sich eine lebhafte Aussprache, aus der klar hervorging, daß das allgemeine Empfinden der in der Bildungsarbeit stehenden Genossen zu einem einheitlichen systematischen Ausbau der Bildungsarbeit drängt. Notwendig ist die Schaffung eines solchen einheitlichen Systems im Rahmen des Arbeiterkulturartikels. Dann erst ist die Kräftevergeudung zu verhindern und eine Auslese der tüchtigsten Kräfte aus der Arbeiterschaft möglich. Notwendig ist aber auch die Schaffung eines geistigen Mittelpunktes für alle in der Bildungsarbeit stehenden Genossen. Einmütig wurde der Vorschlag angenommen, daß Konferenzen mit einem bestimmten theoretischen Thema vom Bezirksbildungsausschuss einberufen werden sollen. Ebenso einmütig wurde der Vorschlag des Genossen Weimann angenommen, den Parteivorstand zu ersuchen, eine populäre Broschüre für die Massenverbreitung herauszugeben. Nachdem noch Genosse Schenk das Programm der geplanten Veranstaltungen des Bezirksbildungsausschusses für den Winter bekanntgegeben hatte, wurde die ungemein anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Wohnungsamt und Instandsetzungen.

Was viele Mieter noch nicht kennen, ist das gesetzliche Recht, die Schieds- und Beschlußstelle ihres Wohnungsamtes anzurufen, wenn laufende Instandsetzungen vom Hauseigentümer entgegen seiner Verpflichtung abgelehnt oder verzögert werden. Das Wohnungsamt Treptow hat unter dem 22. Oktober einem Mieter folgenden beachtenswerten Bescheid erteilt: „Wir teilen Ihre Auffassung, daß bei Zahlung der gesetzlichen Miete im Mietvertrage besondere Vereinbarungen über laufende Instandsetzungen außer Wirkung gesetzt sind. Macht der Mieter eine ihm zustehende Ersatzforderung gegenüber dem Vermieter geltend, so kann er gemäß § 28 Mieterschutzgesetz eine solche Forderung nur aufrechnen, soweit er sich von uns vor Ausführung der Arbeit eine Bescheinigung verschafft hat, daß die Vornahme der laufenden Instandsetzungsarbeiten erforderlich war. Nachträglich können wir Ihnen die Bescheinigung nicht geben. Sie werden deshalb auf die Rückforderung des verauslagten Betrages verzichten müssen.“ Es handelte sich um einen im Dezember 1920 geschlossenen Mietvertrag, mit dem der Vermieter, wie es damals auch in anderen Dingen

üblich war, die Kosten für Instandsetzungen auf den Mieter abgemälzt hatte. Der Mieter ließ eine solche Reparatur für einen nicht unerheblichen Kostenbetrag durch einen Handwerker vornehmen, weil die schwere Kalkulation sein Arbeitszimmer am Tage vollständig verdunkelte. Später lehnte der Hausbesitzer, ein Ausländer, die Erstattung der Kosten ab. Nach dem Bescheide des Wohnungsamtes, der formell durchaus richtig ist, hätte also der Mieter erst die Ablehnung des Hausbesitzers abwarten und dann das Wohnungsamt anrufen müssen, so daß der betreffende Wohnraum wochenlang ohne Tageslicht geblieben wäre. Hier ist eine Lücke im § 28 des Mieterchutzgesetzes. Es müßte in Notfällen zulässig sein, noch nachträglich dem Hausbesitzer, damit dieser sich nicht unverdient bereichert, die Kosten der Instandsetzung aufzuerlegen.

Stiefkind Staaken.

Dörfliche Verhältnisse in der Großstadt.

Eine öffentliche Versammlung, die der „Bezirks- und Verkehrsverein Berlin-Staaken“ einberufen hatte, nahm die Berichte seines Arbeitsausschusses entgegen, aus denen hervorging, daß der unermüdlige Kampf für die Befreiung der Mietskinder in Staaken schon in kurzer Zeit sichtbare Erfolge gezeitigt hat. Nicht zuletzt durch die Unterstützung der Presse, wobei die örtliche Parteipresse — das „Volksblatt für Spandau“ — vor allem zu nennen ist.

Der „Bezirks- und Verkehrsverein Berlin-Staaken“ hatte eine Denkschrift an den Oberbürgermeister Bösch gerichtet, der ja dann auch selbst in Staaken war, um sich an Ort und Stelle von der Begehrtheit der Klagen zu überzeugen. Diese Denkschrift, die besser als ein Krampf bezeichnet wird, zeichnet noch einmal ein deutliches Bild von der Rückständigkeit der Staaken Verhältnisse. Die Straßen und Wege befinden sich in einem miserablen Zustand, an dem auch der Umstand die Schuld trägt, daß es in Staaken zuviel Privatstraßen gibt. Die Fuhrwerke müssen, um zu ihrem Ziel zu gelangen, häufig zeitraubende Umwege machen. Auch die öffentliche Wohlfahrtspflege liegt danieder. Staaken hat keine gepflegten Parkanlagen. Groß ist die Wassernot: hässliche Breden ergaben die Schädlichkeit des Brunnenwassers, auf das viele Bewohner noch angewiesen sind. Außerordentlich schlecht ist die Eisenbahnverbindung. Verkehrsstunden von 147, 130, 112 und 85 Minuten sind für die berufstätige Bevölkerung untragbar. Seinerzeit hatte sich die Mehrheit der Staaken für die Eingliederung in den Stadtverband Berlin ausgesprochen. Jetzt ist man aber, wie die Denkschrift sagt, „entmutigt und enttäuscht“. Die Denkschrift ist an Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden geschickt worden. Das Echo ist nicht ausgefallen. Von den eingelaufenen Antworten ist die des Hauptgesundheitsamtes sehr sonderbar. Es erklärt rund und nett, daß das Brunnenwasser wohl eine „Geschmacksbenachteiligung“ aufzuweisen hat, „gesundheitsschädlich“ sei es aber nicht. Vielleicht machen mal die Verfasser dieser merkwürdigen Antwort eine Brunnenkur in Staaken.

Das stärkste Entgegenkommen fand man bei der Eisenbahn. Der zuständige Dezernent verhandelte mit größter Sachlichkeit, und das Resultat der Verhandlungen war, daß im Eisenbahnverkehr nach Staaken eine grundlegende Veränderung eintreten wird. Die Festlegung der Fahrzeiten wird in einer zweiten Verhandlung, die in Kürze stattfindet, vorgenommen werden. Schlecht dagegen sind die Aussichten, die sich hinsichtlich einer Straßenbahnverbindung nach Staaken bieten. Eine Zählung, die vom Verkehrsamt vorgenommen wurde, hatte ergeben, daß täglich zwischen Spandau und Staaken 5000 Fußgänger und Radfahrer verkehren. Eine Schätzung läßt den Schluß zu, daß etwa 2000 Personen eine Autobusverbindung benutzen würden. Trotzdem sich ein Autobusverkehr — als Vorläufer für die Straßenbahn — rentieren würde und die Handwerker Chauffee gutes Walzpfaster hat, lehnt die Abzack aus unverständlichen Gründen die Aufnahme eines Pendelverkehrs zwischen Spandau und Staaken ab. Der Bau der Straßenbahn kommt aus Mangel an Mitteln vorläufig nicht in Frage. Man ist also an keiner Stelle in der Lage, für vier Kilometer einen Autobus- oder Straßenbahnverkehr einzurichten. Vielleicht geschieht's im neuen Jahres.

Gute Erfolge wurden hinsichtlich der Wasserversorgung erzielt. Die Stadt Berlin will versuchen, gegen einen Abstand in Höhe von 200 000 M., der für das jetzige Rohrnetz an das Kreiswasserwerk Rauen zu zahlen ist, das Recht zu erhalten, Staaken mit Wasser zu versorgen. Bis dahin trägt Berlin die Differenz, die zwischen dem Wasserpreis des Werkes Rauen (35 Pf. pro Kubikmeter) und dem von Berlin (15 Pf.) besteht. Für die Hausanschlüsse, die für Neustaaken in Betracht kommen, hat Berlin die Zulage gegeben, daß es keine höheren Preise wie Rauen fordern wird, so daß ein Hausanschluß 60 bis 70 M. kostet. In absehbarer Zeit wird Staaken auch mit Gas versorgt werden. Ein Vertreter der Gaswerke erklärte, daß den Verbrauchern die Röhren vom Gasmeter

Neue Mischung



Neue Packung

Ein neuer Waldorf-Typ von unvergleichlicher Eigenart ist unsere neue

OBERST

Ungewöhnlich mild und doch gehaltvoll ist diese hervorragende

5 & Cigarette

ein glänzendes Zeugnis für die Leistungsfähigkeit unseres Hauses.

Waldorf-Astoria
Cigarottenfabrik A. G.

bis zum Drischen zum Selbstkostenpreis gelegt werden, wenn sie sich verpflichten, vom Gaswerk Berlin Gas für die Zeitdauer von 30 Jahren abzunehmen. Die Versammlung stand diesem Plan nicht ablehnend gegenüber.

Neue Räume für die Arbeitsnachweise.

Infolge der immer mehr zunehmenden Arbeitslosigkeit haben sich bei den einzelnen Arbeitsnachweisen durch den großen Andrang unhaltbare Zustände gebildet. Der Magistrat hat sich deshalb in den letzten Monaten bemüht, die Fachabteilungen des Landesarbeitsamtes an anderer Stelle unterzubringen. Die Verhandlungen über den Ankauf eines eigenen Gebäudes für die Arbeitsnachweise hatten sich zerlegt, so daß nur die Mietung geeigneter Räumlichkeiten übrigblieb. Nach dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen sind die Räume in der Beuthstr. 1/3 zur Unterbringung der weiblichen Fachabteilungen für Textil und Bekleidung, ferner die Fachabteilung für das männliche Gastwirtspersonal vorgesehen, und endlich soll dort noch die zweite Zweigstelle für den städtischen Gewerbezweig errichtet werden. Des weiteren wurden die Räume in der Grünstr. 5/6 gemietet, in denen die weibliche Abteilung der Fachabteilung der Angestellten untergebracht werden soll, die sich zurzeit in der Klosterstr. 39 befindet, dort aber nicht mehr verbleiben kann, weil die Räume sich als gänzlich unzulänglich erwiesen haben. Schließlich sind noch Räume in der Kommandantenstr. 76/78 für die männliche Abteilung des Schneidergewerbes und für die Buchdrucker gemietet worden, deren Arbeitsnachweise sich bisher in der Gormannstraße befanden. Noch anzumieten bleiben Räume für die Unterbringung des Arbeitsnachweises für die Metallindustrie, der bisher in der Buxtehuderstr. 1/2 untergebracht ist. Dagegen sind im Hause Kottbuser Str. 23 Räume in Aussicht genommen. Für die Herrichtung der Räume in der Beuthstraße, deren Kosten der Magistrat zu tragen verpflichtet ist, stehen bereits Mittel zur Verfügung; es müssen jedoch noch die Kosten für die baulichen Veränderungen in den anderen Arbeitsnachweisen bewilligt werden, die insgesamt 62 000 M. ausmachen. Da auch noch ein Teil des Inventars erneuert werden muß, fordert der Magistrat jetzt vom Stadtparlament insgesamt 78 000 M. für diese Zwecke.

Abschied im Krematorium.

Man schreibt uns: Jede Leichenfeier in der Halle des Krematoriums hat einen gleichförmigen dramatischen Höhepunkt. Das ist der Augenblick, in dem die Fahrstuhlbühne mit dem Sarge langsam in die Tiefe sinkt und die Dämmung sich geräuschlos wieder schließt. Waren die Angehörigen bis dahin noch ziemlich gefaßt, so brechen sie beim Verschwinden des Sarges regelmäßig in krampfhaftes Weinen aus. Nicht selten ereignen sich Ohnmachten und Weintränke. Selbst Leidtragende mit stärkeren Nerven können sich dem peinigenden Gefühl dieses Augenblicks niemals ganz entziehen. Dazu kommt, daß hintenstehende Leidtragende vielfach nach vorn drängen, um genau zu sehen, wie der Sarg versinkt. Muß das so bleiben? Ist das nicht zu ändern? Man wendet ein, der Fahrstuhl sei ja der technisch vollkommenere Ersatz für das Hinablassen des Sarges in die Erdgrube, wobei ebenfalls fast stets lebhaftere Schmerzausbrüche zu beobachten sind. Das ist richtig, sollte aber nicht abhalten von Vorkehrungen, die geeignet sind, die bei jedem Todesfall auf das äußerste angespannten Nerven der nächsten Angehörigen zu schonen. Das einfachste Abhilfsmittel ist doch, den Fahrstuhl erst dann anzulassen, wenn sich die Trauerversammlung aus der Halle entfernt hat. Befürchtet man ein zu langes Verbleiben der Angehörigen am Sarge, so kann mit einem durch elektrischen Antrieb bedienten Vorhang der Sarg dem Auge der Leidtragenden entzogen werden. Man soll den Abschied vom Toten nicht schwer, sondern so leicht wie möglich machen.

Aus den Bezirken.

11. Bezirk — Schönberg.

In der Bezirksversammlung vom 10. November sprach der Bezirksverordnetenvorsteher sehr anerkennende und ehrende Abschiedsworte für unseren Genossen Ernst Obst, der sein Mandat wegen durch sein Alter beeinträchtigter Gesundheit niedergelegt hatte. Genosse Obst hat das Amt eines Stadtverordneten der früher selbständigen Gemeinde Schönberg und nach dem Zusammenschluß von Groß-Berlin das eines Bezirksverordneten des 11. Verwaltungsbezirks ununterbrochen 29 Jahre innegehabt. Er war der erste sozialdemokratische Stadtverordnete im Schönberger Stadtparlament. Dann gab das Bezirksamt bekannt, daß die von uns in diesem Sommer geforderte unentgeltliche Ueberlassung der Jugendheime während der Sommerferien auch für die weiteren Jahre ausgesprochen ist. Die von uns ebenfalls beantragte Benützung der Schulhöfe durch die Jugend während der großen Ferien hatte diesmal noch wenig Inanspruchnahme gefunden, wohl wegen der nicht rechtzeitigen Bekanntgabe dieser Einrichtung. Bessere Propaganda wird künftig guten Besuch erzielen. Dann beschäftigte sich die Versammlung mit dem Haushaltsplan. In drei langen Tagungen des Haushaltsausschusses war der Schönberger Etat für 1927 durchgesprochen worden. Die Kommunisten hatten sich bei diesen Beratungen nach alter Gewohnheit fast ganz passiv verhalten und nur hin und wieder ihre Unverträglichkeit mit den kommunalen Dingen erkennen lassen. Jetzt kamen sie im Plenum mit einem runden Dutzend Anträgen, die allerdings meistens offene Türen einrannten oder längst überholt waren. Einige wurden dem Haushaltsausschuß überwiesen. Genosse Peterson wies bei dem Kapitel Jugendpflege auf den eigentümlichen Umstand hin, daß zu der jüngst stattgefundenen Einweihung des Jugend- und Landschulheims Blankenhof nur die Vertreter der rechtsgerichteten Jugendorganisationen eingeladen worden seien. Der deutsch-nationale Bürgermeister Berndt versuchte diese stark einseitige Einschränkung der Einladungen mit „Platzmangel“ im Heim zu erklären. Dann wurden die Haushaltspläne 1927 von der Versammlung genehmigt. Der Kommunist Müller begründete mit viel Pathos und wenig Geschick den bekannten Antrag wegen des Hohenzollernvergleichs. Die sozialdemokratische Fraktion gab die Erklärung ab, daß, da nach dem Ergebnis des Volksentscheids eine andere Lösung für die Hohenzollernabfindung bedauerlicherweise nicht gefunden sei, sie auch von der Einwirkung der Schönberger Bezirksversammlung keine bessere Lösung erwarte und daher den kommunistischen Antrag ablehne.

14. Bezirk — Neukölln.

Die am Freitag, dem 12. November, tagende außerordentliche Bezirksversammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Haushaltsvoranschlag 1927. Der Vertreter des Bezirksamts, Stadtrat Genosse Radtke, erläuterte den Voranschlag im einzelnen und betonte, daß sich die vom Berliner Rämmerer für die Bezirksamts angewendeten Richtsätze gerade für Neukölln sehr ungünstig auswirkten. Hinzukomme, daß durch die den Gemeinden zugewiesenen Aufgaben besonders die Berliner Finanzpolitik sehr ungünstig beeinflusst werde. Der nachfolgende Redner, der deutsch-nationale Dr. Bierbach, erklärte, daß die Rechte des Hauses den Haushaltsvoranschlag ablehne, weil sie dem roten Bezirksamts kein Vertrauensvotum aussprechen könne. Von unserer Fraktion verlangte Genosse Keller die Abstellung dringender Uebelstände, so vor allem die Beseitigung des Mülls aus den Aesgruben in Brieg. Er erwartet, daß die städtische Müllabfuhr auch auf Brieg ausgedehnt werde. Außerdem harre der Hohenzollernplatz immer noch seiner Erneuerung, und die von der Bezirksversammlung beschlossene Entfernung des Kaiser-Wilhelm-Denkmal sei noch immer nicht durchgeführt worden. Wir müssen erneut fordern, daß das Denkmal schleunigt beseitigt wird. Dann begründete er die von der S.P.D.-Fraktion zum Haushalt gestellten

Anträge. Von Wichtigkeit ist die Schulspeisung. Infolge der großen Not sei für viele Kinder die Schulspeisung im wahrsten Sinne des Wortes eine Lebensnotwendigkeit. Die hierfür von uns beantragten 50 000 M. als einmalige Ausgabe sei vollaus berechtigt. Wir erwarten vom Berliner Magistrat, besonders vom Oberbürgermeister, eine starke Befürwortung dieser Art Anträge, denn vor der Errichtung von Sportplätzen komme die Erhaltung und gesundheitsliche Fürsorge der notleidenden Kinder. Die Demokraten ließen durch Herrn Bornemann erklären, daß sie dem Haushaltsplan und den sozialdemokratischen Anträgen zustimmen werden. Die Kommunisten, Arm in Arm mit den Rechtsradikalen, lehnten den Etatsplan ab, so daß der Haushaltsvoranschlag mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten seine Annahme fand. Danach beschloß die Versammlung ohne Debatte, einen neuen Wochenmarkt in der Hannemannstraße in Brieg zu errichten.

17. Bezirk — Lichtenberg.

Die Bezirksversammlung am 10. November beschäftigte sich mit dem Entwurf des Haushaltsplanes für 1927. Aus den Ausführungen des Bürgermeisters Dr. Siggel ist folgendes hervorzuheben. Der Entwurf stellt nicht einen Haushaltsplan in dem Sinne dar, wie ihn eine selbständige Stadt aufstellt, sondern es handelt sich um eine Bedarfsmeldung. Die Finanzen müssen bei der Zentrale bleiben, auch eine Pauschale ist abzulehnen, da das zu einer Benachteiligung des Ostens führen würde. Die Annahme des laufenden Bedarfs entspricht im allgemeinen den Forderungen des Magistrats, denn hier ist in der Hauptsache das Prinzip der Richtzahlen oder Schlüsselzahlen maßgebend. Sichern diese Schlüsselzahlen wirklich eine gerechte Berücksichtigung der Bezirksbedürfnisse? Vor einem halben Jahre wurde gezeigt, daß trotz der Schlüsselzahlen auf den meisten Gebieten eine Benachteiligung unseres Bezirkes gegenüber westlichen sich feststellen läßt. Die Ursache ist darin zu suchen, daß die Richtzahlen erst dann eine gerechte Verteilung der Mittel verbürgen, wenn die Ausgangszahlen, die Basiszahlen, auf die sie sich beziehen, die Bedürfnisse der Bezirke im Vergleich zueinander richtig wiedergeben. Die große Lücke unserer Anforderungen beweist, welche Bedürfnisse noch zu befriedigen sind. Wir können feststellen, daß in letzter Zeit durch gute Berücksichtigung wenigstens bei den Rotflandarbeiten eine Besserung eingetreten ist. So sind uns nachträglich Mittel bewilligt worden, um die Hauptstraße zum Großkraftwerk auszubauen zu können, die ebenso wie die Frankfurter Chaussee mit zwei Fahrspuren und einer Mittelpromenade ausgestattet werden soll. Endlich ist auch vorgesehen, die berühmte „Lonne“ in Angriff zu nehmen, für die etwa 200 000 M. bereitgestellt werden. Aus den übrigen Haushaltskapiteln wäre zu erwähnen, daß das Feuerlöschwesen mit Räumlichkeitsfragen in der Marktstraße zu kämpfen hat, so daß ein eigenes Gebäude bald nötig sein wird. Im Haushaltsabschnitt für „Sonstiges“ ist der Ankauf für die Volksspeisung wesentlich erhöht. Da wir einen der wichtigsten Bahnnotenpunkte in unserem Bezirk haben, müssen wir fordern, daß unser Bezirk für den Osten ein Zentrum des Berufsverkehrswesens wird. Ueber das Verkehrswesen ist an dieser Stelle oft gesprochen worden. Steht vor die Vernachlässigung des Ostens der Inhalt des Themas. Insbesondere ist über die Nichtberücksichtigung beim Schnellbahnbau zu klagen. Ebenso wichtig wie das Verkehrswesen ist der Wohnungsbau. Er ist bei uns keine kommunale Angelegenheit, sondern in Privat Händen oder der Wohnungsfürsorgegesellschaft übertragen. In der Diskussion wünscht Genosse Schubert eine besondere Unterstützung des Neubaus der Entbindungsanstalt und bringt hierzu einen Antrag ein, der später einstimmig angenommen wird. Er kritisiert die schlechten Verkehrsverhältnisse und fordert weiter nachdrückliche Förderung des Wohnungsbauwesens. Die Wahl des Stadtbaureises wird auf Antrag der Kommunisten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wiederum vertagt. Zum Schluß werden noch einige Anträge erledigt.

Reichelt

Ist führend in

Kaffee

weil er streng auf allerbeste

Qualität

hält.

Preis ½ Pfund 2³⁰ 2¹⁰ 1⁷⁰ 1³⁰ Mk.

Bis Donnerstag, den 25. November,
auf jedes halbe Pfund

zu 2³⁰ 2¹⁰ 1⁷⁰ Mk.

ohne Tafel Qualitäts-Schokolade

Beleuchtungskörper

für Wohnungen in allen Stilarten

Spezialbeleuchtungen

für Verkaufsräume, Schaufenster, Werkstätten

Teilsahlungen können auf Wunsch vereinbart werden

Beleuchtungskörper

G. m. b. H.

Berlin NW 6

Besichtigen Sie unsere Ausstellungsräume Luisenstr. 35

2 glückliche Menschen!



Man sieht ihnen an! Stolz gehen sie daher, im Bewußtsein, modern und elegant gekleidet zu sein. Gefallen ihnen die Belegen? Sie können genau so schick aussehen, ohne viel Geld auszugeben. Kommen Sie einmal zu mir, ich zeige ihnen das Schönste und Beste was die Mode bringt, in wirklich guten Qualitäten und zu Preisen, die ihnen den Kauf leicht machen. Den besonderen Vorteil aber bietet Ihnen mein

Teilzahlungssystem
durch das Sie die Ausgabe kaum merken.

Teilzahlung
1/6 Anzahlung 8 Monatsraten

COHN

Im Osten: Gr. Frankfurter Str. 58
Im Norden: Rad-Str. 47-48

von Benin der Antrag auf Schaffung einer Ausfallstraße von der Prinz-Albrecht-Straße nach Mahlsdorf-Süd allseitige Zustimmung findet.

18. Bezirk — Weissenhof.

In der Bezirksverordnetenversammlung vom 12. d. M. beantwortete das Bezirksamt eine kommunistische Anfrage, welche Maßnahmen zur Vinderung der Not der Erwerbslosen ergriffen worden sind. Der Sprecher des Bezirksamtes, der kommunistische Stadtrat Bethke, gab in längerer Ausführungen bekannt, welche Notstandsarbeiten im Gange bzw. geplant sind und welche Maßnahmen ergriffen worden sind, um die sozialen Schädigungen der jugendlichen Erwerbslosen beiderlei Geschlechts abzumildern. Für die erwerbslose weibliche Jugend finden hauswirtschaftliche Kurse (Kochen, Nähen usw.) statt, während den jugendlichen männlichen Erwerbslosen Berufsunterricht auf verschiedenen Gebieten erteilt wird. Die kommunistische Fraktion hörte diesen Ausführungen mit gefassten Köpfen an, verzichtete auch auf eine Debatte, die sie sich nicht hätte entgehen lassen, wenn ein Stadtrat unserer Partei die Anfrage beantwortet hätte. Nunmehr wurde zur Beratung des Etats geschritten. Der Sprecher unserer Fraktion, Genosse Falkenstein, nahm in längerer treffender Ausführungen zum Etat Stellung. Er ersuchte das Bezirksamt, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß die Mittel zum Neubau einer Volksschule und zum Erweiterungsbau anderer Volksschulen unbedingt bewilligt werden, da infolge der Entwicklung unseres Bezirks die Schulverhältnisse unhaltbar geworden sind. Auch der Erweiterungsbau des völlig unzulänglichen Krankenhauses darf nicht weiter hinausgeschoben werden. Beim Ueberstreichen des normalen Krankenhauses würde eine Katastrophe nicht zu vermeiden sein. Sehr wichtig ist auch die Errichtung des vorgesehenen Freibades im Oranienpark, das für die Bewohner des Berliner Ostens besonders segensreich sein wird. Die SPD. legt ferner Gewicht darauf, daß eigene Ferienheime für unsere Kinder errichtet werden, da die Vandalenschändung der Kinder in vielen Fällen nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt hatte. Der Redner erklärte schließlich unsere Zustimmung zum Etat. Nunmehr nahm der Kommunist Bötscher (einer der 700 Unterzeichner der bekannten Erklärung der kommunistischen Opposition) das Wort, um eine ellenlange Agitationsrede gegen die SPD. für die Tribüne zu halten. Er befaßte sich nur wenig mit dem Etat, beschäftigte sich vielmehr mit Dingen, auf die die Bezirksversammlung nicht den geringsten Einfluß hat. Ihm folgte unter anderem der Fraktionsführer der SPD. Griebel, der sich besonders darin gefiel, einen Raschmenton anzuschlagen, wie ihn die Bezirksversammlung glücklicherweise nur selten erlebt. Sehr interessant war seine Erklärung, daß die SPD. kein Gewicht darauf legt, daß den jugendlichen männlichen Erwerbslosen Berufsunterricht erteilt wird, da die Lehrlinge doch nur als Lohnbrüder benutzt werden. Unsere Genossen Bahn und Fißler rechneten mit den Kommunisten kräftig ab. Sie hielten ihnen vor, daß sie in der Staatsausgabenberatung und bei den Einzelberatungen in den Deputationen — wo doch die Hauptarbeit zu verrichten ist — so gut wie nichts geleistet haben, daß sie es lieber vorziehen, in der öffentlichen Bezirksverordnetenversammlung demagogische Reden zu halten. Nachdem noch einige bürgerliche Vertreter kurze Erklärungen abgegeben hatten, ging ein Antrag ein, den Etat en bloc anzunehmen. Unsere Fraktion erklärte, daß sie zwar in der Einzelberatung noch Anträge einzubringen beabsichtigt, daß sie aber im Interesse der schleunigen Verabschiedung des Etats diesem Antrage zustimmen werde. Deutschnationale und Kommunisten erklärten sich gegen den Antrag. Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages und des Etats mit 18 gegen 10 Stimmen. Es war beabsichtigt, anzusehen, wie die Kommunisten mit den verdächtigten Gesichtern dahinten, war ihnen doch die Möglichkeit genommen, in der Einzelberatung ihre massenhaft vorbereiteten Demonstrationsanträge an den Mann zu bringen. Die kommunistischen Tribünenbesucher bereiteten am Schlusse der Sitzung ihren Fraktionsmitgliedern wegen ihrer „schlappen“ Haltung einen warmen Empfang.

Im Kampf mit den Steuerbehörden.

Das Steuer-Überleitungs-Gesetz vom Mai 1925 brachte den Lohn- und Gehaltsempfängern die Möglichkeit einer Rückerstattung von Steuerbeträgen, sofern ihre Steuerfähigkeit durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse (u. a. Krankheit) wesentlich beeinträchtigt wurde. Auf Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind dazu im Frühjahr dieses Jahres Vorschriften zur Vereinfachung des Geschäftsganges erlassen worden, sowie eine ausdrückliche Anweisung des Reichsfinanzministers, die Finanzämter möchten diese Rückerstattungen beschleunigen und dabei nicht kleinlich verfahren. Wie manche Finanzbehörden diese wohlwollenden Erlasse ausgefaßt haben, möchten wir an einem Einzelfalle zeigen, dessen Erledigung sich in zwei Instanzen über ein Jahr hinzog.

Ein Parteigenosse, Lehrer von Beruf, war im Vorjahre wegen eines Herzleidens genötigt, einen schlesischen Kurort aufzusuchen. Er erhielt von der Schulbehörde dazu Urlaub. Er wies bei seinem Antrage auf Rückerstattung von Steuern dem Finanzamt Friedrichshain Unkosten im Betrage von 591,70 M. nach. Dazu kamen einmalige Anschaffungen und laufende Ausgaben für Krankheit, so daß die durch Krankheit verursachten Kosten den Gehaltsbezug des Lehrers für die sechs Wochen der Kur bei weitem überstiegen. Das Finanzamt Friedrichshain wies den Antrag ab und berief sich dabei auf eine angeblich entgegenstehende Entscheidung des Reichsfinanzhofes vom September 1923. In seiner Beschwerde, die der Lehrer nun an das Landesfinanzamt Groß-Berlin richtete, wies er u. a. darauf hin, daß es im Jahre 1923 Rückerstattungen von Steuern noch nicht gegeben hat, jene Entscheidung sich mithin auch nicht auf sie beziehen konnte. Diese Beschwerde muß durch das entscheidende Finanzamt eingereicht werden. Dieses, eben das Finanzamt Friedrichshain, gab die Beschwerde aber nicht weiter, sondern spielte selbst Beschwerdebefehl. Es wies den Antragsteller erneut ab und führte ihm zu Gemüte, daß, da er ledig sei, die Ausgaben keine wesentliche Belastung darstellten. „Sie können bequem von dem Gehalt bestritten werden.“ Vor Ablauf der Berufungsfrist von einem Monat traf nun eine Kostenrechnung ein, nebst einer Drohung mit Zwangsverfahren. Ein Antrag auf Einstellung der Kostenbeitreibung bis zur endgültigen Entscheidung fand bei dem Finanzamt keine Gnade. Der Antragsteller erhielt vielmehr eine erneute Aufforderung zur Zahlung binnen einer Woche und die Drohung mit der Pfändung. Nun befragte sich der bedrängte Steuerzahler direkt bei dem Landesfinanzamt und bat um Schutz gegen das Verfahren des Finanzamtes Friedrichshain, dem er inzwischen keine Berufung eingereicht hatte. Der Gerichtsvollzieher blieb denn auch aus und die Angelegenheit ging zur Entscheidung an das Landesfinanzamt Groß-Berlin. Das Finanzamt Friedrichshain beantragte dort in einem seltsamen Schriftsatz die Abweisung der Berufung: „Da D. ledig ist, sein Gehalt lediglich für seinen Bedarf nach Belieben verwenden kann und die Ausgaben — — — bequem gedeckt werden konnten, liegt ein sehr günstiges wirtschaftliches Verhältnis vor.“ Das Landesfinanzamt wies die Berufung kostenpflichtig ab ohne Gründe anzugeben. Während nämlich das Finanzamt den Streitgegenstand auf 60 M. festgesetzt hatte, setzte es diesen Betrag auf 20,50 M. herab und eröffnete nun dem Antragsteller: „Da der Streitgegenstand keinen höheren Wert hat als 50 M., ist nach freiem Ermessen entschieden worden.“ Der Antragsteller, der seine Ersparnisse während der Inflation losgeworden ist, hat nach diesen Erfahrungen begrifflicherweise die Lust verloren, auch noch den Reichsfinanzhof anzurufen.

Die Finanzbehörden scheinen nicht zu wissen, daß die Bezüge der unteren und mittleren Beamten im Reichstage wiederholt einhellig als unzulänglich erkannt worden sind, auch vom Reichsfinanzminister. Wir sind übrigens begierig zu erfahren, wann in diesem Falle nach ihrer Meinung eine wesentliche Beeinträchtigung der Steuerfähigkeit wohl vorgelegen hätte und halten es für wahrscheinlich, daß auch viele Arbeiter mit dieser sozialen Einstellung mancher Finanzbehörden Bekanntheit gemacht haben werden. Zumal nicht jeder sein Recht soweit verfolgen kann, wie es

der Antragsteller getan hat. Uebrigens zeigt der Fall auch, daß Finanzämter an ihrer Ueberlastung selbst schuld haben können, indem sie alles andere als schleunig und nicht kleinlich verfahren.

Weltliche Schulen im Friedrichshain.

Alljährlich werden Tausende von Kindern eingeschult, um das Rüstzeug für ihr späteres Leben in sich aufzunehmen. Die am 14. Oktober 1926 gegründete „Freie Schulgemeinschaft Friedrichshain“ hat eine starke Schulbewegung hervorgerufen. Ihr Programm fordert die freie Einheitschule, frei von allen Befennnissen und Parteiprogrammen. Die Kirche verlangt die Aufsicht über die Schulen. Doch die Schule gehört dem Staat. Was will die weltliche Schule? Der Unterricht wird erteilt nach dem Stand neuzeitlicher Wissenschaft und Erziehungslehre unter genauer Beachtung des Gegenwartsebens, frei von jedem Personenkult, aber enger Zusammenarbeit zwischen Lehrerschaft und Elternschaft. Die Kinder werden erzogen im Geiste des friedlichen Zusammenlebens, der Achtung des Menschen zu dem Menschen, und der Unterricht ist frei von Wunderglauben, aber mit ganzem Inhalt der rauhen Wirklichkeit angepaßt, und die Qualität des Lehrstoffes ist oberstes Gesetz. Alle Republikaner, Arbeiter, Angestellten und Beamten, alle fortschrittlichen Lehrer und Pädagogen melden sich an folgenden Stellen: Rintlein, Berlin, Gabelsbergerstraße 6, vorn 2 Treppen, täglich von 4 bis 7 Uhr; Ernst Falkenberg, Berlin, Strahmannstraße 16, Seitenflügel, 3 Treppen, täglich von 4 bis 7 Uhr; Frau Bengels, Berlin, Wittauer Straße 14, Eckausgang, 3 Treppen, täglich von 12 bis 6 Uhr; Hermann Reibeltanz, Berlin, Riehthofstraße 32, vorn 4 Treppen, täglich von 6 bis 7 Uhr; Oderbach, Berlin, Ederstraße 8, Quergebäude, 3 Treppen, Dienstag und Freitag von 5 bis 7 Uhr; Gustav Franke, Berlin, Große Frankfurter Straße 34, vorn 4 Treppen, Dienstag und Freitag von 1/6 bis 1/7 Uhr; Albert Boh, Berlin, Thauerstraße 41, vorn 2 Treppen, täglich von 4 bis 6 Uhr außer Sonnabend und Sonntag; Wilhelm Kardus, Berlin, Löwenstraße 7, Quergebäude, 2 Treppen, täglich von 4 bis 7 Uhr. Lehrlere erteilt Auskunft in sämtlichen Angelegenheiten der weltlichen Schule.


Industrie gegen Kleingärtner.

Die Knorr-Bremse A.-G. in Berlin-Lichtenberg hat das ehemals Buggenhagenische Gelände zwischen Köberstr. und Landsberger Chaussee vor einigen Jahren erworben. Auf diesem Gelände sitzen etwa 600 Kleingärtner, darunter circa 70, die in Ermangelung einer Stadtwohnung in der Laube wohnen müssen. Dieses Gelände ist im neuen Generalbebauungsplan von Groß-Berlin als Dauerkleingärtnergelände vorgeschlagen. Um das zu hintertreiben und die Kleingärtner überhaupt von dem Gelände herunterzubekommen, wendet die Knorr-Bremse A.-G. alle Mittel an, die ihr zur Verfügung stehen. Sie weigert sich, einen neuen Pachtvertrag abzuschließen, weist die ihr angebotenen Pachtgelder zurück und hat sogar die Räumungsklage beim Landgericht eingereicht, trotzdem ein Pachtvertragsverfahren beim Magistrat Berlin schwebt. Angeblich gebraucht die Gesellschaft das Gelände für industrielle Zwecke. (Dabei steht heute schon ein großer Teil der neuen Fabrikanlagen in Rummelsburg leer.) Gegen diese Wucherschaften protestierten die in Frage kommenden, restlos erschienenen Klein-

gärtner in einer Versammlung. Ein Vertreter des gemeinnützigen Bezirksverbandes der Kleingärtner Berlin-Lichtenberg führte ungefähr folgendes aus: „Die Kleingärtner sind durch das Kleingärtner-Gesetz vom Juli 1919 vor unrechtmäßiger Kündigung geschützt. Dieses Gesetz und die Kleingärtner überhaupt sind den Bodenpekulanten ein Dorn im Auge und schiden ihre Juristen vor, um das Gesetz zu durchlöchern oder überhaupt von der Bildfläche verschwinden zu lassen, wie so manche soziale Errungenschaft der Nachkriegszeit. Das Großkapital, welches keinen Arbeitnehmer ausnutzt, und wenn er nicht mehr vollleistungsfähig ist, rücksichtslos aufs Pflaster wirft, versucht auch noch ihm sein einziges Erholungsplätzchen, und das ist der Kleingarten, zu nehmen. Statt zur Erhaltung der Arbeitskraft beizutragen und alles in ihrem Besitz befindliche Gelände für Kleingärten herauszugeben, drängt man den Arbeitnehmer in seine vier Wände der Hinterhäuser zurück. Wo die 70 Kleingärtner, die in den Lauben ständig wohnen müssen, nun ihre müden Glieder ausruhen lassen sollen, kümmert die Knorr-Bremse anscheinend wenig. Gegen solche volkseindliche Maßnahmen zu protestieren ist nicht nur Pflicht der Kleingärtner, sondern der Gesamtbevölkerung Groß-Berlins. Anstatt Grünflächen und Erholungsstätten zu schaffen, soll das letzte bische Grün der Bodenpekulation ausgeliefert werden. Die Organisation der Kleingärtner wird versuchen, ihren Mitgliedern ihr Erholungsplätzchen zu erhalten. Es wird Sache des Magistrats sein, hier unter allen Umständen einzugreifen und die Gesellschaft in die Schranken zu weisen.“ Eine Protestresolution wurde in der Versammlung angenommen und dem Magistrat Berlin und dem Bezirksamt Lichtenberg eingeleitet. Gleichzeitig schloß eine Teilsitzungsversammlung der Kleingärtner Berlin-Lichtenberg, die circa 7000 Kleingärtner vertritt, sich dieser Protestaktion an.

Die Spareinlagen bei der Sparkasse der Stadt Berlin haben, nachdem Mitte August d. J. der Einlagenbestand von 100 Millionen Mark überschritten worden ist, weiter unverändert zugenommen. Die Zahl der Spartanten betrug Ende August 239 000; im September sind 11 000 und im Oktober rund 10 000 neue Sparer hinzugekommen, Ende dieses Monats werden über 260 000 Spartanten vorhanden sein. Der Einlagenbestand hatte am 30. September 106,5 Millionen Mark erreicht und wird Ende dieses Monats über 110 Millionen Mark betragen. Bei der Verteilung der Geschenksparbücher, die von der Sparkasse der Stadt Berlin zur Erinnerung an den Tag gestiftet wurden, an dem die Spareinlagen 100 Millionen Mark überschritten hatten, konnten 48 Rinder, darunter 14 Mädel der Berliner Amtsvormundschaft, bedacht werden. Außerdem haben über 160 Angehörige der erwerbstätigen Berliner Bevölkerung, davon etwa die Hälfte Frauen, ein Geschenksparbuch erhalten.

Eröffnung von Wärmestuben im Bezirk Friedrichshain. Am 1. November d. J. wurden folgende Wärmestuben im Bezirk eröffnet: 1. Jugendheim Fruchtstr. 25, geöffnet wochentäglich außer Dienstags von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends, Dienstags von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags; 2. Jugendheim Stralauer Allee 25, geöffnet wochentäglich von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends; 3. Turnhalle Rigauer Str. 102, II. Hof, geöffnet wochentäglich von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends. Außerdem wird voraussichtlich vom gleichen Zeitpunkt ab in einem Raum der Schule Höchste Str. 36



„Halpaus Mocca“
habe mich eingenistet. Es ging doch sehr schnell! Sollte man mit so etwas außerordentlich Gutem in Berlin nicht freundlich aufgenommen werden? Ich bin eine besonders gute und besonders preiswerte Cigarette!

5



ARNAUD 26

eine weitere Wärmestube aufgemacht. Für die bedürftigen alten Einwohner des Bezirks, denen ein eigener heizbarer Raum nicht zur Verfügung steht, ist hier für die kalte Jahreszeit ein gemütlicher Tagesaufenthalt geschaffen. Die erforderlichen Ausweiskarten, welche zum Besuch dieser Räume berechtigen, werden von den zuständigen Wohlfahrtskommissionsvorstehern ausgegeben.

Zur Pflege des Lesenspiels hat das Volksbildungsamt Friedrichshain eine Jugendbühnenliste herausgebracht, die einem dringend empfundenen Bedürfnis der Jugendbühnen-Aufführungen in Schule und Jugendverbänden entsprechen will. Die große Mehrzahl der vorhandenen Stücke ist in Form und Sprache für die Jugendbildungszwecke wenig geeignet. Aus der ungeheuren Menge der auf dem Markt befindlichen Sachen ist das herausgesucht worden, was nach Inhalt und Gestaltung einwandfrei ist. Im Anhang der Liste wird eine Zusammenstellung über die Grundsätze der Bewertung von Bühnenstücken gegeben. Gegen Einsendung eines Umfchlages mit Druckkostenporto kann die Liste unentgeltlich vom Volksbildungsamt Friedrichshain, D. 27, Markstr. 49, erlangt werden.

Das Verwaltungsgebäude der Lichtenberger Allgemeinen Ortskrankenkasse, dessen Ausführung durch die Inflation verhindert wurde,

soll nunmehr doch gebaut werden. Da an dem Verwaltungsgebäude in der Magdalenenstr. 15/16 umfangreiche Ausbesserungsarbeiten erforderlich sind, haben sich der Vorstand und der Ausschuss entschlossen, den Plan eines Neubaus wieder aufzunehmen und zur Ausführung zu bringen. Das Gebäude wird auf dem der Ortskrankenkasse gehörenden Grundstück in der Deutschmeisterstraße und Barlaue errichtet. Es soll im Kellergehoß eine Badeanstalt mit 35 Bädern nebst allen dazugehörigen Medizinalbädern erhalten. Im Erdgehoß werden die Verwaltungs- und Kassenräume untergebracht. Im 1. und 2. Obergehoß sind Räume für die Zahnklinik und Ambulatorien für den Verband der Groß-Berliner Krankenkassen vorgesehen. In den übrigen Stockwerken werden ungefähr 35 Wohnungen gebaut. Außerdem stellt die Ortskrankenkasse durch die Aufgabe ihrer jetzigen Räume noch weitere 30 Wohnungen zur Verfügung. Das Gebäude soll auch architektonisch geschmackvoll ausgeführt werden, so daß es dem Bezirk zur Zierde gereichen dürfte.

Postfahrten in der Mark. Die Oberpostdirektion hat erstmalig als vorteilhafte Neuerung neben den bereits sehr groß gewordenen Kuschelfahrplänen über die Kraftposten ihres Bezirks ein handliches Heftchen in Taschenform mit den Winterfahrplänen herausgegeben. Das mit ansprechendem Umfchlage versehene

Heftchen bietet einen guten Wegweiser für die Benutzung der 72 Kraftposten. Eine Uebersichtskarte, ein Verzeichnis der Linien und ein alphabetisches Verzeichnis der Haltestellen erleichtern den Gebrauch. Der äußerst geringe Verkaufspreis von 10 Pf. soll jedem Reisenden die Anschaffung ermöglichen. Der Fahrplan ist durch Vermittlung jeder Postanstalt des Bezirks Potsdam und durch die Kraftwagenführer zu beziehen.

Jugendpflegepredigtstunde des Bezirksamts Treptow. In allen Angelegenheiten der Jugendpflege und des Jugendbergschweifers wird jeden Mittwoch in der Zeit von 7 bis 8 Uhr abends im Amtshaus Niederhönoweide, Grünauer Str. 1, Zimmer 16, unentgeltlich Rat und Auskunft erteilt.

Sternwartvergnügungen. Jugendgruppen der Turn-, Sport- und Jugendbewegung zahlen bei einer Teilnehmerzahl von zwanzig Besuchern an gegen Vorlegung einer Bescheinigung des Jugendamts bei Filmvorführungen und Vorträgen in der Sternwarte die halben Kassenpreise. Bescheinigungen werden auf Antrag im Jugendamt, Rathaus Treptow, Zimmer 54, und in der Jugendpflege-Sprechstunde ausgestellt.

Kinderkleidchen

Wo kleine strampelnde Beindchen zu Hause sind, ist jeder Tag ein kleiner Waschtage für LUX-Seifenflocken. Die niedlichen wollenen Kleidchen, die Ihr Liebling bei seinen ergötzlichen Spielen tagsüber beschmutzt, waschen Sie am Abend im prächtigen LUX-Schaum mühelos wieder aus. LUX läßt nichts zurück, was die empfindliche Haut reizen könnte. Es erhält die Wolle mollig, weich und warm.



Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Wilmersdorf
Die Vertreter der Arbeitgeber und Beschäftigten im Ausschuss werden hiermit gemäß § 80, Absatz 1, der Satzung zu einer **ordentlichen Ausschusssitzung** am Montag, den 20. November 1926, abends 8 Uhr, im Restaurant „Täubler Hof“, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserplatz 19, ergebenst eingeladen.
Tagesordnung: 1. Wahl des Vorsitzenden 2. Festsetzung des Veranlagungsplans für das Jahr 1927. 3. Wahl der Rechnungsprüferkommissionen für die Jahresrechnung 1926. 4. Bericht vom Krankentagungsrat in Düsseldorf. 5. Verschiedenes. Berlin-Wilmersdorf, 18. November 1926.
R. Engelhardt, F. Wiemann, Vorsitzender, Schriftführer.

Teilzahlung
1/6 u. 3 Monatsraten
Gewaltige Lager in 4 Etage.
Das Neueste für Herbst und Winter
Anzüge
Ulster
Paletots
M. 48, 64, 78, bis 150.-
Anzahlung von 3 M. an
Anzüge
für Knaben u. Jünglinge
Regenmäntel
Damen-Mäntel
Kleiderl. Straße u. Gesellschaft
M. 16, 24, 32, 46 - h. 140
Anzahlung von 3 M. an
Wäsche, Oberhemden, Hute
In besonderen Anlagen:
Möbel-Einrichtungen
A. Damitt
Rosenthaler Straße
46-47
Ecke Neue Schönehauser Str.



erfreut jetzt ihre getreuen Liebhaber durch neue geschmackvolle Packung, verbesserte Tabakmischung, verstärktes Format und erobert sich zu den alten Anhängern täglich neue Freunde in der gesamten Raucherwelt.

Theater Lichtspiele
Staatstheater
Opernhaus
a. Platz d. Republ.
12 U. Mittags-Sinfoniekonzert
8 U. 2. Sinfon.-Konz.
Schauspielhaus
3 Uhr: Napoleon
Schiller-Theater
8: Die Welt, in der man sich langweilt

Heute Eröffnung
7 Uhr der 7 Uhr
Casino-Lichtspiele
Erstaufführungs-Theater / Brunnenstraße 154
mit
„Sein großer Fall“
der Originalfilm der Ufa
Anfang wochentags 6 Uhr

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen
M. Ivogün, F. Krause
Abonn.-Turnus IV.
Voranzeige:
Sonnabend 20. 11. 1
Gastspiele von
Jan Hejrala
Tosca (Cavaradossi)

Komische Oper
Der große Opernabend
ALL. **Adrienne** 8 1/2 Uhr
mit Serak, Wessely, Wirl, Blass
Boettcher, Hell, Loebell, Schuster.
Vorverkauf r. 10 U. an ununterbrochen.

Wallner-Theater
Das Stiftungsfest
Lustspiel in 3 Akten
von Moser. Sonnt. nachm. 3 Uhr: **Liebe**

CASINO-THEATER
Neu! Heute Neu!
Mister Cornedbeef
Guischele: Pauteuli 1 Mk. Sessel 1.30

Trianon-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr:
Cavalier von Sing-Sing
Amerik. Sens.-Stück in 3 Akt.

Winter Variete Garten
Räucher gestaffelt

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
1. Solist: **Piepers Diele**
Burleske von Meyssl
Nachm. halbe Preise!
Dönhoff-Brettl
Varieté-Konzert-Tanz

CARL HAGENBECK
Täglich 8 Uhr
CIRCUS BUSCH
NORDEN 8340
Karten ab 10 Uhr
Wertheim, Tietz, Circus-Kasse!

Volksbühne
Theater am Gültowplatz
8 Uhr:
Nadtlasy!
Morgen 8 Uhr:
Nadtlasy!

Die Komödie
Bismarck 2414, 7516
8 Uhr:
Die Gefangene
Von Bourdet
Regie M. Reinhardt

Gr. Schauspielhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Von Mund zu Mund
CHARELL-REVUE
Sonnabend nachm. 4 U. die neue Kinderrevue Funkhainzelmanns Märch.-Reise mit Alfr. Braun

Heinrich Th. 8 U.:
Katharen Gespräche
Sbd. 4 U. Ideenwettbewerb
Vorh.: Kasperle-Th.
Heropolis-Theat.
Täglich 8 Uhr:
Die große Revue
Wieder Metropol

Residenz-Theat.
Tägl. 8 1/2 Uhr:
Absteigequartier
Bühnenapparat verleiht
Thalia-Theater
Uhr: **Der Silberpelz**
Regie: Berlin Viertel
Theat. d. Westens
1/2 Gastsp. Theat. künstl. Menschen

Gr. Schauspielhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Von Mund zu Mund
CHARELL-REVUE
Sonnabend nachm. 4 U. die neue Kinderrevue Funkhainzelmanns Märch.-Reise mit Alfr. Braun

Frische, junge Ferkelgänse (1.20)
allererste Qualität
Wegner, Berlin 50
Mariannenstraße 34.

KLEINE ANZEIGEN
In der Gesamtschau der „Vorwärts“ sind besonders wirksam und trotzdem **sehr billig!**

Apollo-Th.
Tägl. abends 8 U.
Der große Erfolg
Die bunte Tüte
12 fröhli. Bild. vom Fröhling, von der Liebe und was dazu gehört
Vorverk. 11-1 Uhr
Stg. nachm. 3 1/2 U.
Familien-Vorst. bei halb. Preisen:
Die bunte Tüte

Metallbetten
Stahlmattens, Kinderbetten (Stahl u. Holz), Kat. 650 ir. Eisenmöbel-Fabrik Suhl Thür.

Deutsches Theater
Norden 10334-38
8 Uhr:
Zum 25. Male
Reichardt v. Gneisenau
von Wolfgang Goetz
Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele
Norden 10334-38
8 1/2 Uhr:
Letzte Aufführung!
Der gefällige Thierry
von Tristan Bernard
Regie: Eug. Robert

SCALA
Nollendorf 7300
8 Uhr:
Varieté-Neuheiten
Sonnabend u. Sonntag
2 Vorstellungen
3 30 und 8 Uhr,
3 30 zu ermäßig. Preisen d. ganze Programm

Das große russische Filmkunstwerk
Der schwarze Sonntag
Der 9. Januar 1905
Uraufführung
18. November 1926
SCHAUBURG
POTSDAMER PLATZ
Beginn der Vorstellungen 5, 7, 9 Uhr